

seduta n. 107 del 11 dicembre 1996

Presidenza del Vicepresidente Tretter

Ore 10.08

PRESIDENTE: Prego procedere all'appello nominale.

DENICOLO': (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(segretario):(fa l'appello nominale)

PRESIDENTE: Signori consiglieri la seduta è aperta.

Hanno giustificato la loro assenza i consiglieri Alessandrini, Muraro e Palermo.

Prego dare lettura del processo verbale della precedente seduta.

DENICOLO': (Sekretär):(verliest das Protokoll)
(segretario):(legge il processo verbale)

PRESIDENTE: Ci sono delle osservazioni al processo verbale? Nessuna. Il processo verbale è approvato.

Assume la Presidenza il presidente Peterlini
Präsident Peterlini übernimmt den Vorsitz

PRÄSIDENT: Wir kommen zu den Mitteilungen und ich bitte Sie einen Augenblick um Aufmerksamkeit. Der Regionalrat hat am 18. Mai 1995 einen Beschlußantrag genehmigt - ähnliche Beschlußanträge wurden vom Landtag Trient genehmigt -, der vorsieht, daß die Bibliotheken der institutionellen Organe Region, Regionalrat, Landtage und Landesausschüsse koordiniert werden. Ich möchte Ihnen mitteilen, daß seitens der beauftragten Kommission die Arbeiten abgeschlossen worden sind. Die Mitglieder der Kommission sind unter den Gästen auf der Tribüne anwesend und ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, um in erster Linie dem Präsidenten der Kommission, Vincenzo Passerini, und der gesamten Kommission recht herzlich meinen Dank im Namen des Regionalrates für die geleistete Arbeit auszusprechen, die heute früh dem Präsidium vorgelegt worden ist. Mitgewirkt haben Frau Dr. Marcorin von der Bibliothek des Landesausschusses Trient, Dr. Erler von der Bibliothek des Regionalausschusses, Dr. Maffei von der Bibliothek des Regionalrates, Dr. Cicato von der Bibliothek des Trentiner Landtages und Frau Dr. Luisa Pedrini vom „Catalogo bibliografico Trentino“, dem Koordinierungsdienst der Bibliotheken in Trient. Die Ziele, die die Kommission verfolgt hat und die die Arbeiten jetzt auch in die operative Phase führen sollen, sind folgende: Beim Ankauf von Büchern die entsprechenden Ankäufe zu koordinieren, um zu vermeiden, daß gleiche Bücher von gleichen

Institutionen angekauft werden, indem die Themen zwischen den Institutionen aufgeteilt werden und um - Punkt 2 - eine Spezialisierung der Bibliotheken herbeizuführen, indem z.B. die Bücher über die Minderheitenthemen in einer Bibliothek, jene über Themen, die den Regionalrat betreffen, zum Arbeiten des Regionalrates notwendig sind, in unserer Bibliothek usw. aufbewahrt werden, also eine Spezialisierung und Aufteilung der Themen. Eine Spezialisierung des Personals erfolgte bereits und jetzt wird als konkretes Ziel eine Konvention zwischen den Körperschaften Region, Provinzen und den entsprechenden Landtagen und dem Regionalrat abgeschlossen, um diese Arbeit dann konkret auch umzusetzen, mit dem Hauptziel, wenn es möglich wäre, ein einziges Informations- und Dokumentationszentrum zu errichten, das alle Dienste vereinheitlicht. Sie wissen, daß das eine sehr große Arbeit war. Das Büchlein ist den Abgeordneten bereits verteilt worden und faßt die Vorschläge zusammen.

Zusätzlich wurde erstmals ein Katalog der periodisch erscheinenden Veröffentlichungen der Region herausgegeben, wo alle regelmäßig erscheinenden Zeitungen angegeben sind, die Sie vorfinden. Auch das ist eine wertvolle Unterlage. Ich hoffe, daß die Arbeiten weitergehen, zum Nutzen der Benutzer, zum Nutzen der wissenschaftlich Tätigen, aber vor allem auch zum Nutzen der Abgeordneten, die ja immer mehr auf Information angewiesen sind, auch in Anbetracht der großen Entwicklung in allen Bereichen und der Vielfalt von Themen, die wir im Regionalrat, im Landtag von Bozen und im Landtag von Trient aufzugreifen haben und wo eine sachliche Information die Voraussetzung für eine ordentliche Gesetzgebung und für eine bessere Verwaltung darstellt. In diesem Sinne meinen herzlichen Dank an den Abgeordneten und Landesassessor Passerini und allen Mitarbeitern der Kommission, die hier anwesend sind und unseren gemeinsamen Dank verdienen.

Damit leite ich zur Behandlung der Tagesordnungen über. Wir haben gestern einen Tagesordnungsantrag abgeschlossen und kommen zum nächsten, und zwar von den Abg. Eva Klotz, Benedikter und Willeit über die Gentechnik.

Frau Abg. Klotz, möchten Sie den Antrag verlesen und erläutern.

KLOTZ:

TAGESORDNUNGSANTRAG

Seit Monaten regt sich europaweit Widerstand gegen den Einsatz und die Herstellung von Lebensmitteln mit gentechnisch veränderten Substanzen und Materialien.

Seit letzte Woche Schiffe mit Tausenden von Tonnen Sojabohnen in Europa angekommen sind, die mit gentechnisch veränderten Bohnen durchmischt wurden, droht bereits für die allernächste Zukunft laut Experten der flächendeckende Einzug gentechnisch veränderter Produkte in die Regale der Lebensmittelhändler. Bekanntlich werden nämlich bei der Herstellung von 30.000 - 40.000 Produkten auch Sojabohnen verwendet. Außerdem werden bald auch Produkte aus gentechnisch verändertem Raps und Mais nachfolgen.

Für eine sehr fragwürdige Ertragssteigerung werden die Konsumenten weltweit gesundheitlichen Risiken ausgesetzt, deren Ausmaß und Folgen auch wissenschaftlich nicht abzuschätzen sind. Bereits jetzt gibt es Hinweise darauf, daß der Verzehr von Lebensmitteln mit gentechnisch veränderten Substanzen zu verstärkter Allergenität führen kann. In jedem Fall handelt sich die Menschheit potentielle Risiken ein, die nicht mehr in den Griff zu bekommen sein könnten. Wie werden Mensch und Natur auf Seidenraupengene in Kartoffeln und auf Skorpiongene im Mais reagieren?

Es besteht nach Meinung des überwiegenden Teils der Bevölkerung Mitteleuropas Handlungsbedarf. Die Mindestforderung ist die Kennzeichnungspflicht gentechnisch veränderter Produkte (97 Prozent der österreichischen Bevölkerung stehen dahinter), man möchte aber auch einen Importstopp erreichen (Greenpeace), weil die Kennzeichnung eines Tages wegen der unübersichtlichen Durchmischung sinnlos werden könnte.

Die EU wehrt sich bis heute gegen eine vollständige Kennzeichnungspflicht und hat bereits die Rechtsinstrumente gegen den Importstopp in Geltung. Wenn überhaupt, so kann diese Kennzeichnungspflicht gegen die starken Lobbyisten in Brüssel nur durch massiven Druck von unten erreicht werden.

Deshalb spricht sich der Regionalrat von Trentino-Südtirol für die vollständige, lückenlose Kennzeichnungspflicht aus und fordert alle Abgeordneten des Trentino und Südtirols in den Parlamenten in Rom sowie Brüssel auf, unverzüglich in diesem Sinne tätig zu werden.

Herr Präsident, würden Sie bitte die Kollegen um ein kleines bißchen mehr Ruhe bitten. Man versteht fast sein eigenes Wort nicht.

PRÄSIDENT: Es ist zwar heute die Akustik besser, aber es besteht das Problem, daß die Stimme der Abgeordneten, die miteinander sprechen, oft lauter ist als diejenige über das Mikrofon.

Bitte, Frau Abg. Klotz, Sie können fortfahren.

KLOTZ: Danke, Herr Präsident! Inzwischen haben die Kolleginnen und Kollegen den kleinen Änderungsantrag sicher bekommen, denn ich habe meine Tagesordnung am 18. November eingereicht. Inzwischen hat die EU sich zu einer Art Kennzeichnungspflicht durchgerungen - ich werde dann noch darauf eingehen - und das macht eine Ergänzung notwendig. Es soll eine vollständige und lückenlose Kennzeichnungsfrist sein, nicht nur eine, wie sie jetzt von der EU genehmigt worden ist, die einer der Experten, nämlich der Biochemiker Huber, als reine Augenauswischerei bezeichnet hat. Diese Kennzeichnungsfrist bezieht sich nämlich nur auf genmanipulierte Lebensmittel, die wesentliche Grundeigenschaften verändert haben. Hier ist ein ganz großer Spielraum, also eine ganz große Lücke offen geblieben. Was sind schon wesentlich veränderte Grundeigenschaften? Also diesbezüglich genügt diese Art der Kennzeichnungsfrist in keiner Weise, weshalb es notwendig ist, daß man sich für eine vollständige und lückenlose Kennzeichnungspflicht einsetzt. Nicht also jetzt für die

direkt genmanipuliert verwendeten Rohstoffe, sondern auch für die Derivate. Denn ich habe in meinem Antrag angeführt, daß nämlich in ca. 30.000 Lebensmittelprodukten Sojabohnen enthalten sind. Wir wissen inzwischen auch genau, wieviel Tonnen von Sojabohnen letzthin - also vor wenigen Wochen - in Europa ausgeladen wurden. Es handelt sich um exakt 9 Millionen Tonnen von Sojabohnen, von welchen 2 Prozent genmanipuliert sind. Auch wenn das ein kleiner Teil ist, aber es ist ganz und gar nicht mehr nachzuvollziehen, wo überall diese genmanipulierten Sojabohnen dann auch verwendet werden.

Es besteht absoluter Handlungsbedarf. Das zeigt sich auch an der Nachricht vom letzten Freitag, wonach die EU die weitere Vermarktung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln zuläßt. Hier steht ganz konkret, ich zitiere: "Die EU-Kommission will demnächst gentechnisch veränderten Raps für die Lebensmittelherstellung und für sonstige Anwendungen zulassen. Ein entsprechender Vorschlag der EU-Kommission wurde Ende November gegen die Stimmen von Österreich, Schweden, Dänemark und Spanien mit Mehrheit angenommen. Insgesamt läuft derzeit das Zulassungsverfahren für elf gentechnisch veränderte Produkte bzw. Anwendungen, die dann natürlich mit den entsprechend durchmischten anderen Produkten, mit den Derivaten dieser Produkte, in die Lebensmittelregale kommen. Abgesehen also vom Raps der Fa. Plant-genetic-systems gehört dazu der insektenresistente Mais der Fa. Ciba Geigy, dessen Verwendung seit dem Sommer von Österreich heftig bekämpft wird. Zu diesem Produkt müssen sich noch drei wissenschaftliche Komitees äußern. Bisher hat die EU sieben genetisch veränderte Produkte am Markt zugelassen, nämlich drei Impfstoffe, herbizitresistenten Tabak, Raps, Cigori, sowie Sojabohnen der Fa. Monsanto. Gegen die Sojabohne läuft eine Protestwelle der Umweltorganisation Greenpeace und es gibt gerade in Mitteleuropa immer wieder große Podiumsdiskussionen, auch Protestorganisationen gegen die Zulassung dieser gentechnisch veränderten Lebensmittelprodukte, die in der Lebensmittelindustrie dann verwendet werden und die eben in irgendeiner Form auch auf den Tischen Mitteleuropas und Ganzeuropas landen.

Aus einer letzten Umfrage in Deutschland geht hervor, daß 70-80 Prozent der Bürger in Deutschland diese Lebensmittel überhaupt nicht haben wollen. Man weiß heute nämlich noch viel zu wenig über die Langzeitwirkung der manipulierten Produkte. Aber wie ich in meinem Antrag geschrieben habe, ist bereits erwiesen - das können auch die Lobbyisten dieser großen Konzerne nicht bestreiten, es hat auch Podiumsdiskussionen im Fernsehen darüber gegeben, also mit Beteiligung von Sprechern dieser verschiedenen Firmen wie Monsanto und dergleichen - es ist also ganz klar wissenschaftlich erwiesen dargelegt worden, daß die Allergenität verstärkt wird. Leute, die bereits Allergien haben oder eine gewisse Disposition für Allergien haben, sind mit Sicherheit stärker davon betroffen, die Allergenität verstärkt sich also. Gerade weil man nicht weiß, wie Mensch und Kultur langfristig auf diese Genmanipulationen reagieren werden, die dann im Boden mit drin sein werden, gerade deshalb glaube ich, sollten wir hier eine Willensbekundung heute abgeben und für das Mindeste eintreten,

nämlich für eine vollständige, lückenlose Kennzeichnungspflicht, auch der Derivate von genmanipulierten Produkten, weil es sonst ja keinen Sinn hat.

Aus diesem Grunde verlangen sehr viele Umweltschutzgruppen, aber auch Bürgerbewegungen einen Importstop, was natürlich nur über die EU möglich ist und die EU hat sich bereits dagegen ausgesprochen. Aus diesem Grund also, weil das anscheinend nicht möglich ist und weil der Wille dazu nicht besteht - aber das ist auch eine der Forderungen, natürlich, einen Importstop, also ein Einfuhrverbot für solche Lebensmittel aus Amerika und wo immer her zu verlangen -, sollte das Mindeste, nämlich die Kennzeichnungspflicht, gefordert werden, so daß der Konsument selber entscheiden kann, ob er nun ein Produkt kaufen will, das mit gentechnisch veränderten Materialien hergestellt ist oder ob er das nicht kaufen will. Wie gesagt, das EU-Parlament hat bereits im März dieses Jahres eine vollständige und lückenlose Kennzeichnungsfrist vorerst abgelehnt. Eine genaue Verordnung ist in Ausarbeitung und diese Verordnung ist nun gekommen, die eben von einem Experten als reine Augenauswischerei bezeichnet wird, weil sie einen ganz weiten Spielraum offen läßt. Was sind schon wesentlich veränderte Produkte?

Ich ersuche also die Kolleginnen und Kollegen diesem Antrag zuzustimmen. Der beschließende Teil lautet wie gesagt: "daß sich der Regionalrat von Trentino-Südtirol für die vollständige, lückenlose Kennzeichnungspflicht ausspricht und daß er alle Abgeordneten des Trentino und Südtirols in den Parlamenten in Rom sowie Brüssel auffordert, unverzüglich in diesem Sinne tätig zu werden". Das sollen dann die Leute selber entscheiden, was am sinnvollsten, am zweckmäßigsten ist. Jedenfalls muß hier etwas getan werden und wir dürfen uns nicht von der nächsten Generation den Vorwurf machen lassen, daß wir hier nur zugeschaut haben. Es fällt weder in die Kompetenz des Regionalrats noch in die Kompetenz der Landtage, beispielsweise über einen Einfuhrstop und auch über die Kennzeichnungspflicht abzustimmen. Diese Kompetenz haben wir nicht.

Infolgedessen müssen wir dort tätig werden oder jene damit beauftragen, die eben auf der entsprechenden Zuständigkeitsebene eine Einflußmöglichkeit haben und das sind die Parlamente wenn schon in Rom und vor allem in Brüssel, gerade weil eben dort demnächst noch über die Zulassung von elf weiteren Produkten, die gentechnisch manipuliert sind, verhandelt und dann wohl auch abgestimmt wird. Es stecken also starke Lobbies dahinter. Infolgedessen ist es notwendig, daß von unten, von den Konsumentenmassen massiver Druck kommt.

PRÄSIDENT: Danke Frau Abg. Klotz für diese ausführliche Erläuterung. Damit eröffne ich die Debatte zu diesem Antrag. Zu Wort gemeldet hat sich der Abg. Atz.

Er hat das Wort.

ATZ: Danke, Herr Präsident! Ich muß einleitend einfach einmal protestieren, daß solche Themen in dieser Aula überhaupt zugelassen werden. Herr Präsident, Sie wissen wie wir alle in diesem Saal, daß die Region in diesem Sinne überhaupt keine Zuständigkeit hat und somit wäre das Präsidium gut beraten, diese Themen nicht zuzulassen. Wir könnten

sonst wochenweis über Themen diskutieren, die uns in dieser Aula nichts angehen. Logischerweise geht es uns als Menschen in diesem Lande etwas an, aber nicht in dieser Aula. Wir sind hier also nicht zuständig. Dies zum einen. Wir führen hier fast unnütze Diskussionen ab und damit verlieren wir Zeit. Ich möchte mir die Kollegen dann abends anschauen, wenn wir zur Nachtsitzung kommen werden. Wie gesagt, wir verlieren nur Zeit, die wir dann abends aufzuholen haben.

Wir von der Südtiroler Volkspartei dürfen aber weiters informieren, daß unsere Vertreter sei es in Rom aber auch in Brüssel in dieser Richtung schon aktiv geworden sind und weiter dieses Problem sehr massiv verfolgen werden. Somit ist ein Grund mehr gegeben, zu sagen, daß dies eine unnütze Diskussion hier in dieser Aula ist.

Aber letztens lassen Sie mich bitte den letzten Punkt und damit auch einen der wichtigsten kurz ansprechen. Seit wann gibt es für die Union für Südtirol den Ansprechpartner Rom? Warum steht da nicht z.B. Wien und Brüssel? Wenn wir immer wieder hören, daß Rom kein Ansprechpartner ist, daß Rom für sie überhaupt nicht existent ist, warum steht dann hier nicht "in den Parlamenten in Wien sowie Brüssel"? Aber scheinbar werden immer nur wir lächerlich, wenn es heißt: die Südtiroler Volkspartei packtelt mit den Römern und die Südtiroler Volkspartei interveniert in Rom. Ich frage also meine Kollegen der Union, seit wann jetzt auf einmal nur bei gentechnisch veränderten Produkten Rom hoffähig geworden ist.

Jedenfalls werden wir diesem Thema zustimmen, schon nur deshalb, weil wir nicht dagegen sein können. Das ist ganz klar, aber ich möchte wirklich in Zukunft das Präsidium bitten, solche Themen nicht mehr zuzulassen.

Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter **Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz**

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la cons. Zendron, ne ha la facoltà.

ZENDRON: Grazie Presidente. Dopo questo intervento vorrei buttarla sul ridere, però è un argomento troppo serio per farci dell'ironia e vorrei prendere sul serio anche queste affermazioni, in cui si afferma che questa tematica non interessa il Consiglio regionale e che non dovremmo parlarne a Roma, fino a quando non avremo attuato il progetto, che è del cons. Atz, di legare il Sudtirolo ad un altro Stato, Roma è la capitale dello Stato di cui facciamo parte.

Per me è una buona idea quello di mandarlo non solo a Vienna, ma anche a Parigi, a Mosca, perché credo che questa sia una di quelle tematiche che non riguardano esclusivamente la nostra provincia e che l'idea di una provincia, rinchiusa così tanto, che tutto quello che succede, al di là dei suoi piccolissimi confini, non deve interessare alla popolazione, mi fa venire i brividi se penso che questo è collegato ad una richiesta di forti autonomie nella gestione, se l'idea che abbiamo del Sudtirolo è questa. Mi fa paura, perché l'autonomia va benissimo, se poi è legata ad una visione ampia del mondo.

Adesso veniamo ad una questione che è stata posta dalla cons. Klotz ed altri, è una questione importantissima, su cui come sapete, i Verdi a livello europeo stanno da molti anni lavorando intensamente, a tal punto che ci sono pubblicazioni di grande rilievo e prese di posizioni molto forti nel Parlamento europeo ed un po' in tutti gli Stati, in particolare la Germania, che è all'avanguardia su questo, su una questione fondamentale, che riguarda tutti gli esseri umani della terra e che rischia di mettere in pericolo non solo la salute, su cui addirittura non sappiamo quali saranno le conseguenze a lungo termine, ci sono solo delle ipotesi di conseguenze che noi vediamo nelle sperimentazioni fino adesso attuate, ma le conseguenze possono essere gravissime anche dal punto di vista economico.

Allora noi che chiediamo un particolare impegno verso l'agricoltura di montagna, fatta con metodi biologici, con il rispetto della natura, rischiamo che tutte queste produzioni locali ed in particolare quelle del sud del mondo vengano spazzate via, dall'avvento di semi, piante, prodotte con tecnologie genetiche, che richiedono un uso massiccio di veleni, di erbicidi, di pesticidi, di concimi e che pur dando un raccolto, come quello della soia, sette volte più grande di quello che è la soia normale, però hanno come contenuto in vitamine, in sali minerali, un contenuto molto più basso e quindi da due punti di vista un contributo forte all'impoverimento e alla morte per fame del mondo.

Da un lato perché i prodotti dell'agricoltura, che vengono da semi manipolati geneticamente sono più poveri, come capacità di alimentazione, di nutrimento e dall'altra parte perché queste produzioni massicce impoveriscono e gettano completamente fuori mercato le piccole produzioni locali.

Come vedete il tempo sta scadendo, è un tempo impossibile per parlare di tutto questo, vi voglio solo portare l'esempio di produzioni genetiche che già esistono, di salmoni che diventano 37 volte più grandi di quello che sono, perché sono stati innestati geni di ratti, oppure il maiale a cui sono stati innestati geni umani e che diventa enorme, grandissimo, gigantesco, però soffre di artrosi e di una serie di malattie gravissime.

Per arrivare poi alle manipolazioni genetiche addirittura sugli umani. Credo che questo, so Presidente che lei deve chiedermi di interrompere, lo faccio con dispiacere, perché dopo quello che abbiamo sentito dal capogruppo dello SVP, credo ci sia una mancanza di coscienza della gravità di questo argomento e dell'importanza che comunque se ne parli, mi auguro si riesca a parlarne in una situazione in cui si possa dire qualcosa di più, in cui il tempo a disposizione sia coerente con la gravità della situazione.

In ogni caso siamo favorevoli a votare anche questo ordine del giorno, anche se noi ci proponiamo di fare un voto al Parlamento, perché anche in altre sedi si trovino strade per fare pressione su tutti coloro che devono decidere per creare una maggiore coscienza. In ogni caso, - qui concludo Presidente - una cosa fondamentale è quella di creare nella gente la coscienza di questo problema e cioè facendo un'informazione, non un'informazione terroristica, ma basata su quelle che sono le informazioni che oggi già

abbiamo e che debbo dire, nonostante sia una persona calma e tranquilla, sono veramente agghiaccianti.

Per tutti questi aspetti, che sono solo riuscita ad accennare, economici, sanitari ed etici, perché questo va anche detto, la creazione di mostri animali che passano la loro vita soffrendo, perché noi poi possiamo mangiarne un po' di più, però altri intanto per questo moriranno di fame, mi sembra che proponga anche dei problemi etici di grandissimo rilievo.

Quindi sì a questa mozione, nella speranza che sia l'inizio di una discussione che coinvolta molto di più, sia le istituzioni, sia l'opinione pubblica.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Leitner, ne ha la facoltà.

LEITNER: Danke, Herr Präsident! Ich werde diesem Tagesordnungsantrag zustimmen, auch wenn ich weiß, daß in der Zwischenzeit die Europäische Union eine Regelung getroffen hat, die leider Gottes diese Wünsche nicht berücksichtigt bzw. sie nur sehr lückenhaft berücksichtigt und ich darf daran erinnern, daß es gerade kleinere Staaten waren, die sich in der Europäischen Union für die Kennzeichnungspflicht ausgesprochen haben, insbesondere Österreich. Österreich hat im Parlament schon vor einem Jahr diese Thematik behandelt und man muß auch sagen, daß hier ein parteiübergreifender Konsens vorhanden war, daß alle österreichischen Abgeordneten, egal welcher politischen Gruppierung, sich gegen dieses Vorhaben der Europäischen Union ausgesprochen haben. Das Entscheidende für mich ist auch - und das ist im Antrag ja enthalten - die Kennzeichnungspflicht, denn der Konsument muß doch mindestens die Möglichkeit haben, auszuwählen, ob er gentechnisch behandelte Lebensmittel konsumieren will oder nicht. Ob er die Chance dazu überhaupt noch hat, das ist eine andere Frage. Denn wenn es hier einmal mit der Durchmischung angefangen hat, sei es mit der Sojabohne, die dann über andere Lebensmittel geht, wie es in anderen Ländern üblich ist, dann stellt sich die Frage, ob wir überhaupt noch die Möglichkeit haben, es zu kontrollieren. Das wird wahrscheinlich in dieser europäischen Marktwirtschaft und vor allem in der Agrarwirtschaft nicht mehr möglich sein. Aber es ist ein Grundrecht des Bürgers zu wissen, was er ißt.

Es stimmt schon, daß der Regionalrat selber nicht für die Materie zuständig ist, aber wenn sich der Widerstand nicht an der Basis regt, wer soll dann diese Argumente weitertragen? Im Europäischen Parlament haben auch bestimmte Lobbies das Sagen, die nicht so sehr auf die Wünsche der Bevölkerung einzelner Regionen Rücksicht nehmen. Deshalb finde ich es schon richtig, daß der Protest von dieser Seite vorgebracht wird, auch wenn eine Entscheidung schon getroffen worden ist. Somit kann man zumindest für weitere Entscheidungen dieses Votum berücksichtigen. Man kann vielleicht über die Europaparlamentarier aus verschiedenen Ländern diese Maßnahme abändern. Stillsein hier und sagen, wir haben schon entschieden, wir sagen nichts mehr, das kann doch nicht die richtige Politik sein. Wir haben gestern in der Zeitung von einem Symposium in Österreich gelesen, wo es natürlich auch Befürworter gibt, die sagen, daß man in den letzten 15 Jahren keine negativen Erfahrungen gemacht hat. Wer

kann uns denn sagen, wie es in 50 Jahren ausschauen wird, in zwei, drei Generationen? Denn wenn man die Gene manipuliert, können sich die Auswirkungen vielleicht auch erst in 50 Jahren klar zeigen, dann wird es aber zu spät sein. Ich möchte grundsätzlich vor Eingriffen in das Genmaterial, sei es von Menschen aber auch von Pflanzen usw. warnen. Denn ich glaube, wenn man heute so argumentiert und sagt, daß der Erdball meinetwegen nur für 6-7 Milliarden Menschen geschaffen ist und wir die Entwicklung der Bevölkerung ansehen, derzufolge in Kürze schon über 10 Milliarden sein werden, sodaß die territorialen Voraussetzungen so viele Lebensmittel zu erzeugen nicht mehr gegeben sind und wir deshalb Genmanipulation machen müssen, dann ist das ein Teufelskreis, aus dem man sehr schwer herauskommen wird. Es ist eine Materie, die man sicher nicht so zwischen Tür und Angel abhacken kann. Das ist auch klar. Hier ist nicht nur die Wissenschaft gefordert, hier ist auch die Moral der Menschen gefordert und gerade in dieser Materie muß man sich die Frage stellen: darf der Mensch alles, was er kann?

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire l'assessore Panizza, ne ha la facoltà.

PANIZZA: Soltanto per dire che la Giunta è pienamente d'accordo di approvare questa mozione che è stata presentata, in quanto credo che sia interesse di tutti tutelare la salute, garantirsi, difenderei di fronte a sofisticazioni che destano preoccupazione, quindi tutto il contenuto viene condiviso e accettata quindi la proposta di approvare questa mozione.

PRESIDENTE: C'è un emendamento, presentato dai firmatari dell'ordine del giorno, è stato letto e credo nessuno abbia bisogno di spiegazioni.

Allora pongo in votazione l'ordine del giorno così emendato, a firma dei cons. Klotz, Benedikter e Willeit. Chi è favorevole? Contrari? Astenuti? Con 1 voto di astensione, il Consiglio approva.

Colleghi, devo comunicarvi che da parte di qualche consigliere, nei confronti della Presidenza, non è stato ufficializzato un reclamo, ma si fa presente che non si possono trattare argomenti fuori dal tema che stiamo discutendo, che sono importanti, sono documenti politici che dovrebbero essere trattati con più tempi a disposizione, però la Presidenza ha ritenuto di renderli ammissibili, perciò è inutile che si reclami nei confronti di chi sta presiedendo, è vero, ci sono dei documenti politici che sono fuori luogo, che non dovevano essere accettati dalla Presidenza, perché sono fuori dall'argomento sul quale noi stiamo discutendo, però la Presidenza ha ritenuto, considerandoli documenti politici, di non farli decadere.

Passiamo al prossimo ordine del giorno, a firma del cons. Pinter ed altri. Concedo la parola al cons. Pinter per la lettura e l'illustrazione.

PINTER:

Ordine del giorno n. 10

SOSTEGNO DELLA REGIONE TRENINO ALTO ADIGE ALLA CAMPAGNA CONTRO LE MINE ANTI-UOMO

Considerato che le mine rappresentano un vero e proprio flagello per le popolazioni civili di intere aree del pianeta. Secondo i dati diffusi dal Comitato internazionale della Croce Rossa, si stima infatti che ogni mese 800 persone vengono uccise e 1.200 mutilate dalle mine antiuomo. La maggior parte di queste vittime è rappresentata da civili colpiti da questi ordigni quando le ostilità militari si sono già concluse. tra questi i bambini sono particolarmente vulnerabili e particolarmente colpiti, anche in considerazione dell'ampio utilizzo di mine-giocattolo. Si stima siano attivi più di 119 milioni di questi ordigni in almeno 71 paesi. Oltre a provocare vittime direttamente, la diffusione delle mine impedisce la sussistenza di intere popolazioni che si trovano nella drammatica situazione di non poter coltivare, raccogliere acqua, legna, per la presenza di questi ordigni. Per queste ragioni la campagna per il bando totale delle mine antiuomo ha ricevuto il pieno supporto, tra le altre organizzazioni, della Segreteria Generale delle Nazioni Unite, dell'UNICEF, del Consiglio d'Europa e del Parlamento Europeo.

Visto che nell'ambito della Campagna internazionale e italiana contro le mine di stanno sviluppando iniziative specifiche di informazione ed educazione alla pace.

Tutto ciò premesso

il Consiglio della Regione Autonoma Trentino Alto Adige,
aderendo allo spirito della campagna internazionale contro le mine-antiuomo,
impegna la Giunta regionale:

1. a sostenere le iniziative di sensibilizzazione e informazione che si svilupperanno nell'ambito della Campagna nazionale ed internazionale contro le mine-uomo.

Presidente, aggiungo solo poche considerazioni, perché mi sembra un ordine del giorno estremamente chiaro, aggiungo la preoccupazione e la censura per il fatto che purtroppo i principali produttori nel mondo di queste mine antiuomo sono le industrie italiane ed è veramente un paradosso che noi auspichiamo il raggiungimento della pace e nel contempo vendiamo queste mine che provocano centinaia di vittime di mutilati in tutto il mondo.

Per questa ragione è importante l'adesione della Regione alla campagna per bandire le mine antiuomo e mi farò anche carico, come presidente del Forum trentino per la pace, di proporre alla Giunta regionale specifiche iniziative da sostenere in questo ambito.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire? La parola al cons. Atz.

ATZ: Herr Präsident! Auch hier gilt dasselbe: Wer kann dagegen sein, daß man gegen die Tretminen ist. Ich glaube, auf dieser Welt gibt es wohl nur ein paar Interessierte und zwar die Tretminenindustrie, die dafür ist, daß es diese Mordsinstrumente gibt, aber wenn wir in dieser Aula so weitermachen, dann werden wir in kürzester Zeit über das Liebesleben der Ameisen zu diskutieren haben und total vergessen, was für uns wichtig ist. Deshalb werden wir formell selbstverständlich nichts gegen diesen Antrag tun können. Wir werden ihm auch zustimmen, aber ich bitte wirklich inständig, in Zukunft solche Anträge nicht anzunehmen. Danke!

PRESIDENTE: Sono documenti politici importanti, che meritano una riflessione e vanno discussi, però questo non sarebbe il momento, perché stiamo discutendo il bilancio della Regione e non sono per niente attinenti al documento contabile sul quale ci stiamo confrontando.

La Presidenza Peterlini ha ritenuto di renderli ammissibili e poterli discutere ed io non posso fare altro che rispettare una decisione che è stata presa dal Presidente Peterlini.

Ha chiesto la parola la cons. Klotz.

KLOTZ: Ich danke dem Präsidium ausdrücklich, daß es diese Tagesordnungen zugelassen hat. Ich denke, es war die richtige Entscheidung. Es handelt sich weder um langwierige Beschlußanträge noch um sonst etwas. Es handelt sich um eine wichtige politische Willensbekundung und wenn in der Generaldebatte zum Haushaltsgesetz über Gott und die Welt geredet werden kann, dann finde ich es konsequent, daß man diese wichtigen Anträge annimmt. Kollege Atz, wenn Du sagst: „die für uns wichtigen Angelegenheiten“, dann muß ich antworten: „Ich weiß nicht, ob die Zukunft der Menschheit nicht auch eine wichtige Angelegenheit ist.“ Denn es erübrigt sich jede politische Diskussion, über Südtirol, über die Gelder, über die Erziehung und über weiß Gott was noch zu reden, wenn wir nichts unternehmen, wenn tatsächlich die Existenz der Menschheit auf dem Spiel steht und die Existenz vieler Menschen ist auch in diesem Fall auf dem Spiel. Ich bin also der Meinung, daß Du hier diese zehn Minuten diesen Weltthemen schon gönnen könntest. Auf die anderen Vorwürfe gehe ich gar nicht einmal ein. Also wann sollen die Abgeordneten die Gelegenheit haben, zu Existenzfragen Stellung zu nehmen und das sind Existenzfragen. Seien wir froh, wenn sie uns nicht direkt betreffen, wie hier im Zusammenhang mit diesem Antrag. Aber es ist eine Existenzbedrohung für andere Menschen. Opfern wir bitte wenigstens diese zehn Minuten, um uns auch darüber einmal Gedanken zu machen. Angesichts eines hier wohlausgestatteten Haushaltes und angesichts der Tatsache, daß wir diese Sorgen nicht haben, weil auch das eine politische Willensbekundung ist und vor allen Dingen auch einen Akt der Solidarität darstellt, stimmen wir selbstverständlich dafür.

Präsident Peterlini übernimmt wieder den Vorsitz
Riassume la Presidenza il Presidente Peterlini

PRÄSIDENT: Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr sind, dann gebe ich dem Präsidenten Grandi das Wort.

GRANDI: Signor Presidente, intervengo solo per dire che su questo ordine del giorno ci sarà il voto favorevole di tutta la Giunta.

PRÄSIDENT: Möchte die Einbringerin noch einmal das Wort? Damit erschöpft sich die Diskussion und wir stimmen darüber ab. Wer mit dem Antrag einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Die breite Mehrheit. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? Niemand.

Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungsantrag Nr. 11: "Ein starker Ansatz der Region gegen die Tragödie des Hungertodes", eingebracht von den Abgeordneten Marco Dalbosco, Renzo De Stefani und Guido Gasperotti.

Ich bitte einen der Einbringer den Text zu verlesen bzw. ihn zu erläutern.

Bitte, Abg. Dalbosco.

DALBOSCO:

Ordine del giorno n. 11

Un impegno forte della Regione contro la tragedia della morte per fame!

In questo momento circa ottocento e quaranta milioni di persone versano in stato di malnutrizione cronica. Il dato, ben noto da tempo, è stato richiamato con forza all'attenzione, e alla coscienza, di tutti noi dalla riunione generale della FAO tenutasi a Roma poche settimane or sono.

A fronte di ciò, il segretario generale dell'ONU Boutros Ghali ha chiesto una "mobilitazione generale contro la fame". Mobilitazione è parola molto forte che sottende l'esistenza di un vero stato di guerra - le persone muoiono - a cui deve corrispondere uno sforzo collettivo adeguato, una "mobilitazione" in cui parte delle risorse di cui la collettività dispone, spesso una grande parte delle risorse, viene distolta da altri utilizzi e dirottata a fronteggiare l'emergenza e la drammaticità della situazione per cui ci si mobilita.

In tale processo di mobilitazione un compito di grande rilievo compete ai decisori politici ai quali è richiesto, ai diversi livelli di responsabilità, di essere disponibili a favorire una più equa distribuzione dei beni della terra, con scelte adeguate alla tragicità della situazione. In particolare è chiamato a dare una risposta, per quanto di sua competenza, anche il Consiglio della Regione autonoma Trentino-Alto Adige.

In tale senso si è di recente espresso anche il Presidente della Giunta regionale Grandi che, nelle sue dichiarazioni d'accompagnamento al bilancio, il giorno 12 novembre proprio mentre era in corso la riunione della FAO, ha affermato: *"Attraverso l'attuazione della legge regionale 11/93, riguardante interventi a favore di*

Paesi extracomunitari, la Regione vuole infine riaffermare un forte segnale di apertura alle realtà esterne, in attuazione di uno spirito di solidarietà e di promozione delle condizioni di sviluppo di popoli in difficoltà che sicuramente fa parte del patrimonio di tradizione e di cultura delle popolazioni del Trentino-Alto Adige.”

Sono enunciazioni che si pongono in perfetta corrispondenza con il Progetto 2B illustrato nell'allegato alla relazione tecnica al bilancio di previsione, Interventi umanitari e cooperazione allo sviluppo nei Paesi extracomunitari: *“La significativa presenza della Regione nel settore trova base nella consapevolezza dell’esigenza di un coinvolgimento complessivo di Stati, autonomie locali, associazioni ed individui in azioni di cooperazione ad aiuto dello sviluppo. Ed a maggior ragione, il diffuso benessere di cui gode la popolazione trentina e sudtirolese, impone interventi incisivi e consistenti da parte della Regione a favore di popoli più sfortunati.”*

Un intervento in risposta all’appello della FAO da parte della nostra Regione appare dunque non eludibile. Tale intervento, però, non potrà certo avere il carattere di un assistenzialismo privo di prospettive, fermo restando che a chi muore di fame occorre dare, in primo luogo, da sfamarsi. L’intervento della Regione dovrà pertanto essere non a pioggia ma mirato, non assistenziale ma incisivo in termini strutturali nel Paese o nei Paesi interessati all’intervento, con il coinvolgimento diretto delle popolazioni interessate agli interventi, secondo modalità rispettose delle situazioni locali.

Considerata dunque la persistente gravissima situazione denunciata con forza dalla riunione della FAO e dalle massime autorità mondiali;

tenute presenti le impegnative affermazioni sopra riportate;

considerato che la Regione Trentino-Alto Adige già si è dotata di uno strumento legislativo (la legge n. 11/1993, recentemente modificata) con il quale intervenire a favore di popolazioni di stati extracomunitari in condizioni di particolari difficoltà economiche e sociali;

ritenuto che la Regione Trentino-Alto Adige possa e debba svolgere un ruolo esemplare nei confronti di altri enti locali omologhi,

il Consiglio della Regione Trentino-Alto Adige,
impegna la Giunta regionale

a mobilitare parte delle risorse di cui dispone per predisporre rapidamente un progetto forte ed incisivo di interventi contro la fame nel mondo. Il progetto dovrà essere elaborato, gestito e monitorato ricercando la massima collaborazione con organizzazioni non governative e dovrà essere volto al sostegno di azioni di autosviluppo delle capacità alimentari delle popolazioni destinatarie degli interventi, ricorrendo prioritariamente a tecnologie e metodologie rispettose delle culture, degli usi e delle situazioni locali, e

possibilmente a beni e attrezzature reperibili nei Paesi destinatari dell'intervento o nei Paesi vicini.

PRÄSIDENT: Bitte, Abg. Dalbosco, Sie können mit der Erläuterung fortfahren.

DALBOSCO: Tutti siamo d'accordo, tutti rabbriviamo e tutti poi tendenzialmente non ci muoviamo, le difficoltà oggettive ci sono, non è facile muoversi, eppure è possibile e la Regione stessa ha riconosciuto questo dotandosi di una legge imperfetta, però esistente, quale è la legge 11.

Circa l'importanza del ruolo degli enti locali, egregi consiglieri, cito da un recentissimo documento della fine di ottobre, intitolato "Il contributo delle regioni e degli enti locali allo sviluppo della solidarietà e della cooperazione internazionale per la pace e la giustizia sociale e lo sviluppo umano". Questo documento è stato elaborato dalla convenzione di Firenze, promossa fra gli altri dalla conferenza dei Presidenti delle regioni e delle province autonome, sicuramente quindi anche dalla nostra Regione Trentino-Alto Adige.

In questo documento, al punto 3) si afferma "La solidarietà non è un optional, la cooperazione internazionale è una responsabilità e una necessità che riguarda ciascuno di noi, tutti gli enti locali e le regioni dovrebbero includere questo impegno nella propria agenda. La decisione di realizzare un'iniziativa di solidarietà, continua il documento, egregi consiglieri, questa decisione di realizzare un'iniziativa di solidarietà o di cooperazione internazionale dipende dalla volontà politica di ciascuna amministrazione comunale, provinciale o regionale".

Taglio la parte restante, per riaffermare il ruolo della nostra Regione, noi non possiamo rimanere fermi, signori consiglieri, di fronte ad appelli di questo tipo, o prendiamo sul serio queste parole, o riteniamo che mobilitarsi per 840 milioni di persone sia una burla e non si possa fare nulla. Noi siamo in sede di bilancio, si è spesso protestato in questi giorni, che certi ordini del giorno non avrebbero a che fare con il bilancio, se c'è un ordine del giorno che ha a che fare con il bilancio è questo.

Vedo che non è stato ancora distribuito un emendamento alla legge di bilancio, che abbiamo presentato contestualmente a questo ordine del giorno. L'ordine del giorno chiede un impegno preciso anche in termini di stanziamento di risorse, è lecito intervenire per modificare delle poste di bilancio, è quanto noi cerchiamo di fare, l'emendamento spero verrà distribuito al più presto, come vedete prevede lo spostarsi di una certa quota, nè enorme, nè insignificante, da una posta di bilancio all'altra.

Spero che non verrà dato un parere negativo a questa nostra proposta, senza avere almeno preso in considerazione la natura della stessa, così come è articolata. Ripeto, questo ordine del giorno fa pendant con un emendamento alla legge di bilancio in due punti ben precisi.

Noi chiediamo quindi un piano straordinario di intervento, promosso dalla nostra Regione, secondo i punti accennati poc'anzi, la cosa andrà perfezionata, se approvata da questo Consiglio, non si tratta di fare improvvisazione o cose approssimate che poi si ripercuotono addirittura contro il senso di una proposta come questa.

Quello che noi chiediamo è di non trincerarsi dietro motivazioni di comodo, proviamo a calarci nei panni di chi non è comodamente assiso in un Consiglio, ma nella gran parte del mondo è nella situazione sopra richiamata, noi chiediamo di approvare questo ordine del giorno e di approvare anche l'emendamento al bilancio, che dovrebbe essere distribuito. Grazie.

PRÄSIDENT: Der Änderungsantrag ist bereits vorbereitet und wird jetzt verteilt. Damit eröffne ich die Debatte.

Die Abg. Zendron hat das Wort.

ZENDRON: Mi sembra importante che dopo tutte le polemiche che ci sono state sull'applicazione di questa legge si faccia qualche considerazione, visto che la proposta è poi collegata a quell'emendamento che non è stato ancora distribuito, è quello di spostare da un capitolo all'altro, rafforzando questo, ma comunque di rafforzare una spesa in questo settore.

Sappiamo ci sono state delle polemiche su come è stata gestita questa legge e però mi sembra che questo ordine del giorno vada proprio a dare qualche indicazione dei criteri che devono essere usati, nell'usare le risorse finanziarie della Regione, dedicate a questo tipo di interventi, in particolare laddove si dice sostegno di azioni di autosviluppo delle capacità alimentari, credo che sia una definizione abbastanza precisa e che limita in qualche modo l'uso, anche in parte poco trasparente, che è stato fatto fino adesso dei fondi della Regione in questo settore.

Quindi mi sembra che sia nell'ottica anche di un miglioramento. Certo siamo un po' preoccupati del fatto che comunque ci sarebbe bisogno di un chiarimento e di precisazione dei criteri, comunque di applicazione di quella legge. In generale siamo d'accordo con i proponenti di questa commissione, perché credo siamo rimasti noi, come spero tanti altri consiglieri, molto impressionati dalle conclusioni del vertice della FAO di novembre, laddove si è detto che sono prevedibili fino ad una certa data 800 milioni di morti per fame, pensiamo che con un forte impegno si riducano a 400 milioni.

Credo che questo sia un risultato inaccettabile, che sia richiesto uno sforzo maggiore. Ora lo sforzo che si può fare più evidente è quello di destinare una quota significativa del bilancio, proprio a questo tipo di intervento, mirandolo particolarmente a quello che è il sostegno di iniziative di autosviluppo, che come sappiamo sono le uniche che riescono a intervenire in maniera significativa duratura all'interno delle situazioni di fame generalizzata, cioè la distribuzione di alimenti non risolve in alcuna maniera i problemi, anzi arriva addirittura ad impoverire le agricolture locali, che è proprio quello che non si deve fare.

Non mi dilungo più che tanto e confermo il nostro voto favorevole a questo ordine del giorno.

Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter
Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. De Stefani, ne ha la facoltà.

DE STEFANI: Grazie Presidente. Poche battute per inserirmi su quanto diceva il collega Dalbosco su questo ordine del giorno, che ho sottoscritto con particolare convincimento. Il cons. Dalbosco ha già sottolineato che affrontiamo un problema immane, lo affrontiamo in un'aula non particolarmente attenta, sicuramente non affrontiamo un problema che nasce oggi, nel senso che oggi lo sentiamo più vivo, perché la FAO ci ha appena ricordato quanto è drammatica la situazione dello squilibrio tra nord e sud, ma sono ragionamenti che percorrono le coscienze del mondo da decenni.

Questo di tutti i problemi sicuramente è il più grande e come altri problemi di questa portata subisce delle oscillazioni cicliche, per cui momentaneamente l'attenzione è maggiore, poi cala, poi ritorna, ecc.

Con questo ordine del giorno noi non volevamo e non vogliamo fare un'azione estemporanea, il cons. Dalbosco l'ha già detto e credo vada sottolineato con forza, se l'ente locale ha un significato, ed è stato citato un passaggio importante di un documento importante, sottoscritto dai Presidenti di tutte le Regioni e le Province autonome, se l'ente locale ha un significato lo ha nella misura in cui riesce a spendersi con forza su tematiche di questo genere, non per meri atti di testimonianza verbale, ma per far seguire con coerenza e con consequenzialità delle azioni.

Non a caso è stato citato quell'emendamento al bilancio, per dare un segnale che abbia un concretezza e una forza, con tutte le preoccupazioni che la collega Zendron evidenziava, ma anche con la determinazione che poi si possa effettivamente e concretamente incidere domani, dopo domani e nel proseguo dei lustri e dei decenni.

Questo sicuramente per dare risposte al problema che è sul tappeto, che sono i terribili squilibri che riguardano il nord ricco ed il sud povero, i flussi, l'alimentazione ecc., ma credo anche per cercare di dare o di recuperare un senso ed un significato alle nostre comunità.

Credo che una comunità ha un senso se riesce a spendersi con forza su cose di questo genere e se la politica è quella cosa che deve dare senso alle comunità, allora la politica non può esimersi dallo spendersi su queste problematiche, ma non solo per dare un aiuto, ma anche per far sì che in quelle comunità, che poi sono le nostre, si possa pensare di andare ad un futuro che responsabilizzi e che faccia partecipare maggiormente i cittadini ad una cultura del mondo, in cui ci sentiamo e siamo effettivamente solidali e corresponsabili, non solo a livello di affermazioni, ma a livello di concretezza di azioni e questo dipende da noi, ed a livello di crescita di un comune sentire, che vuole essere improntato a questo senso ed a questa direzione.

Credo che questa è una delle grandi scommesse che la politica ha davanti, se vuole sopravvivere allo sfascio che sta attraversando e se non vuole essere una mera amministrazione del quotidiano e dell'esistente e per amministrare il quotidiano non serve la politica, bastano pochi bravi o meno bravi manager.

Credo allora che dietro questo ordine del giorno ci sono dei ragionamenti che vanno a guardare cosa saranno le comunità del 2000-2010-2020 e questo credo ci riguardi estremamente da vicino.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Benedikter, ne ha la facoltà.

BENEDIKTER: Ich habe hier ein Buch, in dem alle international bedeutsamen Äußerungen zum Bevölkerungsproblem der Welt zusammengefaßt sind und ich möchte kurz etwas vorlesen: Die Weltbevölkerungsberichte der Vereinten Nationen fassen zusammen, was nationale Regierungen und die internationale Entwicklungspolitik zur wirksamen Eindämmung des Bevölkerungswachstums tun müßten. Der Titel des Buches ist vielsagend: "Weniger Menschen durch weniger Armut". Da sind also sieben Vorschläge, die international die letzten Erkenntnisse der Vereinten Nationen sind. "Erstens: Die Bekämpfung der Massenarmut und höhere Investitionen in die soziale Entwicklung, was für die Entwicklungspolitik eine gezielte Armutsbekämpfung bedeuten würde. Zweitens: Eine großzügige Entschuldigung, um den Druck zu verringern, ausgerechnet im Sozialbereich zu sparen und die natürlichen Ressourcen zur Erhaltung der Zahlungsfähigkeit ausbeuten zu müssen. Drittens: Verbesserung der Bildungschancen und der Gesundheitsfürsorge, vor allem gezielte gesundheitspolitische Maßnahmen zur Verringerung der Kindersterblichkeit. Viertens. Ausbau der sozialen Sicherungssysteme, die den Zwang vermindern, möglichst viele Kinder zur Alterssicherung in die Welt zu setzen. Fünftens: Verstärkte Programme zur Frauenförderung, um die soziale Lage und Selbstbestimmung der Frauen zu verbessern, weil Familienplanung nur eine Chance hat, wenn die Erde in der Hand der Mütter liegt. Sechstens: Besserer Zugang zu Familienplanungsprogrammen. Siebstens: Verdoppelung der Aufwendungen für Bevölkerungspolitik auf 9 Milliarden US-Dollar im Jahr." Das sind weltweit die letzten Erkenntnisse, ausgesprochen von den Vereinten Nationen und sie decken sich auch mit dem Anliegen, das hier ausgesprochen wird und wo wir zur Verdoppelung der Aufwendungen für Bevölkerungspolitik beitragen sollten, indem wir einen gewissen Prozentsatz, der auch international vorgesehen ist, erreichen sollten. Danke!

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Pinter, ne ha la facoltà.

PINTER: Presidente, soltanto per aggiungere il convinto sostegno del nostro gruppo a questo ordine del giorno, ma soprattutto per evidenziare una contraddizione palese, che negli ultimi anni è stata espressa a livello politico e mi riferisco a quanti coloro ritenevano che non fosse compito nostro quello di dare accoglienza agli emigrati presenti sul nostro territorio, piuttosto quanto quello di aiutare gli emigrati a permanere nel loro territorio.

E' evidente che questo discorso, che è stato fatto più volte da più soggetti, a parte avere evidentemente il limite di non considerare le ragioni dei processi migratori, che non sono soltanto di coloro i quali emigrano, ma sono anche dei paesi che

accolgono gli emigrati, perché ne hanno ragioni di mercato e necessità di carattere economico, però è un discorso che alla prova dei fatti è stato in parte smentito come un discorso ipocrita, in quanto quando si tratta di vedere cosa può fare lo Stato italiano, le regioni dell'Italia per dare una mano sulla cooperazione allo sviluppo, per avanzare degli interventi che migliorino le condizioni sociali ed economiche delle persone che si trovano negli Stati che non hanno la nostra ricchezza, le nostre opportunità, allora abbiamo visto di nuovo una non disponibilità, in quanto non si ritiene ce sia compito nostro quello di destinare una quota delle nostre eccedenze nei confronti di queste popolazioni.

Allora credo che dobbiamo uscire dalla logica del puro atto di carità nei confronti di queste popolazioni, sono convinto che gli enti locali e le regioni in modo particolare possano nel prossimo futuro svolgere una funzione molto importante nell'ambito della cooperazione decentrata, cercando di evitare quelli che sono stati gli errori compiuti a livello nazionale, dove è vero che gran parte delle risorse, destinate allo sviluppo, sono finite purtroppo per alimentare i regimi politici e autoritari e per riarmare queste nazioni, piuttosto che per dare una mano alle popolazioni in situazioni di reale bisogno.

Credo che una cooperazione più decentrata, più controllata, nel senso anche di una partner di una cooperazione tra enti locali dell'occidente ricco e del sud del mondo povero, con l'attivazione di energie volontarie delle scuole, di risorse formative, di risorse economiche, sarebbe senz'altro la strada più adeguata per garantire che queste risorse finiscano per essere utilizzate nel modo migliore, però credo ci sia anche la necessità, in ogni caso, di destinare una quota crescente di risorse, se vogliamo che i problemi, che noi abbiamo alimentato, che noi abbiamo fatto crescere, spogliando il sud del mondo delle risorse, colonizzandolo e imponendo dei modelli di consumo, dei modelli economici e produttivi, che non sono affatto compatibili con quelle realtà, ma sono invece più compatibili con l'esigenza del nostro mercato e delle nostre esportazioni.

Credo che dobbiamo destinare una quota crescente di queste risorse, perché altrimenti tutti i nostri discorsi sulla globalizzazione dell'economia, sui rischi che questa comporta, sul fatto che i problemi del sud del mondo sono in realtà i nostri problemi, perché prima o poi ci vengono comunque scaricati addosso, sia come flussi migratori, sia come problematiche in merito all'uso delle risorse, in merito all'esaurimento delle risorse ed in merito a scelte drammatiche per il pianeta, che vengono compiute in questi paesi, per imporre modelli che non sono adeguati e non sono compatibili, credo che dobbiamo uscire dall'ipocrisia di piangere per il fatto che ci sono queste situazioni di sofferenza nel mondo e nel contempo abbiamo un bilancio regionale che non sappiamo nemmeno come utilizzare per un eccesso di risorse stesse.

Quindi voterò convinto questo ordine del giorno.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Divina, ne ha la facoltà.

DIVINA: Grazie Presidente. Noi siamo d'ordine completamente opposto, siamo sicuri che lo spirito che ha animato i presentatori sicuramente sarà un sentimento nobile di solidarietà e di pietà verso situazioni inevitabilmente molto diverse da quelle in cui vive la nostra comunità occidentale, però il ruolo di questa Regione, il ruolo di ognuno di noi stessi è quello di fare atti politici, non atti amministrativi che vanno in questo senso.

Parlare di fame nel mondo è un problema tanto grosso, che esula le capacità che ha un consigliere di un comune, consigliere di una provincia, lo stesso consigliere di una Regione autonoma come la nostra.

Noi in termini politici dobbiamo dare semmai dei segnali, non sostituirci ad altri organismi preposti, governativi o non governativi, che hanno fini precisi di intervenire in situazioni di estreme gravità, come quelle che questo ordine del giorno cita abbastanza correttamente.

Pensiamo anche ad un'altra cosa, che non ci si scarica la coscienza in questo ambito, solo prevedendo degli stanziamenti, se uno sente questo richiamo, questa solidarietà, questo atto di pietà e di beneficenza, siamo sempre più convinti che riguarda il singolo mettersi a posto con la propria coscienza, considerando poi che secondo noi già troppo spende questa provincia in questo nebuloso campo di questa pseudo solidarietà, perché si stanno investendo più di 5 miliardi all'anno, portarlo a 10 miliardi secondo noi sarebbero ingentissime risorse, che tra il resto sarebbero ingentissime per noi e sarebbero un nulla per il grande e grave problema della fame nel mondo.

Ricordo le prediche che mi faceva mio padre, il quale sosteneva che in ogni famiglia deve applicarsi un vecchio principio, che si dovrebbe chiamare ancora il principio del buon padre di famiglia, che ha obblighi verso la sua famiglia, verso i suoi figli e quando ha esaurito tutte le necessità che dall'interno della famiglia provengono, ha anche un altro obbligo morale, sociale, di guardare oltre questi confini.

Vorrei conoscere quanti cittadini trentini vivono sotto la soglia minima di sussistenza, in quella fascia che si può definire di povertà cronica, quanti pensionati trentini oggi vivono con pensioni che possiamo definirle da fame, parlando di fame nel mondo e considerando che questa Regione ha questo ruolo di dare risposte ai cittadini trentini che hanno votato questi consiglieri, perché rispondano ai loro propri bisogni, queste risorse da consigliere regionale le indirizzerei per rispondere a questi bisogni, semmai indirizzandole nei settori dell'assistenza e della previdenza che stanno per partire, che danno le risposte alla gente che ha bisogno direttamente del nostro intervento. Se noi perdiamo di riferimento questo ruolo, probabilmente non saremo buoni padri di famiglia ed è questo che è richiesto a noi.

La Lega è contraria a questo ordine del giorno, per le motivazioni che ho appena detto.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Benussi, ne ha la facoltà.

BENUSSI: Grazie signor Presidente. Sono voluto intervenire, perché un po' sono rimasto sconcertato dall'intervento fatto adesso dal cons. Divina, ognuno è libero di interpretare come meglio crede, perché siamo in paese democratico, però il fatto di

pensare solo alla propria famiglia, quando in tanti casi la propria famiglia rasenta anche il superfluo, è doveroso pensare anche a chi ha bisogno.

Per cui, senza basarsi su questioni trascendentali o meno, penso che la solidarietà nei confronti di quelli che sono veramente gli stati di fame assoluta, penso che ciascuno di noi provi raccapriccio quando vede certe illustrazioni fatte da giornali, dalla televisione sugli stati in cui si trovano, si senta un rimorso intimo molto forte, in cui il minimo che si può fare è quello che ognuno opera come meglio crede, da un punto di vista personale, per non far intervenire, come è previsto da questo ordine del giorno, affinché ci si prodighi in maniera seria e costruttiva e non creando esclusivamente delle associazioni, dove in certi casi quanto viene offerto all'associazione, all'80-90% viene mangiato da chi è quello che poi deve distribuire denaro, vedi UNICEF, dove purtroppo le cifre di quanto è disponibile e quanto è incamerato sono ben diverse.

Mi auguro che anche con questo ordine del giorno si possa contribuire, modestamente da parte nostra, a far fronte alle esigenze di tanta gente che ha veramente fame.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il Presidente della Giunta, Grandi.

GRANDI: Intervengo brevemente per dire che la Giunta voterà questo ordine del giorno e poi per informare che il Vicepresidente ha provveduto a convocare, entro il corrente mese, tutte le associazioni non governative, ma anche tutte le altre associazioni a Trento in un incontro e a Bolzano in un altro, per valutare tutte le richieste dei progetti, per valutare poi i criteri con i quali si provvederà al riparto dei fondi con il prossimo anno, aprendo quindi una fase di coinvolgimento, di cointeressamento e di codecisioni in questo delicato ambito.

Credo che in quella sede dovrà essere mia cura portare questo ordine del giorno, per fare in modo che una parte delle risorse venga messa a disposizione di quanto qui proposto.

PRESIDENTE: La parola al cons. Dalbosco per la replica.

DALBOSCO: Grazie. Credo che meritino risposta alcune osservazioni, argomentazioni proposte all'assemblea dal cons. Divina, perché si sentono ripetere molto spesso e credo che bisognerebbe cercare di fare chiarezza sulla loro natura. Innanzitutto in questi cinque minuti toccherò cinque punti, quindi saranno proprio pillole e mi scuso.

Primo punto. Perché, cons. Divina, questa svalutazione della politica? Il nostro ruolo è politico non amministrativo, è vero si può parlare, si può indirizzare, però la politica se non si cala nell'amministrazione quotidiana, tanto più in realtà provinciali e regionali, si riduce a chiacchiera, ad impossibilità di incidere sul mondo, quindi mi sembra un presupposto molto riduttivo, da cui seguiranno azioni di portata ridotta.

In secondo luogo, prima ho accennato al ruolo dell'ente locale, affermato non da me, affermato da una convenzione di Firenze, alla quale hanno aderito, oltre all'ANCI, oltre al comune di Firenze, oltre all'UPI, la conferenza dei Presidenti delle

regioni e delle province autonome, cioè questa posizione si sta affermando non come posizione di anime belle, di cuori impietosi, è una posizione che si sta affermando a livello istituzionale.

Allora leggo un passo che prima non ho voluto leggere e penso che questa volta il cons. Divina presterà più attenzione, perché riguarda proprio una risposta a quanto lui diceva, la crescita della conflittualità e delle tensioni nel Mediterraneo, l'aumento della povertà e della disperazione in Africa e in tante altre parti del mondo, non possono essere affrontati solo con appelli e auspici, ma con un impegno concreto a cui anche l'Italia non può sottrarsi. L'impegno del governo deve essere preciso e coerente, ma non basta, è necessaria la partecipazione attiva e responsabile di tutte le istituzioni locali e regionali e di tutti i cittadini.

Ancora alcune osservazioni. La carità spetta al singolo vero ed è bene che non si sappia, però qui non si parla di carità, questi non sono problemi lasciati al singolo, sono problemi strutturali e la politica deve incidere sulla struttura, quindi sono piani completamente diversi, è tempo di finire di confondere il piano della carità, della pietà singola di cui è bene non sapere nulla, dal piano strutturale dell'intervento politico amministrativo.

Ancora 5 miliardi non sarebbero nulla per il grande problema della fame nel mondo, va bene, allora ogni grande problema non potrà mai essere affrontato, cons. Divina, ogni grande problema per sua natura ha una pluralità di intrecci, di sfaccettature e la nostra singola parola è sempre povera, limitata: cosa posso dire, cosa posso fare se non una singola cosa! Questo diventa non un alibi, che presupporrebbe una cattiva fede in lei, ma semplicemente un presupposto che ci taglia le gambe, qualsiasi problema è sempre troppo grosso rispetto a quel poco che possiamo dire e fare in quel momento.

D'altronde qui non si prefigurano interventi a pioggia, che irrigherebbero un terreno riarso andandosi a perdere, si pensa a qualcosa di più intelligente, di mirato, perché ad esempio non c'è mai un gemellaggio delle nostre opulente comunità, con una comunità di disgraziati, no, ci gemelliamo tra di noi, d'altronde forse è spiegabile, i gemelli sono consanguinei, ma non è questo il senso del gemellaggio. Un gemellaggio in cui ci si fa carico responsabilmente in termini strutturali di una realtà, non è buttato via, non è a pioggia per più e più motivi.

Infine, a parte la illogicità del dire che noi non ci scarichiamo la coscienza solo con i finanziamenti e poi con un sofisma si nega il finanziamento, vuol dire che quelli ci sono e non bastano, ma da qui non si può dire che allora non finanziamo mai alcun progetto.

A parte questa illogicità credo che all'ultimo punto su cui volevo dire qualcosa ha già risposto, molto pacatamente, il cons. Benussi, veramente il principio del buon padre di famiglia penso vada inteso nel senso di un allargamento anche al di là della ristretta cerchia familiare, perché poi all'interno di una grande famiglia mai si arriverebbe a colmare tutti i bisogni e allora mai ci si applicherebbe anche al di fuori delle quattro mura domestiche. Grazie.

PRESIDENTE: Su questo ordine del giorno è stata chiesta la votazione per scrutinio segreto. Prego distribuire le schede.

(segue votazione a scrutinio segreto)

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione dell'ordine del giorno n. 11:

votanti	56
schede favorevoli	31
schede contrarie	21
schede bianche	4

Il Consiglio approva.

C'è un altro ordine del giorno, il n. 12, a firma dei cons. Chiodi, Klotz e Vicini. Prego la cons. Conci Vicini di dare lettura dell'ordine del giorno.

CONCI-VICINI:

Ordine del giorno n. 12

E' sotto gli occhi di tutti la difficoltà di conciliare al meglio la vita privata e familiare con la vita professionale da parte dei dipendenti soprattutto con carichi di famiglia e vista la sensibilità con cui si richiama l'ente Regione nei confronti dei valori della famiglia, si ritiene opportuno chiedere la revisione dell'attuale applicazione del rapporto di lavoro a tempo parziale, articolato con un orario di 18 ore settimanali, aumentandolo per il personale interessato alle 24 ore settimanali.

Ciò consentirebbe una migliore qualità del lavoro svolto a vantaggio quindi anche dell'Amministrazione regionale e una uniformità di trattamento con quello della Provincia autonoma di Trento che ha già modificato dal 1993 tale istituto, aumentandone l'articolazione come sopra esposto.

Ritenuto altresì opportuno l'innalzamento, dal 10 per cento fino al 25 per cento, del limite massimo dei posti complessivi del ruolo unico regionale, trasformabili da tempo pieno a tempo parziale, facendo riferimento nella percentuale suddetta alle sole qualifiche funzionali e non anche ai profili professionali.

Tutto ciò premesso,

IL CONSIGLIO REGIONALE IMPEGNA LA GIUNTA REGIONALE

ad attivarsi entro 30 giorni dall'approvazione della presente mozione affinché siano modificate nel senso sopra indicato le norme delle leggi regionali e relativi regolamenti che disciplinano il rapporto di lavoro a tempo parziale.

PRESIDENTE: Lei può continuare con l'illustrazione, prego.

CONCI-VICINI: Da tempo ormai si discute sul tema degli orari e dei tempi di vita per verificare la possibilità di adeguamento degli orari e dei tempi della pubblica amministrazione, ma anche del settore privato alle mutate esigenze della società odierna ed in questo contesto ha grande importanza il lavoro, che nella società attuale vede spesso impegnati entrambi i genitori a fronte dell'innalzarsi del costo della vita e per tutta una serie di altre motivazioni, che hanno a che fare con i grossi cambiamenti apportati dal passaggio della famiglia patriarcale a quella nucleare a tutte le modificazioni che nel corso di questi anni sono avvenute, proprio nei confronti del soggetto famiglia.

La Regione ha dato prova di avere una grande sensibilità nei confronti dei problemi della famiglia, cui ha dato risposta in vario modo, anche attraverso i provvedimenti del cosiddetto pacchetto famiglia. Noi riteniamo opportuno richiedere, proprio per lasciare una libertà di scelta nell'attuare con maggiore flessibilità le proprie scelte lavorative, noi chiediamo a questa Giunta la possibilità, anche per le dipendenti della Regione, di omogeneizzazione del trattamento delle dipendenti regionali con quello delle dipendenti provinciali, già avvenuto nel 1993, chiedendo la revisione dell'attuale applicazione del rapporto di lavoro a tempo parziale, articolandolo con un orario flessibile dalle 18 ore settimanali alle 24 ore settimanali per il personale interessato e poi l'innalzamento dal 10% fino al 25% del limite massimo dei posti complessivi del ruolo unico regionale, trasformabili da tempo pieno a tempo parziale.

Sappiamo che l'assessore di merito sta recependo la 421, chiediamo all'assessore che nel recepimento della 421 tenga presente queste istanze espresse da numerose dipendenti della Regione.

Mi pare di poter recepire, anche a nome delle altre consigliere firmatarie, la richiesta da parte dell'assessore, che il dispositivo venga modificato e quindi vengano cambiate le parole "ad attivarsi entro 30 giorni dall'approvazione della presente mozione" diventi "ad attivarsi entro 120 giorni dall'approvazione della presente mozione"; a noi interessa che questa risposta possa esserci, in modo tale che sia possibile una maggior libertà di scelta e anche la possibilità di organizzarsi da parte delle dipendenti, come meglio ritengono, a seconda della propria situazione lavorativa e familiare. Grazie.

PRESIDENTE: Colleghi, vi prego di fare silenzio, se dovete parlare uscite dall'aula! Qui siamo nell'impossibilità di poter lavorare ed è una mancanza di rispetto nei confronti di chi ha la parola!

Qualcuno intende intervenire? La parola al cons. Fedel.

FEDEL: Colgo l'occasione dell'ordine del giorno per esprimerle, signor Presidente, la mia solidarietà, lei ha ragione. Non si può pensare di salvare la Regione con mere affermazioni, e mi riferisco a coloro che sono favorevoli all'istituto regionale, per

risultare in contrapposizione a coloro che sono contrari, pertanto riesprimerò il mio concetto sulla Regione, che riguarda il Senato delle Regioni, in merito al quale ho parlato a lungo questa mattina con il Presidente della Giunta regionale Durnwalder, che concorda con la mia idea, quindi quando dico qualche cosa sarebbe bene ascoltare.

La ringrazio, la mia solidarietà Presidente Tretter.

PRESIDENTE: La ringrazio e spero che queste raccomandazioni vengano fatte proprie da tutti i colleghi, perché è impossibile lavorare in Consiglio, se il disturbo è continuo.

Ha chiesto la parola l'assessore Holzer.

HOLZER: Grazie Presidente. Semplicemente per dire che la Giunta regionale è sensibile al problema testè illustrato dalla cons. Conci, per garantire alle lavoratrici la possibilità di contemperare l'esigenza del lavoro con l'assistenza ai figli nell'ambito familiare.

D'altra parte devo ricordare che il lavoro a part-time è regolato con legge regionale, l'art. 47 della legge 15 del 1983, che attualmente prevede la possibilità di trasformare il 10% dei posti a tempo pieno in posti a tempo parziale. La Giunta regionale recentemente ha approvato un regolamento, utilizzando l'accordo sottoscritto con le organizzazioni sindacali in occasione della stipula del contratto di lavoro durante il mese di aprile di questo anno. Sono stati trasformati circa il 9% dei posti presso la sede centrale e gli uffici tavolari e catastali ed il 9,5% dei posti presso gli uffici del giudice di pace.

Attualmente i posti trasformati a part-time e occupati sono 94. Quindi dobbiamo tenere presente che è necessario apportare una modifica al testo legislativo, perché in sede contrattuale non è possibile attuare il part-time a 24 ore. Per cui inviterei le proponenti dell'ordine del giorno a far sì che l'innalzamento dal 10% al 25% possa essere ridotto al 15%, altrimenti non potremmo nemmeno garantire una operatività agli uffici, perché ritengo che fino ad un 15% si possa anche far fronte, e se dovessimo aumentare il numero, molto probabilmente dovremmo riorganizzare strutturalmente tutti gli uffici della Regione in maniera diversa, perché teniamo conto che le 24 ore comportano l'assegnazione di uffici, quindi la necessità di maggiori spazi anche per il lavoro.

Quindi riterrei che la Giunta regionale possa orientarsi verso il 15%.

Per quanto riguarda l'inserimento in legge, ho visto che la proposta è di 30 giorni dall'approvazione del presente ordine del giorno, proporrei che i giorni fossero trasformati in 120, per dare la possibilità di presentare ed approvare questo ordine del giorno nel disegno di legge, per recepimento della legge 421 e di conseguenza anche del decreto legislativo 29.

Ritengo che questi siano tempi sufficientemente idonei e validi per poter portare in discussione anche nel Consiglio regionale questo disegno di legge.

PRESIDENTE: E' stato presentato un emendamento, che vorrei sottoporre all'aula, che prevede l'innalzamento dal 10% al 15% nella parte introduttiva ed al dispositivo c'è un

altro emendamento che parla di attivarsi entro 120 giorni invece di 30 giorni. Se nessuno si oppone modificarei sia la parte introduttiva che dispositiva.

Ha chiesto la parola il cons. Morandini.

MORANDINI: Grazie Presidente. Onorevoli colleghi, il tema del part-time mi ritorna in quest'aula, sono molto grato a coloro che lo ripropongono, so quanta fatica ha fatto la Giunta regionale precedente, quanta difficoltà si è incontrata per rompere il ghiaccio ed introdurre il part-time anche all'interno dell'amministrazione regionale. Quindi una proposta che cerchi di aumentarne il limite è sicuramente una proposta importante, degna di appoggio, anche perché oggi è sempre più difficile aiutare le donne che lavorano a conciliare il proprio ruolo di lavoratrici con quello di madri e di mogli.

Vorrei peraltro far presente e sollevare l'attenzione su un problema, naturalmente mi dichiaro favorevole a questa proposta, ma con un'attenzione che vorrei porre alla Giunta regionale e non soltanto ad essa, il rischio è che in questo modo dobbiamo fare attenzione a non allargare sempre di più il divario fra il dipendente pubblico e il dipendente delle aziende private, dove tante volte la parola part-time è pronunciata, ma non trova attuazione; non è chiaramente un problema che riguarda l'assessore al personale della Regione Trentino-Alto Adige, però è un problema che dobbiamo porci, forse non è nemmeno nostra competenza.

Allora che sia contenuto un auspicio, magari non ho avuto il tempo per proporre un emendamento all'ordine del giorno, affinché ci sia uno sforzo collettivo, perché si affronti organicamente la materia, nel senso che gli stessi problemi li vivono, forse ancora più drammaticamente, in modo particolare le donne del comparto privato, anch'esse mogli, anch'esse madri, anch'esse lavoratrici.

Questo lo dico perché sono certamente d'accordo, fra l'altro sono stato il primo sostenitore nella Giunta precedente a far sì che si introducesse il part-time in Regione, non so quante difficoltà abbiamo incontrato, però il nostro è solo un primo passo, dobbiamo essere estremamente attenti ad allungare il passo e fare sì che si possa sfondare in termini concreti, per coinvolgere il comparto privato e quindi le lavoratrici del comparto privato, nel senso di far sì che anch'esse possa avere i medesimi diritti e quindi poter conciliare anch'esse il più possibile il ruolo di madri e di mogli con quello di lavoratrici. Grazie.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire sull'ordine del giorno così emendato? Nessuno. Lo pongo in votazione. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? L'ordine del giorno è approvato all'unanimità.

Pongo in votazione il passaggio alla discussione articolata. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? Con 10 voti contrari, 6 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli, il passaggio alla discussione articolata è approvato.

Art. 1

Stato di previsione dell'entrata

1. Sono autorizzati l'accertamento e la riscossione, secondo le leggi in vigore, nei confronti dello Stato dei tributi erariali devoluti alla Regione a sensi dello Statuto approvato con legge costituzionale 26 febbraio 1948, n. 5, modificata con legge costituzionale 10 novembre 1971, n. 1 e con legge 30 novembre 1989, n. 386 ed il versamento nella cassa della Regione delle somme dei proventi dovuti per l'esercizio finanziario dal 1° gennaio al 31 dicembre 1997, giusta l'annesso stato di previsione dell'entrata.

Art. 1

Voranschlag der Einnahmen

1. Die Feststellung und die Einhebung gemäß den geltenden Gesetzen, der Staatssteuern, die im Sinne des Sonderstatuts - das mit Verfassungsgesetz vom 26. Februar 1948, Nr. 5, geändert mit Verfassungsgesetz vom 10. November 1971, Nr. 1 und mit Gesetz vom 30. November 1989, Nr. 386, genehmigt wurde - vom Staat an die Region abgetreten werden, und die Einzahlung der für das Haushaltsjahr 1. Jänner - 31. Dezember 1997 zustehenden Beträge und Einkünfte in die Kasse der Region werden gemäß beiliegendem Einnahmenvoranschlag bewilligt.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire sull'art. 1? Nessuno. Lo pongo in votazione.

Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? Con 13 voti contrari, 3 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli, l'art. 1 è approvato.

Art. 2

Totale generale della spesa

1. E' approvato in lire 501.494.000.000 in termini di competenza ed in lire 702.789.280.000 in termini di cassa il totale generale della spesa della Regione per l'anno finanziario 1997.

Art. 2

Gesamtbetrag der Ausgaben

1. Der Gesamtbetrag der Ausgaben der Region für das Finanzjahr 1997 in Höhe von 501.494.000.000 Lire, was die Kompetenz betrifft, und in Höhe von 702.789.280.000 Lire, was die Kassa betrifft, wird genehmigt.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire sull'art. 2? Nessuno. Lo pongo in votazione.

Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? Con 14 voti contrari, 1 voto di astensione e tutti gli altri favorevoli, l'art. 2 è approvato.

Art. 3

Stato di previsione della spesa

1. E' autorizzato l'impegno e il pagamento delle spese della Regione per l'esercizio finanziario 1997 in conformità dell'annesso stato di previsione della spesa.

E' stato presentato un emendamento a firma della Giunta, che recita:

Allo stato di previsione della spesa annesso al Bilancio di previsione della Regione autonoma Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1997 e bilancio triennale 1997-1999 sono apportate le seguenti modifiche:

- l'importo di lire 60.000 milioni iscritto al cap. 1942 (Spese per l'esercizio della delega in materia di previdenza integrativa) viene aumentato in termini di competenza 1997 e di previsioni di cassa 1997 di Lire 10.000 milioni;
- l'importo di lire 81.000 milioni iscritto al cap. 2300 (fondo a disposizione per dar fronte ad oneri dipendenti da provvedimenti legislativi) viene diminuito in termini di competenza 1997 e di previsioni di cassa 1997 di lire 10.000 milioni;
- i relativi totali dello stato di previsione della spesa per l'esercizio finanziario 1997, per categorie, rubriche, titoli e sezioni sono conseguentemente modificati.

Emendamento all'allegato n. 2 annesso al disegno di legge:

Gli stanziamenti iscritti al cap. 1942 sono aumentati di lire 5.000 milioni a favore della provincia autonoma di Trento e di Lire 5.000 milioni a favore della Provincia autonoma di Bolzano.

Emendamento all'elenco n. 4 annesso al disegno di legge

L'importo dell'onere in milioni per l'anno 1997 relativo ad "interventi nel settore della previdenza sociale, delle assicurazioni sociali e nell'ordinamento degli enti sanitari ed assistenziali" viene diminuito di Lire 10.000 milioni.

C'è un altro emendamento, a firma dei cons. Dalbosco, De Stefani e Passerini, che recita:

Si propone la modifica dello stato di previsione della spesa annesso alla Legge di Bilancio nei seguenti capitoli di spesa:

I) Al Cap. n. 325 "Spese per interventi a favore di Stati extracomunitari colpiti da eventi bellici, calamitosi o in condizioni di particolari difficoltà economiche e sociali" (Art. 6, L.R. n. 11, 30 maggio 1993)

la Competenza per l'anno 1997 passa da L. 5.200.000.000 a L. 10.200.000.000.

II) Al Cap. n. 2300: "Fondo a disposizione per far fronte ad oneri dipendenti da provvedimenti legislativi (spese in conto capitale)"

la Competenza per l'anno 1997 passa da L. 81.000.000.000 a L. 76.000.000.000.

Art. 3

Voranschlag der Ausgaben

1. In bezug auf die Ausgaben der Region für das Haushaltsjahr 1997 werden entsprechend dem beigeschlossenen Voranschlag der Ausgaben die Zweckbindung der Mittel und die Zahlung bewilligt.

Dazu gibt es zwei Abänderungsanträge, einer eingebracht vom Regionalausschuß, der folgendermaßen lautet:

Der Ausgabenvoranschlag, der den Haushaltsvoranschlag der autonomen Region Trentino-Südtirol für das Haushaltsjahr 1997 und dreijährige Haushalt 1997-99 beiliegt, wird wie folgt geändert:

- der im Kapitel 1942 (Ausgaben für die Ausübung der übertragenen Befugnisse auf dem Sachgebiet der Ergänzungsvorsorge) eingetragene Betrag in Höhe von 60.000 Millionen Lire wird für den Kompetenzvoranschlag 1997 und für den Kassavoranschlag 1997 um 10.000 Millionen Lire erhöht;
- der im Kapitel 2300 (verfügbarer Betrag zur Deckung von mit gesetzlichen Maßnahmen zusammenhängenden Auslagen) eingetragene Betrag in Höhe von 81.000 Millionen Lire wird für den Kompetenzvoranschlag 1997 und für den Kassavoranschlag 1997 um 10.000 Millionen verringert;
- die entsprechenden Gesamtbeträge des Ausgabenvoranschlages für das Haushaltsjahr 1997 werden folglich in Bezug auf die Kategorien, die Rubriken und die Sektionen geändert.

Änderung zur Beilage Nr. 2 des Gesetzentwurfes:

Die im Kapitel 1942 eingetragenen Ansätze werden zugunsten der autonomen Provinz Trient um 5.000 Millionen Lire und zugunsten der autonomen Provinz Bozen um 5.000 Millionen Lire erhöht.

Änderung zum Verzeichnis Nr. 4 des Gesetzentwurfes:

Der Ausgabenbetrag in Millionen für das Jahr 1997 für "Maßnahmen auf dem Gebiet der Sozialfürsorge, der Sozialversicherung und der Ordnung der Fürsorge- und Sanitätskörperschaften" wird um 10.000 Millionen Lire gekürzt.

Es gibt einen zweiten Abänderungsantrag, eingebracht von den Abg. Dalbosco, De Stefani und Passerini, der folgendermaßen lautet:

Nachfolgende Ausgabenkapitel des dem Haushaltsgesetz beigeschlossenen Voranschlages der Ausgaben werden wie folgt abgeändert:

I) Im Kap. 325 "Ausgaben für Initiativen zur Unterstützung von Völkern der Nicht-EG-Länder, die von Kriegen oder Katastrophen betroffen sind oder sich in besonders schwierigen Verhältnissen befinden" wird der für das Jahr 1997 in der Kompetenz ausgewiesene Betrag von 5.200.000.000 Lire auf 10.200.000.000 Lire erhöht.

II) Im Kap. 2300: "Verfügbarer Betrag zur Deckung von mit gesetzlichen Maßnahmen zusammenhängenden Auslagen" wird der für das Jahr 1997 in der Kompetenz ausgewiesene Betrag von 81.000.000.000 Lire auf 76.000.000.000 Lire herabgesetzt.

Präsident Peterlini übernimmt wieder den Vorsitz
Riassume la Presidenza il Presidente Peterlini

PRÄSIDENT: Wir kommen zur Debatte über diese Änderungsantrages. Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab. Wer mit dem Antrag des Ausschusses einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Die Mehrheit. Wer stimmt dagegen? 9. Wer enthält sich der Stimme? 6 Enthaltungen.

Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich genehmigt.

Wir kommen zum Abänderungsantrag der Abg. Dalbosco, De Stefani und Passerini.

Bitte, Abg. Dalbosco.

DALBOSCO: Tecnicamente è chiaro che l'emendamento a questo punto deve essere riformulato, dato che il cap. 2300 è già stato ritoccato di 10 mila milioni con l'approvazione di quest'ultimo emendamento. Chiedo inoltre un chiarimento, se si passa subito alla votazione o la fase di discussione era ritenuta chiusa per i due emendamenti nel loro complesso?

PRÄSIDENT: ...Bitte zur Überprüfung an den Ausschuß.

Ich habe mich gerade informiert: unabhängig von der politischen Haltung des Ausschusses, der dagegen ist, hat man mir mitgeteilt, daß rein technisch der Artikel zulässig ist.

Der Abg. Atz hat das Wort.

ATZ: Zum ersten möchte ich den Präsidenten bitten, vor Abstimmungen wieder die Glocke funktionieren zu lassen, damit unsere Kollegen hereinkommen.

Zum zweiten kündige ich jetzt die Gegenstimme der Südtiroler Volkspartei an, weil vorhin bei der Abstimmung zum Beschlußantrag klar war, daß man „Ja“ sagt zu einem Projekt, daß man sagt, daß ein Projekt auf die Beine soll, mit dem vorgesehen wird, wie die Gelder verwendet werden sollen. Bis daher war die Mehrheit in dieser Aula einverstanden. Aber jetzt die Gelder aufzustocken, da sind wir von der Südtiroler Volkspartei sicher dagegen.

PRÄSIDENT: Jetzt muß ich noch etwas ergänzen, Abg. Dalbosco. Rein technisch - nachdem der Betrag von 81 Milliarden um 10 Milliarden verringert worden ist, würde ich jetzt die neue technische Formulierung, die wir von Amts wegen vornehmen würden, auf 71.000.000.000 festlegen. Damit würde der Text in der letzten Zeile lauten: "la Competenza per l'anno 1997 passa da L. 81.000.000.000 a L. 66.000.000.000."

Abg. Atz, was das Läuten betrifft, läute ich, wenn es notwendig ist.
Bitte, Abg. Dalbosco.

DALBOSCO: Grazie Presidente. Abbiamo votato un'ora fa un ordine del giorno, che indubbiamente non era impegnativo rispetto a questo emendamento in termini stretti, a me pare che sia impegnativo in senso lato, nel senso che il dispositivo del nostro ordine del giorno parlava di impegno verso la Giunta regionale a mobilitare parte delle risorse di cui dispone, per predisporre rapidamente un progetto forte ed incisivo, il resto lo sappiamo, perché lo abbiamo votato poco fa.

Allora qui le parole chiave erano due, se le parole hanno un senso, mobilitare parte delle risorse e questo farlo rapidamente. Ora mobilitare parte delle risorse vuole anche dire incidere sulle disponibilità di bilancio, molti riconoscono che la Regione ha a disposizione ingenti risorse, spesso ci si lamenta che sono troppe addirittura, sicuramente chi si lamenta che sono troppe non potrà in questa sede sostenere che bisogna risparmiarle e che non abbiamo a disposizione un utilizzo; l'utilizzo c'è e ci siamo impegnati su questo, mobilitare vuol dire, a parità di somma totale del bilancio dislocare da una parte all'altra.

Quindi i termini della questione sono due: il primo spero che, fatto salvo l'ordine del giorno approvato il Consiglio sia d'accordo che bisogna intervenire con risorse anche materiali, poi il problema è tradurre questo sforzo in uno sforzo di qualità e non in uno spreco.

L'altra questione, distinta dalla prima, è che siccome il gioco è a somma zero bisogna togliere da un altro capitolo di spesa. Ora in merito a questo chiedo dei chiarimenti. La nostra proposta si accentra su una diminuzione del capitolo 2300. Ora il capitolo 2300, come i consiglieri sanno, è un capitolo di tipo jolly, infatti aggrega disponibilità di tipo molto diverso. Queste disponibilità, a norma di quello che prevede l'art. 20 della legge regionale 10 del 1991, devono essere elencate in un elenco, che nel nostro caso è l'elenco 4, esattamente come avviene per il capitolo 670.

Quindi interventi per i quali si prevede la copertura con fondi speciali, devono essere elencati in un elenco. Andiamo a vedere l'elenco 4, sempre nel volumone del bilancio e troviamo un'elencazione, in particolare troviamo i 60 miliardi, sui quali andrà a gravare l'emendamento appena approvato, sappiamo tutti quale era la sostanza di quell'emendamento, portare 10 miliardi in meno, tolti alla proposta di fondo pensione e portare questi 10 miliardi ad aggiungere sulla disponibilità del finanziamento per il pacchetto famiglia.

Stante la velocità della procedura con cui abbiamo votato l'emendamento precedente senza discussione, immagino che questa mia interpretazione sia data per pacifica da tutti, cioè far passare 10 miliardi dai fondi pensione al pacchetto famiglia, spostando l'equilibrio 60 e 60 ad un diverso equilibrio 50 per i fondi pensione, 70 per il pacchetto famiglia.

Questo era il senso dell'operazione e per questo quindi il nostro emendamento non interferisce con questa grande operazione, alla quale si è arrivato dopo discussioni molto approfondite su due temi di indubbia rilevanza regionale.

Allora se il gioco dell'emendamento deve essere a somma zero, da qualche parte di tratta di togliere. Chiedo delucidazioni su quegli 11 miliardi e 50 milioni, sui quali presumibilmente il nostro emendamento va a giocare; dato che non sono specificati, come invece è richiesto dalla legge citata del 1991, sembrerebbe davvero una libera disponibilità, se così non è lo si dica e chi è interessato a quel tipo di disponibilità di 11 miliardi si faccia avanti, perché altrimenti stiamo votando, signori consiglieri, un bilancio che per le spese di investimento assomma poco più di 200 miliardi, 11 miliardi costituiscono il 5% e avremo pure il diritto di sapere questi 11 miliardi dove vanno.

Per quanto ci riguarda l'emendamento nostro è molto preciso, i 5 miliardi hanno una destinazione precisa sul capitolo di spesa, discendono conseguentemente da un impegno che il Consiglio ha assunto poco fa, sicuramente è inaccettabile non tanto un voto contrario, perché il Consiglio è padrone di decidere in merito alla locazione delle risorse, sarebbe intollerabile che non si giustificasse quegli 11 miliardi, cioè il 5% del bilancio, dove sono già destinati se lo sono, e in caso contrario se non fossero destinati sarebbe veramente strano che il Consiglio non si assumesse di conseguenza le sue responsabilità nei confronti della tragedia di cui abbiamo parlato.

Perlomeno desidero chiarezza in merito alle obiezioni al nostro emendamento, cons. Atz lei è stato estremamente lapidario, ha affermato la dichiarazione di voto, sì all'ordine del giorno precedente, no all'aumento di capitoli di spesa, questa però non è una motivazione, è più che altro un'affermazione apodittica, pregherei di fornire delucidazioni e motivazioni argomentate, in modo che si sviluppi un dibattito su questo punto. Grazie.

PRÄSIDENT: Als Nächster hat der Abg. Taverna das Wort.

TAVERNA: Signor Presidente, onorevoli colleghi, per una volta tanto Alleanza nazionale concorda con la dichiarazione di voto, espressa dal capogruppo dello SVP, per quanto riguarda l'opinione negativa rispetto all'emendamento di cui stiamo parlando, presentato dai colleghi Dalbosco, De Stefani, Passerini.

La nostra è una posizione coerente con quanto abbiamo sostenuto in passato, a proposito dell'aumento dello stanziamento a favore della legge del 1993 per quanto riguarda spese per interventi a favore degli stati extracomunitari, colpiti da eventi bellici.

Riteniamo che in una situazione così delicata, da un punto di vista della finanza pubblica nazionale e locale, non si possono finanziare lussi, a questo punto non ho alcun problema nel definire questo un lusso, nel senso che la comunità nazionale, dal punto di vista finanziario è colpita da manovre di ingenti dimensioni, perché una manovra di 63 mila miliardi, una manovrina a fine anno di 4.500 miliardi, si ipotizza una nuova manovra nel primo trimestre del 1997 di circa 15 mila miliardi, significa tutto questo drenare ricchezza dal popolo italiano e conseguentemente, a mio giudizio, non si possa continuare in questo tipo di politica.

Perché se da un punto di vista generale gli interventi a favore delle popolazioni extracomunitarie possono essere concepiti come interventi positivi, perché

la solidarietà nazionale ed internazionale deve avere un senso se vi è una collaborazione tra i paesi più ricchi nei confronti dei paesi più poveri, noi riteniamo che tutto questo deve essere concertato anche con gli altri paesi e non è possibile pensare che lo Stato e per quanto ci riguarda la nostra responsabilità, la Regione, possano ulteriormente finanziare leggi di questa natura, tenuto conto delle condizioni finanziarie nelle quali la Regione, come articolazione dello Stato si trova a dover pensare di operare limitazioni nella spesa, per quella politica di rigore a cui prima facevo riferimento.

Qui non si tratta di lesinare gli interventi o di attuare una politica spargnina, qui si tratta di essere coerenti con una impostazione nazionale, che deve trovare anche condivisione attraverso una politica della spesa delle articolazioni dello Stato e noi sappiamo che la Regione è una delle articolazioni dello Stato.

Per queste ragioni dichiariamo il nostro voto contrario all'emendamento presentato dai colleghi Dalbosco, De Stefani e Passerini.

PRÄSIDENT: Bitte, Abg. Gasperotti.

GASPEROTTI: Grazie Presidente. Si è parlato molto di come si utilizzano i fondi consegnati alla commissione presieduta dal Vicepresidente Pahl, hanno parlato molto anche le associazioni umanitarie, è stato preannunciato un incontro con tutti questi soggetti, l'intervento promosso dai colleghi Dalbosco ed altri è un intervento straordinario, che necessita di un progetto straordinario. Quindi non della normale gestione di quella legge, ma dare un segnale diverso per fare chiarezza che non si delega ancora un'altra volta al metodo di gestione del collega Vicepresidente Pahl il finanziamento contenuto nell'emendamento, ma si invita la Giunta ad utilizzare questi fondi attraverso la legge, che lo concede, con un intervento straordinario e mirato.

Se non diciamo questo in premessa, che non ci sia un intervento mirato e quindi anche oggetto di una discussione all'interno di questo Consiglio regionale sui singoli progetti che il Vicepresidente Pahl porrà sul tavolo, per capire fino in fondo cosa vogliamo da questo intervento straordinario. Se è un segno di una Regione che cerca di capire problematiche che sono gravi in fette del mondo o se è una Regione che guarda in modo egoista il proprio bilancio e non accede ad aperture solidaristiche.

Volevo solo precisare questo ed il mio voto favorevole rispetto questo progetto, con il chiarimento che l'intervento straordinario deve essere anche occasione straordinaria per quest'aula, per capire di più e meglio rispetto all'impegno. Grazie.

PRÄSIDENT: Der Abg. Ianieri hat das Wort.

IANIERI: Grazie signor Presidente. In merito all'emendamento che stiamo discutendo, devo subito dire che sono nettamente contrario a questo emendamento, perché anche se si volesse impostare il tutto su degli interventi straordinari e particolari, occorrerebbe conoscere che tipo di progetto bisogna andare a finanziare, con l'aumento in questo capitolo di 5 miliardi e bisognerebbe prima conoscere esattamente il tipo di intervento che si vuole fare, per vedere se poi esistono o meno delle giustificazioni.

Qui non si tratta di dimostrare o meno solidarietà, mi pare che la nostra Regione ed il nostro bilancio, in merito a questo tipo di interventi, è più che mai solidale ed è più che mai stata sempre presente e pertanto credo che questo nessuno ce lo possa venire ad imputare.

Oggi abbiamo in capitolo una disponibilità di 5 miliardi e 200 milioni, a mio avviso è più che sufficiente, anche considerando che in più occasioni è stato fatto presente che tipi di interventi di questo tipo debbono essere soggetti ad un controllo più accurato e più particolareggiato. Pertanto, senza dilungarmi molto, voterò contro questo emendamento.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Benedikter.

BENEDIKTER: Ich muß sagen, ich verstehe wirklich nichts mehr. Zuerst hat eine Mehrheit diesen Tagesordnungsantrag genehmigt. Ich möchte doch sagen, daß man der von den Vereinten Nationen gegebenen Empfehlung nachkommen sollte, daß aufgrund der Weltbevölkerungsberichte der Vereinten Nationen im Sinne des Grundsatzes: „weniger Menschen durch weniger Armut“ vorgegangen wird. Das ist ganz kurz ausgedrückt. Jetzt will man nichts davon wissen, diesen Betrag von 5 auf 10 Milliarden Lire zu erhöhen. In diesem Sammelband, wo alle Stellungnahmen mit Daten weltweit zusammengefaßt werden, steht, daß im Jahre 2100 in den Entwicklungsländern 10 Milliarden Menschen leben werden, fast doppelt so viele wie heute in der Welt insgesamt. Die Vereinten Nationen und auch die Hilfsorganisationen kommen zum Schluß, daß man dem nur einigermaßen abhelfen kann, wenn der Lebensstandard in den Entwicklungsländern gehoben wird, d.h. wenn sie zum Existenzminimum gebracht werden.

Selbstverständlich bin ich auch der Ansicht, daß die Region in erster Linie zu sorgen hat, daß alle in der Region lebenden Menschen das Existenzminimum haben, aber ich gehe davon aus, daß das mit den Mitteln gesichert ist, die ja in erster Linie die Provinzen für das Ausrechterhalten des Existenzminimums zur Verfügung stellen, daß also diesbezüglich kein Problem gegeben ist. Aber daß wir wirklich etwas tun könnten, um mitzuhelfen, daß es nicht zu dieser Verdoppelung, d.h. dazu kommt, daß im Jahr 2100 10 Milliarden Menschen mehr in den Entwicklungsländern leben, doppelt so viele wie heute in der gesamten Welt, ist klar. Und das ist nur möglich, wenn wir beitragen für die Entwicklung hin zum Existenzminimum der Entwicklungsländer. Da gibt es doch von seiten der Vereinten Nationen die Empfehlung, daß alle Staaten, die in der Lage sind und nicht nur Staaten, sondern auch örtlicher Körperschaften aller Art, mit einem Prozentsatz beitragen. Die Empfehlung ist runde zwei Prozent zur Hebung des Entwicklungsstandes, zur Schaffung des Existenzminimums in den Entwicklungsländern. Da steht in dieser Zusammenfassung: "Die Geburtenrate ist in den Entwicklungsländern in den letzten beiden Jahrzehnten durch die Entwicklungshilfe stark gesunken." Dann ist die Frage: Ist dies als ein Erfolg der international verbreiteten Familienplanungsprogramme zu interpretieren? Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, daß etwa 80 Prozent des Rückganges der Geburtenrate auf Verbesserungen der

allgemeinen Lebensbedingungen zurückzuführen sind, auf Verbesserungen der Gesundheitsfürsorge, insbesondere für Frauen und Kinder, auf eine Verringerung der Analphabetenquote durch eine Verbesserung der Schulausbildung, auf eine Anhebung der wirtschaftlichen Lebensbedingungen, wobei die Schaffung von Frauenarbeitsplätzen außerhalb der Landwirtschaft eine besondere Rolle spielt. Nur der kleinere Teil des Rückganges der Geburtenrate darf den Familienplanungsmaßnahmen zugeschrieben werden.

Die Verbesserungen der sozio-ökonomischen Lebensbedingungen sind Gegenstand der Entwicklungspolitik, sodaß es zwischen Bevölkerungs- und Entwicklungspolitik nicht nur keinen Gegensatz gibt; eine gute Entwicklungspolitik ist vielmehr zugleich die beste Bevölkerungspolitik bzw. Familienplanungspolitik. Also je mehr wir uns Entwicklungshilfe leisten können, desto mehr tragen wir bei, daß es nicht zur so befürchteten Bevölkerungsexplosion kommt. Wie es dann heißt: „In den Entwicklungsländern beginnt die demographisch bedingte Problemkette beim raschen Bevölkerungswachstum, das eine dramatische Arbeitslosigkeit der zahlenstarken nachwachsenden Generationen zur Folge hat. Die Massenarbeitslosigkeit führt in Verbindung mit dem Fehlen praktisch aller staatlichen Sicherungssysteme zu Massenarmut, Landflucht, Städtewachstum, Kriminalität und zum Zusammenbruch der Familienverbände, mit der Folge, daß diese Staaten unregierbar werden und die Gewalt auf allen Ebenen der Gesellschaft bis hinunter auf die familiäre Ebene zum normalen Mittel der Problembewältigung avanciert. Daraus entsteht eine Tendenz zur Konfliktverlagerung nach außen durch Kriege. Die Kette schließt sich bei den internationalen Wanderungen. Durch steigende Zahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden sind Industrie- und Entwicklungsländer aneinandergelagert. Eine weitere globale Klammer bilden die Umweltprobleme, insbesondere das Klimaproblem“

Also bin ich der Ansicht, daß sich die Region es wirklich leisten kann, bei einem Finanzüberschuß am 31. Dezember 1995 von runden 190 Milliarden etwas zu tun. Angesichts dieser Lage wäre sie wirklich verpflichtet, jetzt diesen Antrag zu genehmigen, um wenigstens diese 10 Milliarden für Entwicklungshilfe auszugeben, weil damit tatsächlich im Verhältnis dieser drohenden Entwicklung abgeholfen werden kann, die nur dadurch irgendwie eingedämmt werden kann, indem der Grundsatz: „weniger Menschen durch weniger Armut“ zum Tragen kommt. Daher möchte ich schon alle bitten, diesen Antrag anzunehmen, weil wir damit auf weltweiter Ebene tatsächlich einen Beitrag leisten, um das Existenzminimum in den Entwicklungsländern zu heben und damit der drohenden Bevölkerungsexplosion Einhalt zu gebieten.

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Benedikter.

Damit schließen wir die Arbeiten ab. Wir sehen uns am Nachmittag um 15.00 Uhr wieder.

(ore 13.00)

(ore 15.08)

Presidenza del Presidente Peterlini

Vorsitz des Präsidenten Peterlini

PRÄSIDENT: Ich bitte die Abgeordneten Platz zu nehmen. Wir setzen die Arbeiten fort.

Ich bitte um den Namensaufruf.

DENICOLO': (Sekretär):(ruft die Namen auf)

(Segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Wir setzen die Debatte zum Abänderungsantrag zu Art. 3 der Abg. Dalbosco, De Stefano und Passerini fort. Der Abg. Boldrini ist bereits vorgemerkt. Sie haben das Wort.

BOLDRINI: Signor Presidente, noi abbiamo già espresso il nostro pensiero su questi interventi, al momento in cui è stato discusso l'ordine del giorno a firma del cons. Dalbosco ed altri. Abbiamo espresso su quell'ordine del giorno, ce è stato invece votato, il nostro pensiero negativo, che noi riproponiamo su questo secondo ordine del giorno, perché, signor Presidente, questa che fanno le sinistre e che voi ogni tanto mollate è pura demagogia, diamo soldi ai poveretti che muoiono di fame, quindi è impensabile che un Consiglio democratico di una Regione, che non sta male a disponibilità finanziarie, non possa aiutare i poveretti nel mondo che muoiono di fame.

Questa è demagogia, perché non è questo il modo per sollevare le popolazioni che stanno male dalle loro miserie, non sono certo 5 miliardi quelli che spostano la fame nel mondo. Ordini del giorno come questo, anche se di significato diverso, sono quelle sugli immigrati, sui nomadi, dove si riempie la bocca chi parla e propone queste mozioni, di preoccupazione per questi popoli che soffrono per questa gente che sta male, che è un livello umano molto più basso del nostro, allora chiudiamo gli occhi, apriamo le mani, apriamo la borsa, così dimostriamo di essere buoni, ci meriteremo il plauso, ma è pura demagogia, perché non è certo con i 5 miliardi in più o in meno che noi risolviamo nemmeno un problema.

Il discorso evidentemente è politico, risolvere i problemi del mondo, abbiamo visto dalle conferenze che hanno fatto anche a Roma recentemente, con l'arrivo di Fidel Castro, che ci vogliono 20 ani per ridurre di un quarto la possibilità che la gente stia meno male di quanto sta oggi e quindi muovendosi l'ONU con tutte le nazioni che adesso fanno parte, si parla di riuscire, nel giro di 20 anni a diminuire di un quarto la popolazione che sta male.

Questi nostri interventi demagogici, ripeto, solo fatti per far scrivere sul giornale la bravura dei cons. Dalbosco, De Stefani e Passerini e come sono cattivi Boldrini e Divina, questo è fatto solo per i giornali, perché non è compito di questa Regione fare questo tipo di interventi, noi siamo nettamente contrari a questo tipo di

intervento, che ci pensi l'ONU, che ci pensino gli Stati, questo è un discorso sul quale siamo d'accordo, che si cerchi soluzioni per far star bene la gente di tutto il pianeta, siamo d'accordo, ma che ogni consiglio comunale, provinciale, regionale e via per fare niente su questo non siamo d'accordo.

Noi amministriamo i soldi della Regione Trentino-Südtirol, dobbiamo cercare di fare le cose nel modo migliore possibile per chi amministrano noi, ecco perché diciamo che non siamo d'accordo su questo tipo di interventi, che non sono finalizzati, non lasciano individuare dove andranno questi soldi, questi sono interventi sui quali le sinistre si riempiono la bocca a poco prezzo, fanno il bello, fanno vedere che sono tanto bravi, non risolvono il problema, sprecano i soldi e noi sullo spreco dei soldi siamo completamente contrari.

Leggevo ieri sul giornale di Feltri, che alle sinistre non piace, ma è solo quella la voce di dissenso, di quanti regali sta facendo questo governo Prodi ad enti inutili, ad associazioni, hanno destinato 38 milioni per l'associazione pro-garibaldini, ora ditemi voi, se un garibaldino è vivo ha 150 anni! Se ci facciamo prendere in giro, se cerchiamo di essere seri allora la politica ha un suo significato, altrimenti è meglio andare a casa, perché sono delle posizioni che veramente fanno vergogna.

Signora Giunta, cercate di amministrare i soldi di cui disponete nel modo migliore, per quelli che sono i compiti che vi sono stati demandati e lasciamo perdere queste operazioni di facciata, che riempiono la bocca di belle parole, ma che non hanno alcun effetto pratico, per cui noi siamo contrari e a questo ordine del giorno ed esprimiamo il nostro voto negativo.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Benussi.

BENUSSI: Grazie signor Presidente. Il destino vuole oggi che io prenda la parola dopo quelli della Lega, non entro nel merito di quanto detto dagli altri, perché ciascuno è libero di comportarsi come meglio ritiene.

Ho preso la parola e per la prima volta mi dispiace dover intervenire dal punto di vista prettamente personale, differenziandomi da quella che è stata la dichiarazione ufficiale del nostro partito, fatta dal capogruppo. Mi sono scusato preventivamente per questioni di etica professionale, di disciplina di partito con il mio capogruppo, non per chiedergli il permesso per parlare, perché siamo un partito libero ed ognuno ha il diritto di esprimere le proprie idee, ma per fare presente, come era doveroso dal mio punto di vista, che dissentivo da quanto è stato detto da lui.

In parole povere, per precisare meglio, non è che sono contrario a quanto da lui esposto, dicendo che in questi momenti l'Italia necessita di capacità finanziaria, manca il denaro per far fronte a tante necessità, per cui distogliere la disponibilità, anche della Regione, che, come giustamente ha detto, fa parte e forma lo Stato nazionale, potrebbe essere una cosa non giusta.

Io invece parto da un altro principio. Quando si sono verificati i terremoti nel Friuli... gradirei, se fosse possibile, che l'amico consigliere Atz non distogliesse il Presidente, perché gli interventi sono rivolti alla Presidenza e non ai colleghi, il

Presidente ha l'obbligo di ascoltare chi parla ed esprime il proprio pensiero, scusi signor Presidente se mi sono permesso, ma ritengo che un intervento fatto da un gruppo abbastanza numeroso, di quattro persone e che dissente dalla dichiarazione ufficiale, possa avere un certo interesse. Non voglio, come dice il cons. Boldrini, fare questo intervento per apparire sui giornali, perché non mi interessa, l'unico padrone al quale voglio rendere conto è la mia coscienza, sempre in ogni mia azione, fino a quando sarò capace di intendere e di volere, può darsi che fra poco non lo sia più.

Comunque, se uno fa sempre il ragionamento di dire: c'è maggiore necessità e non si aiuta quello che meno chiede e che forse ha più bisogno. Nel campo assistenziale ci sono tanti volontari che operano in maniera veramente egregia, si sacrificano per portare aiuti, normalmente l'aiuto va a chi ha chiesto e chi ha chiesto qualche volta lo ha fatto solo perché sapeva di poter ottenere qualche cosa, mentre invece chi veramente ha bisogno non ha neanche la forza o non si sente di andare a chiedere. Ci sono delle necessità che sono superiori a quelle che possono essere le considerazioni prettamente economiche.

Su questo emendamento, dove si propone di aumentare la disponibilità, faccio dei confronti. Quando ci sono stati i terremoti del Friuli, alpini disinteressatamente, comuni disinteressatamente, sottoscrizioni fatte da un giornale, hanno deciso di aiutare chi aveva bisogno, ma hanno aiutato in forma intelligente, senza disperdere il denaro, hanno scelto un obiettivo nel tentativo di raggiungere un risultato positivo e sono meritoriamente riusciti a farlo.

Questo lo voglio dire anche per ricordare l'opera meritoria che sta facendo il Vicepresidente della Giunta regionale, collega Pahl, che stimo per quanto si è prodigato in aiuto delle popolazioni bisognose, durante il periodo della guerra in Bosnia ed in Croazia, non molto, ma qualche cosa è stato fatto e se qualcuno finalmente ha avuto una casa, un letto dove dormire, un po' di calore, è stato anche merito di questo Consiglio regionale, che attraverso una contribuzione, che poteva facilmente essere destinata ad altri interventi, forse da un punto di vista prettamente economico più valido, però nella vita non interessa semplicemente l'aiuto in denaro, anche il conforto di non sentirsi abbandonato.

Ritengo pertanto che sia logico ed utile disporre, per poter fare delle iniziative di carattere - come viene detto oggi forse impropriamente - di gemellaggio, si sceglie un obiettivo e qualsiasi cifra si mette a disposizione.

Faccio un'analogia, ci sono laici o religiosi, di qualsiasi credo indifferenti, che prodigano la loro vita e mettono a disposizione per conseguire i risultati. Ma quando si legge una richiesta di denaro, maggiormente ne riceviamo tutti sotto Natale, nella quale si dice: il vostro contributo di sole lire 20.000 può aiutare a salvare la vita di un bambino, ritengo che non si debba guardare se quella strada ha il selciato perfettamente in regola o se ha intervento di qualche cosa.

Ci sono cose più grandi di noi, chi ha buona volontà, chi vuole dimostrare solidarietà è obbligato a sacrificarsi e sa fare sacrifici anche con la disponibilità di denaro che hanno le istituzioni come la nostra.

Questo il motivo per cui da un punto di vista personale, pur condividendo ed immedesimandomi in quelle che potrebbero essere delle soluzioni prettamente di carattere economico e finanziario, potrei e dovrei anche dare all'intervento del mio capogruppo, che non intendo biasimare, nè differenziarmi in alcun altro modo, ritengo però che il fatto di avere una maggiore disponibilità per aiutare nella maniera più seria e comprensibile da parte di tutte le forze, sia quella di avere una grande disponibilità di denaro per aiutare chi ha veramente bisogno.

Scusatemi di questo intervento, ma spero di avervi parlato per farvi capire che al di sopra della cifra esiste anche un grande sentimento.

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Benussi, für diesen sehr menschlich sozialen Beitrag, ohne daß ich mir jetzt erlaube, darüber politische Wertungen abzugeben, aber ich danke Ihnen auch für die Anerkennung, die Sie dem Regionalrat ausgesprochen haben.

Der nächste Redner ist der Abg. Benedikter.

BENEDIKTER: Danke, Herr Präsident, nur um zu wiederholen: Ich habe hier die Dokumente aller internationalen Organisationen, die sich mit dieser Frage beschäftigen, zusammengefaßt. Selbstverständlich lösen die 5 Milliarden allein nicht das Problem, aber wenn alle örtlichen Körperschaften, alle Regionen der Welt 5 Milliarden geben würden, würde das wesentlich mithelfen, das Problem in Sinne „weniger Menschen durch weniger Armut“ zu lösen. Die Vereinten Nationen haben nicht nur an die Staaten appelliert, sie haben auch an die örtlichen Körperschaften appelliert, sie mögen mithelfen, sie mögen im Schnitt etwas 2 Prozent beitragen und dieser Beitrag würde helfen, daß wir in Zukunft weniger unter der Zuwanderung zu leiden hätten. Es würde helfen, abzubauen, daß es in Zukunft, im Jahr 2100, in den Entwicklungsländern 10 Milliarden Menschen gibt, doppelt so viele wie heute in der Welt insgesamt. Das ist sicher. Je mehr dort der Lebensstandard durch Entwicklungshilfe gehoben wird, eine desto geringere Bevölkerungsexplosion wird es geben.

Das ist sicher und ich verstehe die Lega nicht, wie sie so überlegen kann, denn was wir tun können, sollten wir tun, um dieser Entwicklung zu begegnen, um sie einzudämmen und um auf diese Weise uns selber gegen die kommende Zuwanderung zu helfen. Ich glaube, wir sind schon in der Lage es zu tun, denn bei einem Haushaltsüberschuß von runden 190 Milliarden spielen wirklich runde 10 Milliarden keine Rolle. Deswegen verliert in der Region niemand das Existenzminimum und deshalb kann trotzdem in der Region gesichert werden, daß alle - ohne Ausnahme - das Existenzminimum erreichen und gesichert erhalten.

Selbstverständlich bin ich der Ansicht, daß wenn die Region 5 und 10 Milliarden gibt, daß sie selber vor Ort kontrollieren soll, was damit geschieht und sie soll es nicht irgendwelchen sonstigen Organen überlassen. Aber wir können auf diese Weise, das ist sicher, echt mithelfen, denn wenn alle örtlichen Körperschaften, alle Regionen der Welt 5 Milliarden beitragen würden, dann wäre das eine wesentliche Hilfe, diese Entwicklung aufzuhalten, einzudämmen. Was letzten Endes uns zugute käme, denn wenn im kommenden Jahrhundert 10 Milliarden mehr Menschen in den

Entwicklungsländern leben werden, dann werden wir untergehen. Man wird den Zustrom nicht einfach mit der Polizei aufhalten können. Hingegen so, mit einem kleinen Opfer können wir beitragen und vor anderen in der ganzen Welt das gute Beispiel geben, daß wir zusammen mit allen Staaten der Erde und mit allen Regionen alles tun, um diese Entwicklung auf menschliche Art und Weise aufzuhalten.

Deshalb verstehe ich nicht, wie man da dagegen sein kann, sei es von der Südtiroler Volkspartei, sei es von der Lega. Ich gelte für gewöhnlich nicht als ein Linker, ich gelte eher mehr als ein Rechter, aber gerade deshalb bin ich der Ansicht, daß wir hier geradezu vom Schicksal gezwungen sind, mehr zu tun, d.h. das Äußerste zu tun, um eben diese Entwicklung aufzuhalten.

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Benedikter.

Bitte, der Abg. De Stefani hat das Wort.

DE STEFANI: Grazie Presidente. Credo che in questa oretta che abbiamo occupato a parlare di questa proposta emendativa all'art. 3, credo che non abbiamo fatto demagogia, come a detto il cons. Boldrini, ma abbiamo parlato di valori, di etica e perciò abbiamo parlato di politica.

Credo sia necessario decidere da quale parte ci collochiamo a guardare la realtà, allora se noi siamo cittadini della Regione Trentino-Alto Adige, allora forse certi ragionamenti come questo non hanno cittadinanza. Se noi siamo cittadini d'Europa, come mai tutti sostengono, nessuno escluso, o siamo più correttamente cittadini del mondo, come molti dicono ed anche in qualche ragionamento è venuto fuori, è chiaro che bisogna trovare quelle compatibilità che riguardano il mondo intero per riequilibrare alcune cose che sono veramente al di là dell'accettabile.

Mi sembra significativo che siano emerse delle posizioni che vanno anche al di là di schieramenti tradizionali, ho apprezzato molto l'intervento del collega Benussi, perché mi sembra abbia detto delle cose molto concrete, spendibili in termini di valori e che attraversano anche certi schieramenti precostituiti, per cui non è come dice il collega Boldrini una battaglia demagogica della sinistra, ma più verosimilmente è un impegno che può o non può venire fuori, a seconda di come possono emergere certe sensibilità che ci attraversano al di là degli schieramenti.

Credo profondamente che noi siamo cittadini del mondo e come tali non possiamo non vedere quello che in tutto il mondo succede, non possiamo non cogliere, non solo le ancora macroscopiche ingiustizie o diseguaglianze che esistono nella nostra specifica casa, ma anche le più grandi e macroscopiche diseguaglianze che esistono nelle case vicine.

Questo è già stato detto, è già stato ribadito, a fondamento di questa proposta emendativa, per essere poi reso pratico è chiaro che deve trovare un accoglimento favorevole da quest'aula, proprio per evitare che rimanga un'affermazione meramente legata a slogan o principi. Per questo, al di là della mozione che abbiamo presentato, abbiamo voluto fare un articolo modificativo delle poste di bilancio, perché sulla mozione, che peraltro ha avuto anch'essa qualche difficoltà, perché 21 voti contrari

non sono pochi, evidentemente ragionare sulle poste di bilancio è un discorso significativamente diverso.

Posso chiedere un po' di silenzio, Presidente?

(interruzione)

DE STEFANI: Grazie Presidente. Dicevo allora che se è vero, come è vero dal mio punto di vista, che siamo cittadini del mondo, non possiamo non considerare il mondo nella sua globalità ed avere un occhio di particolare riguardo a quello che accade a casa nostra, ma non possiamo disinteressarci di tutte le cose estremamente tragiche che esistono nelle altre case.

Questo implica un problema poi di gestione corretta di quello che le province autonome o gli altri enti locali vanno a destinare ai problemi dello sviluppo internazionale. Questo è un problema, ma non può essere il problema che ferma la passione, il convincimento che c'è dietro questo tipo di ragionamento, perché è chiaro che problemi di gestione ci sono in tutte le cose, non ci sono solo nell'utilizzo dei fondi destinati alla cooperazione, ci sono in tutte le migliaia di miliardi che noi andiamo quotidianamente ad investire nell'ambito delle nostre due province autonome e della Regione. Se questo ragionamento dovesse valere pari pari per tutte le partite correnti, è chiaro che finiremmo di non destinare più una lira a nulla.

Allora credo che un problema di gestione esiste, però proprio la straordinarietà della situazione, gli inviti alla mobilitazione, che sono stati ricordati, suggeriscono semmai di metterci un maggiore impegno in tutto quello che è il controllo e l'attenzione alla gestione, già di quello che è destinato oggi con la legge 11, perché 5 miliardi non sono pochi e per cui già comunque su quei cinque miliardi occorrerà fare una gestione, la più trasparente, la più corretta possibile.

Vorrei chiudere con un'annotazione che spesso mi colpisce, in quanto genitore. Credo che la maggioranza di noi qui ha dei figli di età diversa e quando i nostri figli vanno a scuola tornano spesso e volentieri con disegni, con pensieri, con riflessioni che stanno a significare che nel mondo della scuola, nel mondo dove si andranno a formare le generazioni future, di fame nel mondo, di problemi di sviluppo, di che cosa i bambini vogliono si parla molto.

Qui si potrebbe discutere all'infinito quanto questo discorso può essere letto in chiave di induzione, di manipolazione ecc.; credo però che il mondo dell'infanzia, il mondo dell'adolescenza, il mondo della gioventù su questi temi, se vogliamo con tutta l'ingenuità che per fortuna è tipica di questi mondi, c'è. Allora credo che un motivo in più per andare in questa direzione è per stabilire degli atti di coerenza, con quello che in fondo i nostri ragazzi ci dicono, perché evidentemente c'è un clima generale nel mondo della scuola che li porta a dire quello e degli atti coerenti e conseguenti, perché è veramente strano che noi vogliamo una scuola ed abbiamo una scuola, dove certi valori passano come patrimonio comune e dopo, quando ci troviamo qui a cercare di tradurli in atti coerenti e conseguenti ci dimentichiamo tutto.

Allora credo che un po' di coerenza da questo punto di vista non farebbe male, come non farebbe male che tutto quello che già facciamo e che dovremo fare di più avesse un ritorno estremamente concreto. Quei gemellaggi di cui parlava il cons. Dalbosco questa mattina non sono piccola cosa, perché è chiaro che servirebbero a portare benzina positiva in tutta una logica, che è di cultura, di etica e per ciò che è di politica, che fa crescere molto meglio tutta la nostra comunità e questo è il grande discorso e la grande sfida, per cui secondo me questo ragionamento ha una sua dignità ed una sua importanza.

Prima di chiudere vorrei ricordare al Presidente Grandi, se mi ascolta, che rimane aperta la partita sul cap. 2300, il cons. Dalbosco prima chiedeva quali sono le destinazioni di quella sottoarticolazione del capitolo, che recita altri interventi.

Siccome la legge regionale prevede che altri interventi siano qualificati e specificati, questi 11 miliardi, che attualmente sono attribuiti ad altri interventi, se così leggo bene le leggi ed i regolamenti e la formazione del capitolo di spesa, li andiamo a votare, non sapendo a cosa sono destinati ed apparentemente in contraddizione con la legge 10 del 1991, art. 20. Su questo, al di là poi di qualsiasi altra valutazione nel merito del nostro emendamento, che ritengo peraltro vada approvato, mi piacerebbe che la Giunta desse comunque delle spiegazioni.

PRÄSIDENT: Danke, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann stimmen wir über den Abänderungsantrag ab. Es wird die Geheimabstimmung verlangt. Wer schließt sich dem an? Genügend.

Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel und anschließend um den Namensaufruf.

(segue votazione a scrutinio segreto)

DENICOLO': (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(Segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	56
Ja-Stimmen:	23
Nein-Stimmen:	31
weiße Stimmzettel:	2

Damit ist der Abänderungsantrag abgelehnt.

Damit kommen wir zum Art. 3 insgesamt. Wer möchte das Wort?
Bitte, Abg. Benedikter.

BENEDIKTER: Art. 3 betrifft die Ausgaben im allgemeinen und ich habe bereits geltend gemacht, daß die Trentiner in erster Linie darum kämpfen, daß die Region mit Gewalt aufrechterhalten bleibt und daß es die Region unbedingt braucht. Aber diese Region nützt nicht einmal ihre noch bestehenden Zuständigkeiten aus, um ihre Existenz zu rechtfertigen. Ich erwähne hier die Zuständigkeit für die Ordnung der Handelskammern.

Am 26. Jänner 1993 ist ein staatliches Reformgesetz über die Neuordnung der Handelskammern in Kraft getreten, mit der Übertragung des Registers der Unternehmen auf die Handelskammern, das bisher getrennt geregelt wurde und beim Gericht angesiedelt war. Bis auf heute hat die Region diese Neuordnung der Handelskammern in dem Sinne einfach übernommen, indem man alles übernimmt und nicht nur das, was tatsächlich als gut angesehen werden kann. Der Generalsekretär der Handelskammer Kurt Springer schreibt in der Südtiroler Wirtschaftszeitung vom 6. Dezember: "schuld daran sei das Chaos, das in der Region, im Regionalausschuß, herrscht" und er sagt "die italienischen Handelskammern genießen mit dem neuen Gesetz weit größere Autonomie als ihre Kollegen in Trient und in Südtirol. Sie können ein eigenes Statut haben, die Privatisierung des Handelskammerpersonals..." und trotzdem zögert die Region! Wieso? Er schreibt: "...weil dort derzeit ein einziges Chaos herrscht und nichts weitergeht." Also, die Region hat nicht mehr viele Zuständigkeiten, aber diese wenigen Zuständigkeiten werden nicht genützt. Die Region versagt vollkommen. Diejenigen, die für die Aufrechterhaltung der Region kämpfen, beweisen, daß sie nicht in der Lage sind, nicht fähig sind, die Zuständigkeiten, die noch geblieben sind, wahrzunehmen.

Das zweite ist die sogenannte berühmte Ergänzungsvorsorge mit dem letzten Entwurf Grandi-Peterlini, wo die Region bis auf heute, seit 1978, eine Zuständigkeit nicht wahrgenommen hat, nämlich die staatlichen Sozialversicherungsinstitute zu übernehmen, wie ich es in den Durchführungsbestimmungen 1978 durchgesetzt habe und was die beste Lösung wäre, weil man dann einerseits was staatlich bleibt, andererseits was die Region tun kann und was die Provinz mit der sozialen Fürsorge tun kann, in einem Institut vereinen könnte, eines für Südtirol und eines für das Trentino, und man könnte es gemeinsam verwalten. Aber das will man nicht. Dort, wo die Region zuständig ist und wo sie diese Zuständigkeit im Interesse der Bevölkerung der Region wahrnehmen könnte, tut sie nichts und nimmt eben ihre Autonomie nicht wahr.

Auf der anderen Seite strebt die Region an, jetzt Änderungen am Gemeindewahlgesetz vorzunehmen, womit der Minderheitenschutz, den die Region übernehmen möchte, in das Gegenteil verkehrt wird, was Südtirol betrifft und wo wir im Autonomiestatut den Art. 25 und den Art. 61 haben, der ausdrücklich sagt, daß auf jeden Fall in Südtirol der Proporz wahrgenommen werden muß, und zwar bei den Wahlen, und der Verfassungsgerichtshof gesagt hat, daß der Proporz bei der Stellenbesetzung von den Wahlen abhängt, d.h., daß die jeweilige Minderheit genau vertreten sein soll. Ihr wißt, durch den Artikel, den der Regionalrat im März genehmigt hat, würden in Südtirol, wo die Italiener auf 116 Gemeinden in 40 Gemeinden vertreten sind, in 16

Gemeinderäten der einzige Vertreter der italienischen Bevölkerung verschwinden. Warum? Weil dieser einzige Vertreter in diesen 16 Gemeinderäten nur hineingekommen ist, weil die Italiener die höchsten Reststimmen gehabt haben, ohne einen vollen Quotienten zu erreichen. Da kommen dann sogenannte "pareri di comodo" heraus, Palladin usw., die angeblich sagen, daß man da schon nicht den vollen Quotienten verlangen kann, aber man kann sogenannte Schwellen von 5 oder 7 Prozent einführen. Die Region hat 1956 auf Antrag der Südtiroler Volkspartei - und zwar war ich 30 Jahre lang Sprecher der SVP im Regionalrat - die Bestimmung, die heute noch gilt, eingeführt, nämlich daß die höchsten Reststimmen genügen, ohne vollen Quotienten, um einen Sitz im Gemeinderat zu vergeben.

In dieser Rede vom Präsidenten wird dann auch auf seine Erklärung anlässlich des Haushaltsvoranschlages Bezug genommen, da heißt es, die Südtiroler Volkspartei sagt: Abschaffung der Region und Selbstbestimmungsrecht. Ja, auf beides ist in aller Form von der SVP durch die Streitbeilegungserklärung und den Koalitionspakt verzichtet worden, denn wie kann ich die Abschaffung der Region verlangen? Dann müßte die SVP ja den Koalitionspakt sofort kündigen, denn im Koalitionspakt steht: "Widerruf des Los von Trient - Verpflichtung zur Stärkung der Region, um die nationale Einheit Italiens zu verteidigen." Soviel mir bekannt ist, ist das nicht gekündigt worden. Grandi wiederholt ja in seinen Erklärungen vom 12. November 1996: "...abgesehen von den formell noch festzulegenden Institutionen sollte sich die Neugestaltung des Staates meines Erachtens an einem Bund der Regionen orientieren, der die Verwirklichung eines einheitlichen und maßgeblichen Staates ermöglicht. Ich bin auch der Ansicht, daß man, wenn man diese Richtung einschlägt, die Spannungen beilegen kann, die die unverzichtbaren Werte der nationalen Identität und Einheit betreffen."

Es wird also das Koalitionsabkommen von damals "Verpflichtung zur Stärkung der Region, um die nationale Einheit Italiens zu verteidigen" hier wiederholt, während gleichzeitig die Südtiroler Volkspartei das Selbstbestimmungsrecht und die Abschaffung der Region verlangt. Bitte kündigt, wenn ihr wollt, das Koalitionsabkommen und dann müßt ihr auch aus diesem Regionalausschuß austreten und sehen, was sich weiter ergibt.

Präsident Grandi sagt, die Region soll erhalten bleiben, um eine sogenannte Dienstfunktion auszuüben und die Rolle der Region in diesem Sinne sei in den Vereinbarungen dieser Legislaturperiode dargelegt. Dienstfunktion? Ja, es gibt eine Region, die in Italien als die autonome Körperschaft höher steht als die Gemeinden und Provinzen und die dem Staate nahesteht. Wenn die Region bleibt, dann wird sie in der kommenden Verfassungsreform, die mit dieser Mehrheit in Rom zu keinen Bundesstaat führen wird - wenn es überhaupt eine Reform gibt -, nur zu einer Erweiterung der Zuständigkeiten aller Regionen kommen, wobei der Staat alle wesentlichen Dinge und auch die Grundgesetzgebung für die Regionen behält. Dann wird eben aufgrund dessen, was die Südtiroler Volkspartei bisher auch durch das Koalitionsprogramm offiziell bekundet hat, diese Erweiterung der Zuständigkeiten der Region Trentino-Südtirol zugute kommen. Die Zuständigkeiten, die allen Regionen zusätzlich gegeben werden,

worauf der Staat verzichtet, die wird nicht den Provinzen, sondern der Region Trentino-Südtirol zugute kommen. Wir werden also eine Region erleben, die gestärkt wird.

Die SVP hat ja einer Reihe von Regionalgesetzen zugestimmt, wo man der Region auch Zuständigkeiten der Provinzen wiederum abgetreten hat, darunter auch - und das ist laufend im Gange - der Schutz der Sprachminderheiten, der aufgrund des italienischen Verfassungsgerichtshofes Angelegenheit der Provinzen ist, der ist der Region zuerkannt worden. Also könnt ihr euch vorstellen, angesichts dieser sogenannten Verfassungsreform, die keine Bundesstaatsreform ist, wird der Region aufgrund dessen, was die SVP bekundet hat, auch mit dem Koalitionsabkommen, gestärkt werden. Das ist die Politik der SVP, wobei man sowohl auf das Selbstbestimmungsrecht als solches als auch auf die Abschaffung der Region längst in aller Form durch die Streitbeilegungserklärung und durch das Koalitionsabkommen verzichtet hat.

PRÄSIDENT: Der Abg. Dalbosco hat das Wort.

DALBOSCO: Egregio Presidente, mi trovo per la prima volta a partecipare alla discussione e all'approvazione di un bilancio di 500 miliardi e devo dire che provo un certo brivido nel fare questo, perché dovrò poi risponderne ai cittadini della Regione. Pensando alle domande che si farebbe un cittadino della Regione, mi sono posto anch'io alcuni interrogativi molto terra terra, nel senso che hanno proprio a che fare con la materia contabile di cui all'art. 3.

Già in fase di discussione in prima commissione, circa i 50 miliardi stanziati per i fondi pensione, ho posto assieme ad altri delle domande precise sul come si sia giunti alla determinazione dei 50 miliardi. Non voglio entrare nel merito, ho capito il senso delle risposte date, il significato politico di quei 50 miliardi, oggi abbiamo avuto anche conferma della urgenza in relazione ai fondi pensione, devo comunque dire anche in questa sede che mi piacerebbe, al di là del senso politico, che mi sembra evidente, che ha condotto alla determinazione di questa cifra, inizialmente 60 miliardi, gradirei anche di essere in possesso di una previsione di spesa più dettagliata, anche se qualcosa è già offerto nello studio del dott. Pisani al riguardo.

Porrò invece due questioni specifiche, che attengono alla determinazione di spesa per un totale di circa il 34% del bilancio in spesa conto capitale, quindi non una piccola parte. I due quesiti sono, il primo già proposto e mi permetto di ribadire la domanda, proprio pensando alla curiosità da cui può essere investito il cittadino medio, cioè prego la Presidenza della Giunta di fornire chiarimenti in merito a questa voce residuale del cap. 2300, penso che a chiunque venga la curiosità di sapere gli 11 miliardi e 50 milioni dove sono diretti o se sono ancora liberi, perché se fossero ancora liberi, senza entrare nel merito della discussione precedente, i dubbi esposti prima verrebbero confermati.

Prima di passare al secondo quesito chiarisco la posizione mia riguardo questi interrogativi. Si può interrogare per polemizzare e si può interrogare per chiedere semplicemente. I miei interrogativi si pongono in questa seconda categoria, vorrei che fosse chiaro, Presidente Grandi, che le mie domande sono tese ad avere risposte in

merito alle questioni e non hanno finalità di altro tipo, anche perché appoggio fino a prova contraria questa maggioranza, darò voto favorevole, ma solo se sono garantito in sede contabile nei limiti del ragionevole, in caso contrario su questo articolo sarò costretto ad astenermi.

Il secondo quesito riguarda l'IPAB. Qui c'è un'anomalia, signori consiglieri, penso che tutti voi, con l'attenzione che meritava l'articolo, vi sarete posti la domanda: come mai 60 miliardi sulla base dell'art. 6 della legge 3 di quest'anno, quando a regime questa legge prevede 5 miliardi per trasferimento paritetico alle due province per gli esercizi successivi. La legge recita che a regime, a parte il primo anno 1996, è previsto un trasferimento di 5 miliardi, quest'anno ce ne sono 60 miliardi.

Ora l'allegato alla relazione tecnica su questo punto non da poco, perché 60 miliardi costituiscono il 30% della spesa in conto capitale nel bilancio di competenza 1997, su questa cifra non da poco l'allegato alla relazione tecnica dice veramente poco, dice che detto finanziamento, i 60 miliardi, sta a dimostrare l'impegno dell'amministrazione regionale nel limite della disponibilità del proprio bilancio, in un settore così rilevante quale quello dell'assistenza. Non c'è dubbio che è un settore rilevante, a parte il fatto che è di competenza delle province, ma una volta stabilito e accettato il trasferimento per legge, ex art. 3 e 6 della legge 3 di quest'anno, accertato che è rilevante 60 miliardi, rispetto a 5 miliardi, fa un ordine di grandezza, è 12 volte tanto; 60 miliardi, 30 alla provincia di Bolzano, 30 alla provincia di Trento, per legge assegnabili sulla base di progetti presentati dalle province.

Chiedo per sapere non per polemizzare, credo sia mio diritto di consigliere, che deve poi rispondere alla popolazione, sapere se questi 30 e 30 miliardi sono destinati su progetti, mi si dica questo, non chiedo quali progetti, una volta che si dice che ci sono i progetti, in sede provinciale interrogheremo, approfondiremo la questione e vedremo quali sono questi progetti; la sensazione è che forse non tutto è stato così definito in sede di provincia di Trento, perlomeno. Quindi ripeto i due quesiti tecnici, relativi a 11 e 60 miliardi, rispettivamente sui capitoli 2300 e 2050, prego la Presidenza di fornire cortesemente i chiarimenti in merito a questa fetta cospicua del bilancio in conto capitale, se non otterrò risposta sarò costretto ad astenermi su questo articolo.

PRÄSIDENT: Bitte, Abg. Zendron.

ZENDRON: Grazie Presidente. Anch'io brevemente per dire e forse anche per spiegare perché nessuno da parte nostra ha preso la parola sull'emendamento che ha spostato 10 miliardi all'interno dell'art. 3. E' una delle osservazioni che sono state fatte da parte mia, ma anche di altri, in sede di discussione generale e credo che qui vada puntualizzata.

La Giunta regionale mette a disposizione, con questo articolo, il finanziamento necessario a realizzare le grandi riforme previste, quelle sulla previdenza e quelle sul pacchetto famiglia, addirittura all'ultimo momento sposta dieci miliardi da una parte all'altra, però francamente dobbiamo dirci che non è stato detto assolutamente nulla sul come, abbiamo fatto anche delle domande e non è stata data una risposta

soddisfacente sugli elementi su cui si baserà questa riforma, inoltre lo spostamento di 10 miliardi sappiamo che viene da un accordo interno tra correnti diverse del partito di maggioranza relativa della provincia di Bolzano, poi è la popolazione di maggioranza relativa comunque, perché ormai è rimasto il maggiore.

Per questo aspetto non ci sembra un modo serio di trattare il denaro dei cittadini, di effettuare delle manovre, degli aggiustamenti, senza neanche degnarsi di spiegare i principi, sulla base dei quali si intende spenderli.

Questo è un po' il problema di fondo di questo bilancio, che prevede di effettuare degli interventi, che sono la verifica concreta sui disegni di legge, sono sicuramente ritenuti anche da noi degli interventi finalmente importanti e significativi, che danno anche un senso all'attività di questo organo legislativo e che incidono significativamente sul modello di stato sociale della nostra Regione, però proprio per questa importanza sarebbe stato augurabile, a mio parere indispensabile, che venisse spiegato qui, in modo molto più preciso ed articolato e non semplicemente con lo stanziamento, quali sono le linee sulle quali intende muoversi la Giunta nel suo insieme e non prendere a scatola chiusa le proposte che sono state elaborate all'interno dei partiti e su quelle definire le voci che devono essere messe a capitolo nei bilanci.

PRÄSIDENT: Wer möchte noch das Wort? Niemand.

Dann frage ich den Ausschuß. Bitte, Präsident Grandi.

GRANDI: Rispondo volentieri ai quesiti che ci sono stati posti, soprattutto quelli che toccano il cap. 2300, laddove si fa riferimento agli altri interventi, per dire che saranno impegnati questi fondi per soddisfare più esigenze, rispetto alle quali noi oggi non siamo nelle condizioni di dire con certezza quale è l'ammontare, però siamo certi che nel 1997 avremo bisogno di queste coperture finanziarie.

Anzitutto c'è un problema, legato agli oneri del bilinguismo e della traduzione di tutti gli atti secondo nuove disposizioni, che sono state impartite alle camere di commercio e segnatamente alla camera di commercio di Bolzano ed è un onere finanziario di qualche miliardo. Dovremo poi avere a disposizione delle risorse finanziarie per quanto riguarda il personale, perché noi avremo due poste di bilancio che dovremo coprire, una relativamente alla dirigenza, perché non è ancora conclusa la fase della contrattazione per la dirigenza e la contrattazione per la dirigenza deve avere il supporto normativo.

Poi avremo bisogno di un onere non indifferente, anche questo non oggi quantificabile, perché i dati ci saranno forniti solo nella primavera, per coprire il fabbisogno per quei dipendenti che hanno diritto ad ottenere, per determinate ragioni, l'anticipo della liquidazione. Si tratta di un onere che sarà di oltre 2 miliardi.

Abbiamo poi intenzione di mettere mano alla legge sui comuni, quella che prevede i fondi di rotazione, per mettere i comuni nelle condizioni, anche i comuni della Regione, di attivarsi nel famoso campo dei cosiddetti BOC e per consentire a questi comuni medesimi di entrare a far parte della grande partita della energia. Sarà un problema di cui discuteremo, però noi vorremmo mettere i comuni nelle condizioni di

far parte delle nuove società, nel momento in cui passerà la competenza della distribuzione e della produzione dell'energia. Dopo di che ci sarà bisogno dei conguagli per il Consiglio provinciale.

Questi sono cinque interventi, per i quali noi abbiamo previsto un impegno finanziario a copertura di 11 miliardi e mezzo; è presumibile che non siano sufficienti, però a giugno, quando si farà l'assestamento, saremo a conoscenza di eventuali altre risorse finanziarie non impegnate.

Per quanto riguarda invece il cap. 2060 occorre distinguere la legge così come è stata formulata, perché prevedeva quegli impegni finanziari a cui lei correttamente ha fatto riferimento, dopo la legge finanziaria, l'articolo finanziario fa riferimento alle leggi di bilancio. Allora, da incontri che abbiamo avuto con le province autonome di Trento e di Bolzano, stante una situazione di emergenza che ci è stata segnalata e stante allo stato attuale alcuni elenchi, non piani veri e propri, ma elenchi relativi al fabbisogno di coperture finanziarie per le nostre case di riposo, sia per il Trentino che per l'Alto Adige, si è ritenuto di venire incontro a queste esigenze, per cui è prevista la copertura finanziaria, sia relativamente a ciò che era stato previsto nella legge, sia al rimando per il 1996-1997 alle leggi di bilancio.

E' per questa ragione che nella legge abbiamo parlato di 5 miliardi per i due anni per un totale di 10 miliardi, siccome però quella legge fa riferimento agli esercizi finanziari, per il primo esercizio finanziario abbiamo previsto 60 miliardi per venire incontro a questo fabbisogno. Da incontri avuti con le due Province non ci sarà problema, per quanto riguarda l'impegno di questi fondi, quello peraltro che mi posso impegnare a fare è mettere a disposizione tutti i dati di cui disporremo, nel momento in cui faremo le delibere a copertura finanziaria.

Questi mi pare siano i due quesiti più rilevanti che sono stati posti.

PRÄSIDENT: Wer mit dem Art. 3 einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Die Mehrheit. Wer stimmt dagegen? 7. Wer enthält sich der Stimme?

Bei 7 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen ist der Art. 3 genehmigt.

Wir kommen zum Art. 4:

Art. 4

Disposizioni diverse

1. Per l'anno finanziario 1997 le somme che si iscrivono in dipendenza di speciali disposizioni legislative, che demandano alla legge di bilancio di fissarne l'importo, sono autorizzate nell'ammontare indicato nell'annesso allegato n. 1. Per il medesimo esercizio i pagamenti corrispondenti sono determinati nelle autorizzazioni di cassa dei pertinenti capitoli di spesa.

2. Per l'anno finanziario 1997 le somme che si assegnano alle Province autonome di Trento e di Bolzano in forza di disposizioni legislative che prevedono la

delega alle Province medesime dell'esercizio delle funzioni amministrative, sono fissate nell'importo indicato nell'annesso allegato n. 2.

3. Per le finalità previste dalla legge regionale 16 agosto 1984, n. 3 è autorizzata la spesa di lire 14.254.900 quale quota di associazione all'I.S.A.P.R.E.L. per l'anno 1997.

4. Per le finalità previste dalle leggi regionali 25 novembre 1982, n. 10 e 21 agosto 1986, n. 7 e successive modifiche è autorizzata, per l'esercizio 1997, la spesa di lire 1.250 milioni che si iscrive al capitolo n. 1650 dell'annesso stato di previsione della spesa. L'importo di lire 1.250 milioni è assegnato per metà alle associazioni rappresentative dei comuni (ANCI e UNCEM) operanti nella provincia di Trento e per metà a quelle operanti nella provincia di Bolzano.

Art. 4

Verschiedene Bestimmungen

1. Für das Finanzjahr 1997 werden die Beträge, die im Zusammenhang mit besonderen gesetzlichen Bestimmungen eingetragen werden, gemäß denen die entsprechende Höhe mit Haushaltsgesetz festzulegen ist, in dem in der Beilage 1 angegebenen Ausmaß bewilligt. Für dasselbe Haushaltsjahr sind die entsprechenden Zahlungen in den Kassaermächtigungen der betreffenden Ausgabenkapitel bestimmt.

2. Für das Finanzjahr 1997 werden die Beträge, die den autonomen Provinzen Bozen und Trient kraft gesetzlicher Bestimmungen zugewiesen werden, welche die Übertragung der Ausübung der Verwaltungsbefugnisse auf die Provinzen vorsehen, in dem in der Beilage 2 angegebenen Ausmaß festgesetzt.

3. Für die im Regionalgesetz vom 16. August 1984, Nr. 3 vorgesehenen Zwecke wird zur Ausgabe in Höhe von 14.254.900 Lire als Mitgliedsbeitrag an die Höhere Anstalt für die Ausbildung des Personals der Regionen und der örtlichen Körperschaften (ISAPREL) für das Jahr 1997 ermächtigt.

4. Für die in den Regionalgesetzen vom 25. November 1982, Nr. 10 und vom 21. August 1986, Nr. 7 mit seinen späteren Änderungen vorgesehenen Zwecke wird für das Haushaltsjahr 1997 die Ausgabe in Höhe von 1.250 Millionen Lire ermächtigt, die im Kapitel 1650 des beigeschlossenen Voranschlags der Ausgaben eingetragen wird. Der Betrag von 1.250 Millionen Lire wird zur Hälfte den in der Provinz Trient tätigen und zur Hälfte den in der Provinz Bozen tätigen Vertretungsvereinigungen der Gemeinden (ANCI und UNCEM) zugeteilt.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich zum Art. 4 zu Wort? Niemand. Dann stimmen wir ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Die Mehrheit. Wer stimmt dagegen? 8. Wer enthält sich der Stimme? 1.

Damit ist der Art. 4 genehmigt.

Art. 5

Fondi di riserva

1. L'importo del fondo di riserva per spese obbligatorie e d'ordine previsto dall'art. 17 della legge regionale 9 maggio 1991, n. 10, è stabilito per l'anno 1997 in lire 3.000.000.000. Per gli effetti di cui al presente comma, sono considerate spese obbligatorie e d'ordine quelle descritte nell'annesso elenco n. 1.

2. L'importo del fondo di riserva per spese imprevedute di cui all'articolo 18 della legge regionale 9 maggio 1991, n. 10 è stabilito per l'anno 1997 in lire 2.000.000.000. Le spese per le quali può esercitarsi la facoltà di cui al presente comma, sono quelle descritte nell'annesso elenco n. 2.

3. L'importo del fondo di riserva per sopperire ad eventuali deficienze del bilancio di cassa di cui all'art. 19 della legge regionale 9 maggio 1991, n. 10, è stabilito per l'anno 1997 in lire 1.500.000.000.

Art. 5 Rücklagen

1. Der im Artikel 17 des Regionalgesetzes vom 9. Mai 1991, Nr. 10 vorgesehene Rücklagenbetrag für Pflichtausgaben und ordentliche Ausgaben wird für das Jahr 1997 auf 3.000.000.000 Lire festgelegt. Für die Wirkungen nach diesem Absatz werden als Pflichtausgaben und ordentliche Ausgaben jene Ausgaben betrachtet, die im beigelegten Verzeichnis Nr. 1 angegeben sind.

2. Der Rücklagenbetrag für unvorhergesehene Ausgaben nach Artikel 18 des Regionalgesetzes vom 9. Mai 1991, Nr. 10 wird für das Jahr 1997 auf 2.000.000.000 Lire festgelegt. Die Ausgaben, für die die Befugnis nach diesem Absatz ausgeübt werden kann, sind jene, die im beigelegten Verzeichnis Nr. 2 angegeben sind.

3. Der Betrag der Rücklage zur Deckung allfälliger Fehlbeträge des Kassahaushaltes gemäß Artikel 19 des Regionalgesetzes vom 9. Mai 1991, Nr. 10 wird für das Jahr 1997 auf 1.500.000.000 Lire festgelegt.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich zum Art. 5 zu Wort? Niemand. Dann stimmen wir ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Die Mehrheit. Wer stimmt dagegen? 9. Wer enthält sich der Stimme? 1.

Damit ist der Art. 5 genehmigt.

Art. 6 Capitoli aggiunti

1. Con decreti del Presidente della Giunta regionale, previa deliberazione della Giunta medesima, viene provveduto alla istituzione di appositi capitoli aggiunti per le entrate e per le spese da effettuare in conto residui e per le quali non esistano in

bilancio i capitoli corrispondenti. Con i medesimi decreti è determinata l'autorizzazione di cassa per i capitoli di cui al presente comma.

2. Dei decreti di cui al presente articolo sarà dato conto al Consiglio regionale in occasione della presentazione del disegno di legge di approvazione del rendiconto generale.

Art. 6 Zusatzkapitel

1. Mit Dekreten des Präsidenten des Regionalausschusses werden nach Beschlußfassung des Ausschusses Zusatzkapitel für die Einnahmen und für die Ausgaben eingerichtet, die auf Rechnung Rückstände zu tätigen sind und für die im Haushalt keine entsprechenden Kapitel vorhanden sind. Mit denselben Dekreten wird die Kassaermächtigung für die in diesem Absatz vorgesehenen Kapitel festgesetzt.

2. Die in diesem Artikel genannten Dekrete werden dem Regionalrat bei der Vorlegung des Gesetzentwurfes zur Genehmigung der allgemeinen Rechnungslegung unterbreitet.

PRÄSIDENT: Wortmeldungen? Keine. Dann stimmen wir ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Die Mehrheit. Wer stimmt dagegen? 11. Wer enthält sich der Stimme? 1.

Damit ist der Art. 6 genehmigt.

Art. 7 Quadri generali riassuntivi

1. Sono approvati in termini di competenza, rispettivamente di cassa, gli allegati quadri generali riassuntivi del bilancio della Regione per l'esercizio finanziario 1997.

Art. 7 Allgemeine zusammenfassende Übersichten

1. Die beigelegten allgemeinen zusammenfassenden Übersichten über den Haushalt der Region für das Haushaltsjahr 1997 werden, was die Kompetenz und die Kassa betrifft, genehmigt.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich zum Art. 7 zu Wort? Niemand. Dann stimmen wir ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Die Mehrheit. Wer stimmt dagegen? 11. Wer enthält sich der Stimme? 2.

Damit ist der Art. 7 genehmigt.

Art. 8

Bilancio pluriennale

1. A norma dell'articolo 2 della legge regionale 9 maggio 1991, n. 10, è approvato il bilancio pluriennale della Regione per il triennio 1997-1999 nel testo allegato alla presente legge.

Art. 8 Mehrjähriger Haushalt

1. Im Sinne des Artikels 2 des Regionalgesetzes vom 9. Mai 1991, Nr. 10 wird der mehrjährige Haushalt der Region für die Dreijahresperiode 1997-1999 in dem diesem Gesetz beigelegten Wortlaut genehmigt.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich zum Art. 8 zu Wort? Niemand. Dann stimmen wir ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Die Mehrheit. Wer stimmt dagegen? 11. Wer enthält sich der Stimme? Niemand.

Damit ist der Art. 8 genehmigt.

Art. 9 Entrata in vigore

1. La presente legge entrerà in vigore il giorno successivo a quello della sua pubblicazione nel Bollettino Ufficiale della Regione ed avrà effetto dal 1° gennaio 1997.

Art. 9 Inkrafttreten

1. Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Veröffentlichung im Amtsblatt der Region in Kraft und ist ab 1. Jänner 1997 wirksam.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich zum Art. 9 zu Wort? Niemand. Dann stimmen wir ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. 38 Ja-Stimmen. Wer stimmt dagegen? 20 Nein-Stimmen. Wer enthält sich der Stimme? Niemand.

Damit ist die Dringlichkeitsklausel genehmigt.

PRÄSIDENT: Wir kommen zu den Stimmabgabeerklärungen. Wer meldet sich zu Wort?

Bitte, Abg. Benedikter.

BENEDIKTER: Ich stelle fest, daß der Präsident des Ausschusses Grandi es nicht der Mühe wert gefunden hat, mir auch nur mit einem Wort zu antworten. Zu dem, was ich bereits gesagt habe, möchte ich noch hinzufügen: ein wesentliches Anliegen der Südtiroler Volkspartei bis 1989 war die Einhaltung des Proporz, nicht nur beim Staat,

sondern auch bei der Region. Wir wissen, daß beim Staat nach Abgabe der Streitbeilegungserklärung 1992 der Verfassungsgerichtshof entschieden hat, daß der Proporz bei den Staatsstellen, die einen öffentlichen Dienst versehen und die privatisiert werden, indem der Staat die Mehrheit der jeweiligen Gesellschaft behält, daß bei diesen Staatsstellen der Proporz nicht mehr anwendbar ist, was sicher gegen den Wortlaut des Art. 89 war. Aber das gilt nicht für die Region, obwohl neuerdings im Begleitbericht zum Haushaltsvoranschlag steht, daß der Proporz nicht eingehalten wird. Die deutsche Sprachgruppe hätte Anrecht auf 34 Prozent der Stellen, statt dessen sind nur 24 Prozent der Stellen besetzt und da macht man uns dann vor: da braucht es jetzt neue gesetzliche Bestimmungen, um das zu sichern.

Wir haben gesetzliche Bestimmungen mehr als genug seinerzeit von der Region verabschiedet, wie der Proporz eingehalten werden soll, daß immer jegliche Stelle gemäß Proporz ausgeschrieben werden soll und wenn dann für eine Sprachgruppe zu wenig Kandidaten kommen, diese Stellen von Angehörigen der anderen Sprachgruppe besetzt werden kann. Aber dem muß dann bei der nächsten Ausschreibung Rechnung getragen werden, muß also nachgeholt werden. Also 24 Prozent statt 34 Prozent der Stimmen sind von Angehörigen der deutschen Sprachgruppe besetzt. Das gibt der Regionalausschuß zu, jetzt wo wir seit 10 Jahren immer wieder darauf hinweisen und wo man immer wieder wohltonende, hochtragende Erklärungen liest: den Proporz werden wir jetzt durchsetzen usw.

Ein zweites ist Art. 68 des Autonomiestatutes. Dieser sagt, daß Liegenschaften, die für staatliche Dienste vorbehalten sind, wenn diese Dienste aufhören, auf die Region oder auf die Provinzen übergehen müssen, und zwar im Hinblick auf ihre Zuständigkeiten, siehe Volkswohnbau, Landwirtschaft und Forstwesen in erster Linie. Wir wissen, das Militär hat jetzt eine ganze Reihe von Liegenschaften freigegeben, d.h. aus der militärischen Widmung entlassen und die müßten unentgeltlich übergehen, nicht gekauft werden. Da müßte sich die Region ebenso bemühen wie das Land. Die Provinz Bozen hat ja ein Gesetz gemacht, in dem sie sagt, daß diese Liegenschaften angekauft werden. Sie hat also auf den Art. 68 verzichtet, während Aosta nicht darauf verzichtet hat. Der Verfassungsgerichtshof hat geurteilt, daß Aosta recht hat, daß es diese Liegenschaften ohne Geld verlangen kann und sie haben dann ausgemacht, daß zwei Drittel der militärischen Liegenschaften, die als frei erklärt worden sind, auf die Region übergehen müssen. Hier hat sich die Region nicht darum gewehrt und dieses Urteil des Verfassungsgerichtshofes nicht zu Hilfe gerufen, abgesehen von der Provinz Bozen, die darauf verzichtet hat.

Wie ich schon erwähnt habe, verzichtet man auch auf anderes. Es wird nicht geltend gemacht, daß die Region seit 1978 das Sozialinstitut INPS und das Institut für Unfallversicherung in beiden Provinzen übernehmen könnte und diese Institute würden selbständig die staatliche Sozialversicherung verwalten, aber als autonome Institute, wo die Entscheidung in Bozen und in Trient gefällt wird und nicht in Rom. Gleichzeitig könnten diese Institute damit beauftragt werden, die Ergänzungsvorsorge zu verwalten. Dort, wo die Region die Zuständigkeit hätte, macht sie sie nicht geltend, siehe Handelskammern, Sozialversicherungsinstitute, Übernahme von Liegenschaften, die

nicht mehr staatlichen Diensten gewidmet sind. Also der beste Beweis, daß diese Region nicht fähig ist, ihre eigenen Zuständigkeiten, die sie noch hat, geltend zu machen.

Selbstverständlich stimme ich also gegen diesen Haushalt.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Pinter.

PINTER: Grazie Presidente. Sarò telegrafico, perché quello che c'era da dire lo abbiamo detto nel dibattito generale, non si può condividere questo bilancio, in quanto ancora una volta questo rappresenta un divario assurdo tra la quantità delle risorse a disposizione della Regione e la capacità di spesa, vale a dire la capacità del corretto impiego di queste risorse.

Noi ci troviamo di anno in anno di fronte ad un quadro che sostanzialmente è peggiorativo circa la capacità di dare senso e significato alla Regione, ma è peggiorativo anche nelle modalità di gestione delle risorse, tant'è che dopo avere negli anni scorsi trovato il modo di impiegare parte delle risorse con il pacchetto famiglia, pur dopo incontrando di fatto una incapacità operativa, quest'anno di inventiamo una consistente destinazione delle risorse a favore delle IPAB, non che siano soggetti da non destinare le risorse, ma credo con delle modalità alquanto discutibili, che dimostrano l'incapacità di programmazione dell'uso delle risorse nell'ambito di limitate competenze residuali della Regione stessa.

Spero che quanto abbiamo visto con questo stanziamento, alquanto insolito, relativo alle IPAB, non abbia una sua continuità, relativamente alla previdenza integrativa, spero che in quest'aula potremo discutere a fondo di questa cosa, non perché non si possa ragionare attorno all'opportunità che la Regione e le Province autonome abbiano un ruolo, una competenza in merito, ma quanto alla complessiva improvvisazione, approssimazione nell'uso delle risorse che giustifica un giudizio assolutamente negativo rispetto a questo bilancio.

Quindi il voto non può che essere contrario, non alla domanda di un ente regionale, ma contrario a questa gestione politica, a questa Giunta regionale, a questo uso del bilancio.

Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter
Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la cons. Zendron, ne ha la facoltà.

ZENDRON: Grazie Presidente. Devo motivare, e non lo faccio con facilità., il mio primo voto negativo ad un bilancio di previsione della Regione, anche se vedo che non interessa niente a nessuno, devo dire che in sette anni non ho mai votato contro, ho spesso votato a favore e qualche volta mi sono astenuta e che non è facile per me avere deciso oggi di votare contro e vorrei spiegarlo.

In questo bilancio ci sono delle cose che in qualche modo condivido, ma che sono accompagnate da altrettanti aspetti negativi, condivido di questo bilancio che metta a disposizione del denaro per le situazioni difficili nel mondo, però sono profondamente amareggiata da come vengono utilizzati e dalle pesanti critiche che si sollevano da parte degli stessi operatori in questo settore verso la gestione e non solo, in generale verso certe scelte politiche. Lo dico per l'ennesima volta, ma lo dico più volentieri perché oggi è ritornato l'assessore Pahl in salute, gli auguro di avere riacquisito la salute, mi piace che l'avversario politico stia bene, in maniera da poterlo criticare, senza avere sensi di colpa per la sua salute, sono contenta che stia bene.

Altre cose importanti che ci stanno davanti, è l'impegno sullo stato sociale e per le mie idee sono favorevole ad un impegno forte nello Stato sociale, però per come si è venuto a configurare, anche con le richieste che sono state fatte durante questa lunga discussione sul bilancio, è rimasta una cambiale in bianco, un po' data a due proposte che sono state concordate all'interno di un partito e si è data una cambiale in bianco, perché facciano un po' quello che vogliono. Anche questo diminuisce la soddisfazione per un impegno in una direzione, che poteva essere positiva.

Anche sulla riforma elettorale - non è presente l'assessore alle riforme elettorali, lei si impegna - la nostra impressione è che assai difficilmente arriveremo ad un risultato in questo campo, sia pure così importante, perché vediamo troppo forti i contrasti nella stessa maggioranza e non abbiamo neanche un'ipotesi, una trama di possibile soluzione.

Un altro punto importante è quello delle scelte di fondo, dove andiamo, se l'impegno di questa istituzione migliora la qualità di vita dei cittadini di questa Regione e anche qui noi abbiamo sentito in un settore così significativo, come quello dei trasporti, sia dalle dichiarazioni del Presidente Grandi, che parla addirittura di una nuova generazione di trafori e poi in questi giorni è avvenuto questo giochetto, in Senato, da parte di alcuni senatori dello SVP e anche di Tarcisio Andreolli che cerca di cambiare lo statuto dell'ANAS, in modo da permettere il finanziamento del tunnel del Brennero.

Abbiamo cercato oggi di spiegare questa cosa, di che cosa vuole dire. Anche se qui mi sembra che l'impegno, la voglia di approfondimento, la conoscenza delle cose sia scandalosamente bassa, che questo cambiamento possibile di destinazione all'interno di una società autostradale, che mi sembra più difficile dal punto di vista giuridico, comunque apre la possibilità anche ad altre destinazioni, tipo costruzioni di terza e quarta corsia nel futuro, perché quando si cambia la possibilità di destinazione si va avanti in questa direzione e chi ha approfondito la questione dell'aspetto tecnico sa che è così, non voglio dire di più, lo sapete che le scelte che fate le avete già fatte, sapendo quello che dovevate ottenere.

Ho detto delle cose che in parte potrebbero volgere positivamente, - Presidente chiudo con un'ultima osservazione - devo dire che a questo si è aggiunto il fatto che non mi sembra che il Presidente Grandi - mi dispiace doverglielo dire - non mi sembra più il garante dell'assetto dell'istituzione nella quale lavoriamo. Presidente, lei ha parlato di terzo statuto di autonomia, la vuole fare lei la modifica? Ci sono voluti 20 anni, anche 50, l'accordo di Parigi, dieci anni di bombe che hanno fatto un mucchio di

morti, poi c'è stata una contrattazione paritetica, difficilissima per arrivare all'assetto attuale e lei ne vuole fare uno nuovo ripartendo da zero? Posso avere anche fiducia nelle sue capacità taumaturgiche, ma questo assetto è il risultato di decenni di lavoro, basato sul consenso delle forze presenti, non credo possa essere sostituito da una Giunta e neanche dalla buona volontà di qualcuno, senza rimettere tutto in discussione, non credo che oggi ne sia il momento.

Quindi quando lei parla di collaborazione tra le istituzioni devo dire che sono sconcertata, perché lei è il rappresentante dell'esecutivo di una istituzione, che c'è, non sono tante, sono tre poli di un unico assetto autonomistico, in cui ci sono più istituzioni che contribuiscono a formare questo assetto, questa autonomia che è l'unica soluzione possibile, insoddisfacente per tanti versi, ma che non sappiamo in che direzione sviluppare, perché diventi migliore, meno che mai in una situazione di confusione e di gestione politica, come quella che abbiamo visto.

Queste sono le ragioni, Presidente la ringrazio di non essere stato severissimo con me e con il tempo, però è la prima volta che voto contro questo bilancio e volevo che fosse chiaro per quei pochissimi che hanno avuto la gentilezza di ascoltarmi, che non lo faccio assolutamente a cuor leggero, lo considero una scelta molto pesante, mi auguro di poter tornare indietro rispetto a questo giudizio, ma che non posso fare altrimenti in questo momento. Mi sembra veramente che non ci siano gli elementi per dare la minima fiducia alla direzione nella quale ci stiamo avviando.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Leitner, ne ha la facoltà.

LEITNER: Danke, Herr Präsident! Diese Region kommt mir vor wie ein Schiff auf hoher See, aber ohne Steuermann. In Wirklichkeit liegt diese Region in den letzten Zügen und ich werde sicherlich nicht einen Wiederbelebungsversuch unternehmen. Ganz im Gegenteil - man sollte endlich Klartext reden, gerade von seiten der Parteien, die die Koalition bilden, denn die Unterschiedlichkeit, die hier zum Ausdruck kommt, ist nicht mehr nur Unterschiedlichkeit im positiven Sinne, sondern hier gibt es inhaltlich ganz klare Unterschiede von Grund auf. Man sollte sich endlich - was jetzt den Südtirolerteil anbelangt - dazu aufraffen, wirklich diese leere Hülle Region abzustreifen, um etwas Neues zu schaffen.

Wenn man jetzt von einem dritten Autonomiestatut redet, dann frage ich mich schon auch, was das Ganze soll. Wir haben gerade heuer 50 Jahre Pariser Vertrag gedacht, einige haben auch gefeiert, zu feiern gab es für uns nichts, wir haben aber dieses historische Datum in Erinnerung gerufen, um zu sagen, was eigentlich dort wirklich ausgemacht worden ist. Man hat dann viel anderes daraus gemacht. Die Zusammenarbeit der autonomen Provinzen Bozen und Trient oder der Länder Südtirol und Trentino ist auch uns ein Anliegen, aber man muß es auf eine neue Ebene heben, denn eines darf man nicht vergessen, daß die Südtiroler Bevölkerung zu dieser Region die Zustimmung eigentlich nicht gegeben hat. Das ist ein Aufkotroyieren einer Institution gewesen, die man eigentlich nie wollte.

Wenn man zu klaren Sachfragen Stellung nehmen wollte, dann fallen mir nur zwei, drei in der Kürze der Zeit ein, zu denen ich etwa sagen möchte. Das ist einmal der Verkehr. Ich sage dies deshalb, denn die wenigen Entscheidungen, die wir in diesem Regionalrat getroffen haben, sind wir nicht imstande, durchzuführen. Wir haben z.B. beschlossen, einen Verkehrsgipfel mit den Nachbarländern abzuhalten, aber wo ist denn dieser Verkehrsgipfel abgehalten worden? Ich habe nichts davon gehört. Das betrifft eben nicht nur Südtirol oder das Trentino, das geht darüber hinaus. Wenn man dann im Zuge des Haushaltes Tagesordnungsanträge einbringt, wie etwa über die Valdastico, dann hört man: dafür sind wir nicht zuständig, das betrifft nur die Provinz. Dann frage ich mich schon, wie weit man da eigentlich von den Positionen schon auseinander ist. Der Verkehr von Valdastico betrifft auch die Brennerlinie. Das ist überhaupt keine Frage. Es ist etwas anderes, ob man dafür oder dagegen ist. Aber grundsätzlich glaube ich, muß man den Verkehr als Gesamtes sehen und nicht immer nur im Stopfen von einzelnen Löchern. Einzelne Details werden herausgeplückt, um an einem Gesamtkonzept vorbeizureden. Ich finde es sehr positiv, wenn man endlich daran geht, z.B. bei den Kosten für den Verkehr auch Einkünfte der Straße in die Schiene zu investieren. Das ist eine Forderung, die übrigens in Österreich die Freiheitlichen schon seit Jahren vorantreiben. Jetzt geht man endlich auch daran, bei uns über dieses Thema zu reden, denn nur so kann man bestimmte Projekte finanzieren, ansonsten bleiben es leere Worte, wie sie es in der Vergangenheit auch waren.

Einen Satz zum Wahlrecht. Hier glaube ich gibt uns das geltende Autonomiestatut den Rahmen vor und ich sehe keine Möglichkeit, wie man hier das Wahlrecht ändern kann, ohne das Autonomiestatut zu verletzen. Denn die verhältnismäßige Vertretung der Sprachgruppe ist eindeutig darin festgeschrieben. Deshalb glaube ich führt daran auch kein Weg vorbei, sonst müßte man das Autonomiestatut ändern.

Im Bereich der Ergänzungsfürsorge haben wir gesehen, welches Ende das Familienpaket usw. gemacht haben. Die Länder müssen der Region x-Milliarden Geld zurückgeben, weil sie nicht imstande waren, das auszugeben und allerlei dieser Dinge mehr. Wir haben beim Dreierlandtag in Riva am 31. Mai beschlossen, daß wir die Staaten Italien und Österreich auffordern, im Rahmen von Maastricht eine Stärkung des Subsidiaritätsprinzips und der Regionen voranzutreiben. Was ist geschehen in diese Richtung? Gar nichts. Also hier ist in vielen Dingen Handlungsbedarf. Die Dinge, die man machen könnte, macht man nicht und andere darf man nicht.

Deshalb noch einmal: diese Region gehört abgeschafft - lieber heute als morgen. Mein Nein zum Haushalt.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Divina, ne ha la facoltà.

DIVINA: Grazie Presidente. Fare un discorso organico su questo bilancio è una cosa improba. Noi facciamo un mestiere che ha poco a che fare con la musica, però bisognerebbe richiamare un paragone musicale per capire cosa avviene in questa maggioranza, in questa Giunta regionale. Credo che tutti voi sappiate cosa è il jazz, a

differenza delle musiche normali, il jazz raggruppa una serie di orchestrali, raggruppa una band, dove ognuno ha facoltà di improvvisazione, però c'è un leit motif che fa sì che ci sia una coralità, pur con i preziosismi che ognuno vile buttare dentro nel pezzo.

Questa Giunta regionale non è una band che va a suonare una jazz session, un'improvvisazione generale, questa potrebbe essere similabile a quella scolaresca, che nell'ora dedicata alle attività musicali ognuno prende il primo strumento che trova a disposizione e si mette in libertà a suonare il pezzo che più gli piace, le tonalità che più crede.

Come facciamo noi a credere al Presidente Grandi che ci scrive che i settori del credito, della cooperazione e delle Camere di Commercio rappresentano gli ambiti strategici dell'economia regionale, attraverso i quali, ecc., quando abbiamo sentito il capogruppo dello SVP parlare di questi tre punti: credito, cooperazione, camere di commercio e dice che questi tre punti li vuole portare via dalla Regione e spostare sulle istituzioni provinciali. Ho letto anche un programma di legislatura di questa maggioranza, che parlava di queste cose, questi tre settori nessuno dei sottofirmatari li vuole lasciare alla Regione, però noi leggiamo quante bugie ci sono in questo documento, quante ambiguità, ho notato anche quanto affermava il cons. Achmüller, a che titolo non saprei dire, comunque autorevole rappresentante di una componente della sinistra dello SVP, dire che non vogliamo la Regione tutore, abbiamo inteso che in casa SVP non c'è la volontà di mantenere nè settori strategici, nè questa Regione.

In ambito di euroregio ognuno la interpreta a maniera propria, abbiamo sentito le più grandi spiegazioni e le più grandi diversità di contenuti da dare a questi accordi, leggiamo anche che si intende fare la riforma dei comprensori per il suo superamento, non è vero, perché se fosse così si sarebbe preso in mano l'unico disegno di legge che portò la Lega due anni fa in quest'aula e si sarebbe esaminato con la serietà di quando si vogliono fare le cose serie.

Legge elettorale, abbiamo visto l'assessore Chiodi portare, dopo aver speso 30 milioni, ciò che lei voleva portare, però con l'avallo e la copertura dei famosi saggi, ma abbiamo sentito anche il Presidente di questa provincia di Bolzano, Durnwalder, oltre che aver letto in questi giorni del Presidente del Consiglio Peterlini, dire che non è la direzione da prendere, che non è la volontà nè della maggioranza, nè del partito di maggioranza relativa.

Abbiamo letto del Presidente di questa Regione Grandi la volontà di dare il via ad una riforma cantonale, federalista, però lo stesso giorno e guardate che la relazione del Presidente Grandi la abbiamo avuta il 13 novembre, ma il 13 novembre, giorno funesto, uscì un articolo sul giornale "Adige", che recitava: "Grandi è libero di dire e di proporre quello che vuole, su questo punto però lo SVP non cambierà mai idea", parola di Franz Pahl, Vicepresidente della Giunta regionale. Cosa dobbiamo pensare? Grandi ci propone una questione ed il suo Vicepresidente afferma: può dire ciò che vuole, tanto lo SVP sa già esattamente cosa fare!

Se noi andiamo a leggere ancora le parole di Pahl, leggiamo: "Il Presidente Grandi è un convinto federalista, con lui lo SVP non ha mai avuto alcun problema", questo afferma Pahl, ti credo, li lascia dire ciò che vuole, ma tanto fa ciò che vuole lei!

Questo è il bilancio che noi abbiamo qua davanti, una band, ma dire band sarebbe fare una grazia, perché una band comunque ha un suo compito di base sulla quale qualche solista potrebbe anche divagare dal tema; qua c'è di tutto un coacervo del tutto, come in questa maggioranza che non si era mai visto e siccome qua è tutto fuori che chiaro e quello che non è chiaro è scuro, la Lega non può dare il suo appoggio e veramente quando l'avversario politico usa termini benevoli, siamo proprio ai livelli più infimi. Stendiamo un pietoso velo su questa maggioranza, perché nemmeno un avversario ha più il coraggio di sparare. Guardate che siamo arrivati al livello più basso della politica.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Taverna, ne ha la facoltà.

TAVERNA: Signor Presidente, signor Presidente della Giunta, onorevoli colleghi, desidero seguire il ragionamento che ha fatto pochi istanti da il collega Divina, quando ha voluto giudicare questo bilancio e quello che è correlato al bilancio, recuperando un'immagine di tipo musicale, signor Presidente della Giunta, le vengo in soccorso a questo proposito, perché ritengo di poterle dire con tanta schiettezza e simpatia che non ci sto a sparare sul pianista.

D'altronde, signor Presidente, immaginando per un attimo che questa è la Giunta Grandi-Chiodi, potrei dire: vorrei martellare questa Giunta, perché forse la raffigurazione sarebbe più precisa. Al di là delle battute, che pur si spendono anche per sdrammatizzare alle volte certe situazioni e per evitare la polemica fine a se stessa, mi sia consentito, attraverso queste poche parole, di poter sintetizzare ancora una volta qual è la posizione di Alleanza Nazionale, nei confronti della Giunta, della maggioranza, avuto riguardo soprattutto della necessità di costruire un confronto istituzionale tra chi sta all'opposizione e chi sta al Governo.

Allora, signor Presidente della Giunta, Alleanza Nazionale conferma ancora una volta che avrà cura e modo, all'interno dell'assemblea legislativa, ma anche al di fuori del palazzo, di conseguire una fondamentale tappa e quindi di perseguire obiettivi che sono sempre nel cuore e nella mente della destra in questa Regione, vale a dire che non si può immaginare che la Regione va difesa, proprio perché la Regione intende istituzionalmente perseguire obiettivi che sono obiettivi nazionali nel lembo estremo, vale a dire nella provincia di Bolzano.

Allora la difesa della Regione è un obiettivo strategico di Alleanza nazionale, per poter giudicare opportunamente l'azione di governo di questa Giunta, in modo particolare la responsabilità che deriva al Presidente della Giunta è stabilire se il Presidente della Giunta è nella condizione di poter essere garante del perseguimento dell'obiettivo della difesa della Regione.

E' qui il dilemma ed il problema che lei la vede direttamente interessata, signor Presidente della Giunta, lei è nella condizione personale e politica di poter garantire questo obiettivo, ma siamo convinti che lei sia la persona meno indicata per poter raggiungere l'obiettivo, perché sul piano personale non è nella condizione di poter realizzare l'obiettivo, in quanto oggi le condizioni politiche non le consentono di poter

dire, come ha detto poc' anzi il collega Divina, che in questa Giunta tutto si può dire, se non quello che lei, signor Presidente della Giunta, consente ai suoi collaboratori di sostenere anche le tesi che sono opposte o antitetiche alle promesse o agli impegni che lei assume.

Avuto riguardo anche di questo aspetto, non possiamo che essere preoccupati circa il destino della Regione, allora quando noi auspichiamo, signor Presidente della Giunta, che si possa, all'interno dell'assemblea legislativa, fare maturare una consapevolezza della necessità di adeguare, anche sul piano del confronto dialettico con la problematica nazionale della rifondazione dello Stato, di conseguenza anche di una ristrutturazione costituzionale, non possiamo immaginare che la Regione possa essere a questo proposito latitante e noi invochiamo che ci sia uno scatto d'orgoglio, una acquisita consapevolezza del ruolo, che comunque le forze politiche, all'interno della Regione autonoma Trentino-Alto Adige possono sicuramente svolgere.

Ecco perché, signor Presidente, da un lato confermiamo con fermezza la nostra impostazione e assumiamo ancora una volta l'impegno, affinché l'obiettivo della salvaguardia della Regione possa essere un obiettivo praticabile, ma attraverso il realismo della politica oggi ci impone di poter pensare che la Regione possa, perché essa viva, sostenere un ruolo che deve essere diverso da quello che oggi sostiene. Quindi immaginiamo che competenze e funzioni debbono necessariamente essere estese, rispetto quelle che abbiamo, perché se dovessimo continuare con siffatta struttura istituzionale e costituzionale, dovremmo a malincuore conseguire da un lato che l'obiettivo non è più perseguibile e constatare che vi è la necessità di dover completamente cambiare mentalità, metodo e obiettivi.

Alla luce di questa considerazione, che è in estrema sintesi la considerazione più realisticamente presente nel contesto del dibattito in corso, noi che stiamo all'opposizione, signor Presidente, saremo gratificati se lei volesse mutare, anche sul piano personale e politico l'attuale assetto della Giunta, nel qual caso Alleanza Nazionale potrà prendere atto con piacere di questo mutato atteggiamento e della volontà di conseguire quegli intendimenti e quegli obiettivi a cui prima facevo riferimento.

Per tutte queste ragioni, siccome non riteniamo oggi lei una persona sufficientemente credibile, anche se non possiamo negare che per il futuro questa sua credibilità la possa conquistare sul campo, oggi siamo nella condizione di non poterle esprimere fiducia e quindi votare con coscienza contro il bilancio che lei ha presentato.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Zanoni, ne ha la facoltà.

ZANONI: Le nostre osservazioni sul bilancio le avevamo fatte in fase di discussione generale, queste mie considerazioni servono solo a ribadire la nostra posizione. Noi non voteremo il bilancio della Regione per i motivi a cui ho fatto riferimento, che voglio brevemente richiamare. per quanto riguarda la Regione manca ancora un progetto complessivo, lo avevamo richiesto ancora due anni fa, in tre anni questo governo

regionale ancora non ha proposto un'alternativa credibile a quello che sarà il ruolo della Regione, che legittimamente peraltro lo SVP contrasta.

Pertanto richiedevamo un progetto complessivo, concreto, ma anche condivisibile e di prospettiva sulla Regione, lo abbiamo ribadito in fase di discussione generale, non abbiamo avuto su questo una risposta esauriente, tanto meno le indicazioni sugli strumenti, attraverso i quali ottenere un nuovo ruolo della Regione ed i tempi evidentemente per attuarli.

Sulle riforme elettorali ci siamo soffermati più volte anche nei bilanci scorsi, abbiamo avuto finalmente dai giornali e non ancora dall'esecutivo e dalla maggioranza indicazioni ulteriori e concrete, rimane ancora una posizione estremamente ambigua da parte delle forze di maggioranza e da parte della Giunta in modo particolare. Non sappiamo ancora quali saranno le soluzioni che ci verranno prospettate, certamente i nodi da risolvere sono molti, il rapporto fra Trento e Bolzano si giocherà in termini forti, pertanto sulle riforme elettorali siamo in attesa e di avere il documento che ha predisposto la cosiddetta commissione dei saggi, ma in modo particolare per poter discutere un progetto reale e propositivo da parte dell'assessorato.

Per cui siamo in attesa di poter su questo definitivamente esprimerci.

Le riforme istituzionali, voi conoscete qual è la nostra posizione, la ribadiamo qui, è una posizione decisamente diversa e contraria a quella portata avanti da questa maggioranza, perlomeno per la parte trentina in modo particolare, essendo lo SVP meno interessata alle riforme istituzionali, dove noi facciamo riferimento in modo particolare agli enti intermedi, ai supporti da dare ai comuni, specialmente ai piccoli comuni di periferia, in termini di servizi, attraverso istituzioni che noi riteniamo debbano essere forti e rappresentative anche a livello politico.

Per cui su questa nostra posizione abbiamo trovato decisamente una posizione diversa, contraria da parte della maggioranza, per cui ci differenziamo anche su questo.

Peraltro una nota va presa per quanto riguarda le minoranze. Dal bilancio traspare un'attenzione di tipo più culturale, ma una disattenzione politica assoluta nei confronti delle minoranze, manca un progetto, qui tutti abbiamo parlato dei Ladins e di quant'altro, però qui troviamo degli aiuti finanziari, magari per delle biblioteche o le feste campestri o il folclore, credo che una Regione che da una parte professa il rispetto massimo e che poggia la propria esistenza sulla presenza delle minoranze etniche, non possa esimersi da un progetto politico istituzionale forte, per cui da questo punto di vista denuncio l'assoluta assenza della maggioranza e della Giunta regionale.

Per cui anche su questo, dopo averne discusso a lungo, debbo dire che nessuna risposta politica vera, nei confronti delle minoranze etniche è arrivata.

Una nota riguarda anche l'Euregio, è stata data una certa attenzione nella relazione della Giunta, peraltro anche qui non si è chiarito fino in fondo quale sarà il tipo di istituzione, se sarà di tipo politico o solo di collaborazione economica e di altro genere, su questo avevamo espresso le nostre idee molto chiaramente, siamo a favore di una euregio alpina, che tocchi i più svariati campi dell'economia dell'ambiente, della cultura e quant'altro, con delle garanzie che non diventi un'entità istituzionale

sovraprovinciale. In questo progetto manca quello che può essere il ruolo della Regione nel suo insieme.

Chiudo con una nota sull'economia, anche se la Regione non ha competenze esplicite sul comparto economico, certamente anche quel poco che ha lo esercita in modo assolutamente evanescente, non ho sentito neppure in termini di auspicio, proprio in prospettiva anche di questa visione transfrontaliera o di recupero di ruolo della Regione, neppure un accenno su quello che potrà essere, anche a livello di spinta e di volano di quella parte di economia, che può interessare le due province da parte della Regione.

Per cui rimangono tutte le nostre perplessità, che si tramutano in una non condivisione del bilancio.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Fedel, ne ha la facoltà.

FEDEL: Onorevole, signor Presidente onorevoli colleghi, sono certo che non sarò ascoltato, perché tutti hanno i loro traffici da fare, ma per fortuna c'è il registratore.

Nel mio intervento in discussione generale parlai della proposta risolutiva, secondo me, per quanto riguarda la cosiddetta riforma della Regione, per renderla praticabile. E' ora e tempo di smettere di parlare di riforme, senza conoscere i contenuti, cominciamo a proporle, ad esempio ho proposto il Senato delle Regioni. Questa mattina ho parlato ampiamente con il Presidente della Giunta provinciale Durnwalder e lui è d'accordo, quindi non è vero che gli altoatesini odiano i trentini, non è vero che i cons. Benedikter e Klotz odiano i trentini, siamo noi invece che manchiamo. Il tempo a mia disposizione è relativo e quindi non posso ricordarvi quello che ho detto 10-15 giorni fa, cercate di farvi dare il nastro, altrimenti lo scriveremo sul giornale, manderemo una lettera di auguri di buon Natale, ma l'unico modo per salvare la Regione è questo ed è questo il momento per il quale voto questo bilancio, non approvandolo, ma lo voto per una questione di significato politicamente profondo.

Non posso voler salvare la Regione e non votarne il bilancio, anche se vi provveranno i saggi, non ha alcuna importanza, ma Autonomia Trentino, che coerentemente ha distinto il ruolo della Provincia autonoma di Trento da quello della Provincia di Bolzano, ecco perché siamo amici con i cons. Benedikter e Klotz, perché sanno che sono una persona politicamente onesta e corretta.

Per me i ruoli sono chiari, poichè parlando con il cons. Benedikter, ebbi ad affermare che alla difesa della Regione vi si provvede con idee ben precise, io il mio contributo l'ho dato, ho proposto il Senato delle Regioni, idea sulla quale ho trovato una autorevole condivisione questa mattina.

Presidente, quando mi vedete camminare, pensare, crede lei giovane, onorevole Pinter che non si potrebbe, anche per quanto riguarda la provincia di Trento, fare un ragionamento con l'onorevole Taverna? Capisce? Onorevole Zanoni sono certamente d'accordo che si potrebbe mettersi a discutere per salvare determinate situazioni.

Pensate voi che l'onorevole Fedel vi continui a chiamare onorevoli per gratificarvi? Io non ho bisogno nè della vostra gratificazione e neppure della vostra eccessiva considerazione, vado avanti su questioni di principio, ebbene non ho compreso perché già dal 1948 i consiglieri regionali della Sicilia si chiamano onorevoli e perché non dobbiamo essere anche noi onorevoli!

Onorevole Taverna si interrogherà e si chiederà perché ho qui una proposta, che formalizzerò, ma la discuteremo prima in Consiglio provinciale a Trento, per far sì che noi si diventi onorevoli, ma sa perché, onorevole Taverna? Semplicemente perché nel momento nel quale noi diventiamo onorevoli noi ci parifichiamo ai parlamentari e quindi la nostra forza di difesa della Regione e della nostra autonomia si triplica, si quadruplica.

Präsident Peterlini übernimmt wieder den Vorsitz **Riassume la Presidenza il Presidente Peterlini**

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Binelli. Er hat das Wort.

BINELLI: Grazie signor Presidente. Prendo la parola in sede di dichiarazione di voto e non l'ho fatto in discussione generale, per dire che il voto del Partito Autonomista sarà un voto favorevole a questo bilancio. Lo dico perché non vorrei che questa fosse l'unica voce in mezzo a tante dichiarazioni di voto negative, ma mi sembrava doveroso ribadire la nostra posizione.

Questo non vuol dire che non ci si sia anche noi interrogati in questi anni ed anche in questa occasione circa il ruolo della Regione, così come il Presidente della Giunta ha cercato di fare nelle sue dichiarazioni programmatiche, delineando una nuova fase dell'autonomia regionale e una nuova figura dell'ente Regione, per la verità capiamo le difficoltà nel momento nel quale è notorio che l'istituto regionale è un ente prevalentemente simbolico, rappresentativo, ordinamentale, di scarsa se non nulla incidenza nei settori economici ed a questo riguardo ci si deve interrogare se dal punto di vista dimensionale non sia sovraridondante.

Queste considerazioni le faremo nel momento debito in discussione dei singoli provvedimenti di legge. Quello che ci premeva sottolineare era comunque il fatto che nell'ambito specifico, quello ordinamentale e soprattutto nel settore della legge elettorale, le nostre preoccupazioni devono essere un'altra volta ribadite, proprio perché troppi ci sembrano i tentativi di sperimentazione sulla pelle della Regione.

Torno a ribadire come non sia ammissibile, se si vuole mantenere l'ente della Regione, un sistema elettorale dicotomico, cioè sdoppiato per le due province di Trento e di Bolzano, già abbiamo fatto un errore con la legge elettorale dei comuni, nel separare le comunità elettorali drasticamente tra i comuni della provincia di Trento rispetto quelli della provincia di Bolzano. Se noi facciamo la stessa cosa nella legge elettorale regionale, continueremo su quella strada della differenziazione tra le due province e quindi inevitabilmente arrivare un domani alla soppressione della Regione, E' questo un invito che faccio ai rappresentanti in questa sede, soprattutto della

provincia di Trento, proprio perché sarebbe troppo tardi accorgersi dopo, ma è chiaro che ogni passo che viene compiuto nella differenziazione tra le due realtà, un domani non potrà che portare ad una lenta erosione dell'istituto della Regione.

Noi del Partito Autonomista siamo convinti assertori del ruolo della Regione, lo abbiamo detto a più riprese, è l'unico anello che ci collega alla garanzia internazionale dello statuto di autonomia. Allora noi a questo dobbiamo per forza aggrapparci, e tutto quello che va in una direzione opposta deve essere da noi contrastato, almeno fin tanto che nell'ambito dell'Europa unita e nella quale verranno ad assumere connotazioni diverse i singoli stati membri, non si prefiguri un'ipotesi diversa, però fino a quel momento noi sappiamo che non abbiamo spazio e dobbiamo necessariamente mantenere questa istituzione, così come oggi è delineata.

E' questo un appello che rivolgo ai colleghi della Provincia di Bolzano, proprio perché tenga in particolare considerazione anche questa nostra raccomandazione. Al di là di questo il bilancio della Regione, in termini assoluti, vale assai meno di quanto non possa valere un singolo dicastero delle rispettive due Province. Detto questo, in termini economici si potrebbe definire il proprio pronunciamento di voto e potrebbe essere circostanziato in questo.

Ciò non toglie tuttavia che il Partito Autonomista si riserverà su singoli provvedimenti, soprattutto quelli che si stanno discutendo in queste settimane nelle sedi di commissione, ma anche nei prossimi mesi, quando prenderà corpo l'ipotesi di riforma elettorale, che la Giunta regionale si è impegnata a presentare in Consiglio, ebbene credo che torneremo a riprendere la parola su questi importanti argomenti, nei quali la Regione ha ancora il suo ruolo.

PRÄSIDENT: Wir haben keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit kommen wir zur Schlußabstimmung. Wir müssen getrennt nach Provinzen abstimmen. Wir beginnen mit der Provinz Trient.

Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel für die Provinz Trient.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

DENICOLO': (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(Segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel für die Provinz Bozen und nachher um den Namensaufruf.

DENICOLO': (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(Segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

PROVINZ TRIENT:

Abstimmende:	30
erforderliche Mehrheit:	18
Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	12
weiße Stimmzettel:	0

Damit ist seitens der Abgeordneten der Provinz Trient der Haushalt gutgeheißen.

PROVINZ BOZEN:

Abstimmende:	32
erforderliche Mehrheit:	18
Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	14
weiße Stimmzettel:	0

Damit ist der Haushalt auch seitens der Abgeordneten der Provinz Bozen gutgeheißen und damit genehmigt der Regionalrat das Haushaltsgesetz für das Jahr 1997.

PRÄSIDENT: Jetzt müssen wir noch den Haushalt des Regionalrates behandeln, und zwar den **Beschlußfassungsvorschlag Nr. 37: Haushaltsvoranschlag des Regionalrates für das Finanzjahr 1997.**

Ich verlese den Bericht:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die jährliche Vorlegung des Beschlußfassungsvorschlages betreffend den Haushalt des Regionalrates stellt eine günstige Gelegenheit dar, um die geplanten Ergebnisse, die im Rahmen der Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen erreicht wurden, zu überprüfen. Besondere Bedeutung muß in diesem Zusammenhang der vom Regionalgesetz vom 26. Februar 1995, Nr. 2 eingeführten Neuregelung beigemessen werden, welche eine wichtige Etappe für unsere Gesetzgebung bedeutet.

Wichtig ist diesbezüglich die beachtliche Einsparung und - für die sich im Amt befindlichen Regionalratsabgeordneten und für jene, die aus dem Amt ausgeschieden sind und Anrecht auf die Leibrente haben - die größere Sicherheit für die ihnen zustehenden Bezüge sowie die mit der Veröffentlichung der Bestimmungen und der betreffenden Verordnungen erlangte Transparenz.

In der Vergangenheit wurden wegen mangelnder Information über die Bezüge und Entschädigungen der Regionalratsabgeordneten oft heftige Kritiken erhoben. Zweifelsohne hat das derzeitige Präsidium einen wichtigen Schritt in die entgegengesetzte Richtung unternommen und Klarheit geschaffen. Es ist sein Verdienst, wenn eine Reihe von Verordnungen, die im Regionalgesetz Nr. 2 vorgesehen waren,

ausgearbeitet und veröffentlicht worden sind, um die derzeitige Regelung verständlicher zu machen und sie zu koordinieren.

Der Schwerpunkt liegt, wie schon öfters erklärt, in der Einführung einer Gebarung der Pflichtbeiträge, die von den Bezügen der derzeitigen Regionalratsabgeordneten einbehalten und nachfolgend verwendet werden; hinzu kommen die Gebarungsergebnisse.

Wie schon mehrmals unterstrichen, sind die eingeführten Einsparungen struktureller Natur und ergeben sich aus den von der vorhergehenden Regelung der Aufwandsentschädigung vorgesehenen und nicht mehr zulässigen Bezügen (Bestattungskosten, Invalidität, Reisetaggeldentschädigung, Entschädigung für die Fortbildung, Häufung der Entschädigungen an die Präsidiumsmitglieder, Häufung der Leibrenten, Integrationsbeiträge, Beitragsergänzung für die Mandatsabfindung, Beschränkung des Tagegeldes, Mindestbeitragszahlung) sowie aus dem Ergebnis der Gebarung der Beiträge, die früher zur Deckung allgemeiner Ausgaben bestimmt waren und nun für den spezifischen Zweck, für welchen sie eingezahlt wurden, verwendet werden.

Es ist klar, daß durch die Unterscheidung zwischen den vorgenommenen Abzügen und der andersartigen Einsetzung derselben die Wechselbeziehung Kosten/Gewinn transparenter wird.

In dem von Art. 5 des Regionalgesetzes Nr. 2 vorgesehenen Fall werden sich die Auswirkungen auf den Haushalt des Regionalrats erst bei Vorlegung des Haushaltsvoranschlags 1998 zeigen, wenn nur mehr die Regionalratsabgeordneten der vorhergehenden Legislaturperioden - und nur für den Zeitraum vor dem 13. Dezember 1993 - den öffentlichen Haushalt belasten werden.

Für die anderen Abgeordneten wird mit dem Solidaritätsfonds, der in der Zwischenzeit mit den monatlichen Abzügen und Ergebnissen der Gebarung ausgestattet wird, die von der entsprechenden Bestimmung vorgesehene Auszahlung der Mandatsabfindung gewährleistet.

Schließlich muß noch hervorgehoben werden, daß die Regionalratsabgeordneten, die noch nicht Anrecht auf die Leibrente haben und deren Pflichtbeiträge zum Ausgleich der vergangenen Haushaltsgebarungen beigetragen haben, von einem spezifischen, vom Art. 4 des Regionalgesetzes Nr. 2 vorgesehenen Fonds geschützt werden.

Immer im Zusammenhang mit diesem Haushaltsvoranschlag muß weiters hinzugefügt werden, daß das Präsidium die Forderung der Regionalratsfraktionen nach immer effizienteren und den Bedürfnissen entsprechenden Leistungen anerkennt und ihr größere Aufmerksamkeit schenken will.

Das umfangreiche Informatikprogramm, das schon im Jahre 1996 vorgesehen war, umfaßt ein EDV-System, das eine verschiedene und erwartungsgemäß bessere dokumentarische sowie verwaltungs- und gesetzgebungstechnische Hilfe auch in Anbetracht des Tagesordnungsantrages des Regionalrates vom 01.12.1995 gewährleisten soll.

Aus der Untersuchung des buchhaltungstechnischen Dokumentes gehen bei den Einnahmen, aufgeteilt nach einzelnen Kategorien, folgende Daten hervor:

- Bei der 2. Kategorie „**Erträge aus dem Vermögen des Regionalrats**“ (**620.000.000.-**) wird auf die Daten der Abschlußrechnung Bezug genommen;
- Bei der 3. Kategorie „**Sondererträge**“ (**43.770.000.000.-**) kommt die geringere Zuweisung zu Lasten des Regionalhaushalts zum Tragen (von 43.950.000.000.- auf 40.000.000.000.-), und es werden die zu vereinnahmenden und für die Gebarung bestimmten Beträge neu festgesetzt. Es handelt sich dabei um das Kap. 305 „Monatliche Pflichtbeiträge zu Lasten der Regionalratsabgeordneten für die Leibrente gemäß Art. 4 des RG vom 26.02.1995, Nr. 2 (3. Abs.) (**2.300.000.000.-**), um das Kap. 310 „Monatliche Pflichtbeiträge zu Lasten der Regionalratsabgeordneten für den Ergänzungsbeitrag für die übertragbare Leibrente gemäß Art. 4 des RG vom 26.02.1995, Nr. 2 (5. Abs.) (**550.000.000.-**), und um das Kap. 315 „Monatliche Pflichtbeiträge zu Lasten der Regionalratsabgeordneten für den Solidaritätsfonds gemäß Art. 5 des RG vom 26.02.1995, Nr. 2 (**850.000.000.-**). Die anderen Kategorien werden in dem in der laufenden Finanzgebarung festgesetzten Ausmaß wieder vorgeschlagen.

Insgesamt werden die Einnahmen im Vergleich zu dem 1996 veranschlagten Betrag um 2 Prozent erhöht, was zum Großteil auf das Kapitel über die Zuweisung zu Lasten des Regionalhaushalts zurückzuführen ist.

Was die Ausgaben anbelangt, so sind diese komplexer und vielfältiger Natur, so daß es notwendig ist, die verschiedenen Kategorien einzeln zu untersuchen, um die Erhöhung im Vergleich zu den für das laufende Jahr vorgesehenen Bereitstellungen zu begründen.

- Bei der 1. Kat. „**Dienste des Regionalrats**“ (**19.560.000.000.-**) ist insgesamt eine Erhöhung um 4 Prozent zu verzeichnen, die ausschließlich auf das Kap. 100 „Aufwandsentschädigung und Tagegeld der Regionalratsabgeordneten, Amtsentschädigung der Mitglieder des Präsidiums (RG Nr. 2/1995) und Vorschuß gemäß Beschluß des Regionalrats vom 28.5.1981 (Mandatsabfindung) zurückzuführen ist.

Die Ausstattung der in der 1. Kategorie eingeschriebenen Kapitel wird von den derzeit geltenden Gesetzesbestimmungen, Gesetzen oder Verordnungen geregelt. Die verzeichnete Erhöhung steht mit der Regelung für die Festlegung der Parlamentsentschädigung, bemessen an der wirtschaftlichen Behandlung der Richter und an der Erneuerung der diesbezüglichen Tarifverträge, im Einklang.

- Die 2. Kategorie „**Regionalratsabgeordnete im Ruhestand**“ (**16.000.000.000.-**) wird hier um 3,2 Prozent erhöht; diesbezüglich gelten dieselben, zuvor angeführten Überlegungen;
- Bei der 3. Kategorie „**Dienstleistendes Personal**“ (**3.760.000.000.-**) ist die Erhöhung um 15 Prozent ausschließlich auf das Kapitel betreffend die Gehälter zurückzuführen.

Die Zahl der Bediensteten des Regionalrates beläuft sich auf 39 Angestellte, die auf die verschiedenen Funktionsränge, vom III. - VIII., aufgeteilt sind; hinzu kommt noch das Personal, welches den Amtsdirigentenrang bekleidet.

Derzeit findet in bezug auf fünf Bedienstete das Rechtsinstitut der Überstellung Anwendung, wobei diese sowohl von anderen Verwaltungen überstellt als auch zu anderen Körperschaften abgeordnet sind. Aufgrund der Rückerstattungen durch die Verwaltungen, bei denen die Bediensteten Dienst leisten, verringert sich demnach die Gesamtausgabe für die Bediensteten.

Neun Bedienstete befinden sich in außerplanmäßiger Position. Sie ersetzen die abgeordneten Angestellten, jene, die sich in Mutterschaft befinden bzw. die Teilzeitbediensteten oder sind Bedienstete, die dem Dienst im Sondersekretariat des Präsidenten zugeteilt sind.

Es wird darauf hingewiesen, daß das Präsidium des Regionalrates mit Beschluß das Tarifabkommen der Regionalbediensteten, das am 5.4.1996 unterzeichnet und im Amtsblatt der Region Nr. 32 vom 16.7.1996, ordentliches Beiblatt Nr. 1, veröffentlicht wurde, für das eigene Personal hinsichtlich der Anwendung der allgemeinen wirtschaftlichen Behandlung übernommen hat, während die Übernahme des juristischen Teils des Abkommens eine begrenzte Überarbeitung der Personaldienstordnung in einigen Punkten erfordert, sodaß sich das Präsidium vorbehält, einen entsprechenden Ergänzungsantrag anlässlich der Behandlung dieses Vorschlages einzubringen.

- Für die IV. Kategorie **„Personal im Ruhestand“ (180.000.000.-)** entsprechen die beantragten Bereitstellungen jenen des laufenden Jahres; die neuen Bestimmungen auf dem Sachgebiet des Ruhestandsgeldes bringen keine zusätzlichen Kosten mit sich.
- In der V. Kategorie **„Ankauf von Gütern und Ausgaben für Dienste“ (1.558.000.000.-)** sind sämtliche Ausgaben für den Funktionsablauf und die Organisation der gesamten Struktur enthalten. Insgesamt ist eine Erhöhung von 6 Prozent zu verzeichnen. Die Erhöhungen betreffen das Kapitel 516 „Instandhaltung, Reparatur und Einrichtung von Räumlichkeiten und entsprechende Anlagen“, das Kapitel 532 „Ausgaben für die Dienstkleidung des Personals der einfachen Laufbahn“, das Kapitel 540 „Instandhaltung, Miete und Betrieb von Transportmitteln“ und das Kapitel 556 „Ausgaben für die Veranstaltung und Beteiligung an in- und ausländischen Tagungen, Zusammenkünften und Kongressen sowie weiteren öffentlichen Veranstaltungen und Feierlichkeiten“.

Das Präsidium hat beschlossen, den Haushaltsvoranschlag 1997 auf das Ausmaß der endgültigen Voranschläge des Jahres 1996 zu begrenzen. Dadurch soll unterstrichen werden, daß es auch mit beschränkten Mitteln möglich ist, einen angemessenen Funktionsablauf des gesamten Apparats des Regionalrates zu gewährleisten und das Ziel der Information über die eigene Tätigkeit und einer größeren Beteiligung an Treffen über aktuelle Themen zu verfolgen.

- Die Erhöhung in der VI. Kategorie **„Übertragungen“ (225.000.000.-)** beläuft sich auf 73 Prozent. Überarbeitet wurden die Bereitstellungen des Kap. 605 „Ausgaben für die Entrichtung eines einmaligen Vorschusses auf die Ergänzung gemäß Art. 18 Buchstabe B) des Regionalgesetzes vom 23.01.1964, Nr. 3, in geltender Fassung - Vorschuß auf die Ergänzung zur Abfertigung - und Beschluß des Regionalrates vom

25.06.1981, Art. 4“, um sie entsprechend dem Inhalt des Tarifabkommens für das Personal anzugleichen, mit welchem das Höchstausmaß des Vorschusses auf die Abfertigung auf 80 Prozent erhöht wird. Als notwendig erwies sich auch eine Anhebung der Bereitstellung des Kap. 620 „Ausgaben des Präsidiums des Regionalrates für außerordentliche Maßnahmen zu humanitären Zwecken“, um dem Präsidium größere Möglichkeiten zu geben, in schwierigen Situationen, die - wie die zweijährige Erfahrung gezeigt hat - häufig auftreten, Initiativen zu ergreifen.

- Im Rücklagenfonds werden wieder **500.000.000.-** Lire veranschlagt.
- Die Bereitstellung der Kapitel der VIII. Kategorie „Berichtigungs- und Ausgleichsposten der Einnahmen“ und der IX. Kategorie „Zwölferkommission“ entsprechen den derzeitigen Ansätzen.

Die in der XI. und XV. Kategorie vorgesehenen Sonderfonds zeigen die Grenzen der für die Gebarung bestimmten Beträge auf. Ein Teil derselben stammt von den direkt zu Lasten der Regionalratsabgeordneten einbehaltenen Beiträgen und ein anderer Teil von den Rücklagen zur Realisierung der im Regionalgesetz vom 26. Februar 1995, Nr. 2, Art. 4 vorgesehenen Garantie.

Letztgenannte Maßnahme, die sich bereits auf den Haushalt des laufenden Finanzjahres auswirkt, wird durch die Änderungsmaßnahme gedeckt werden.

Weiterhin beachtlich bleibt der Einsatz des Regionalrates auf dem Sachgebiet der Erneuerung der Informatiksysteme und der Umstrukturierung für eine bessere Organisation der Sitze.

Der Haushaltsvoranschlag sieht in der Kompetenzgebarung eine Gesamtausgabe in Höhe von **51.113.000.000.-** und eine Einnahme von **49.530.000.000.-** Lire vor.

Der Fehlbetrag von 1.583.000.000.- Lire wird durch die teilweise Verwendung des in den vorhergehenden Jahren festgestellten Finanzüberschusses gedeckt.

Die Kassagebarung wird durch Verwendung des Kassabetrages in Höhe von **4.209.000.000.-** im Betrag von **53.839.000.000.-** Lire ausgeglichen.

Die Rückstände wirken sich auf die Kassagebarung im Betrag von **100.000.000.-** Lire bei den Einnahmen und **2.826.000.000.-** Lire bei den Ausgaben aus. Der größte Teil davon betrifft die Verwirklichung des Vorhabens, für die Ämter des Regionalrates in Bozen einen angemessenen Sitz zu erwerben, sowie die unbeglichenen Rechnungen in bezug auf die derzeitige Unterbringung.

Die Rückstände können nur vermutet werden und werden somit nicht der Genehmigung unterworfen. Sie werden am Ende der laufenden Finanzgebarung festgestellt, wobei allfällige Korrekturen der Kassabereitstellungen im Nachtragshaushalt eingefügt werden.

Das Präsidium hat den Haushaltsvoranschlag in den beiden Sitzungen vom 30. September und 28. Oktober 1996 beraten, da sich einige Überarbeitungen aufgrund technischer Schwierigkeiten, die mit der Erstellung des Regionalhaushalts zusammenhängen, als notwendig erwiesen; mit seiner Vorlegung im Regionalrat wird der von der Geschäftsordnung vorgeschriebene Gesetzesweg fortgesetzt.

Ich hoffe darauf, daß der Regionalrat dieses Buchhaltungsdokument genehmigen werde.

DER REGIONALRAT

hat in der Sitzung vom _____;
nach Einsicht in den Haushaltsentwurf 1997 des Regionalrats;
nach Einsicht in den Beschluß Nr. 87 vom 28. Oktober 1996 des Präsidiums, mit dem dieser Haushaltsentwurf genehmigt wird;
nach Einsicht in die Artikel 5 und 6 der Geschäftsordnung des Regionalrats;
nach Einsicht in die Ordnungsbestimmungen über die Verwaltung und Rechnungslegung des Regionalrats;
mit _____ - rechtsgültig abgegebenen Stimmen

beschlossen

Art. 1

1. Die Feststellung, Vereinnahmung und Einzahlung in die Kasse des Regionalrats der für das Finanzjahr 1997 gemäß der im beiliegenden Einnahmenvoranschlag vorgesehenen Beträge und Erträge wird ermächtigt.

Art. 2

1. Der allgemeine Ausgabengesamtbetrag des Regionalrats für das Finanzjahr 1997 betreffend die Kompetenzgebarung in Höhe von 46.113.000.000 Lire und die Kassagebarung in Höhe von 48.839.000.000 Lire wird genehmigt.

Art. 3

Die Bereitstellung und die Bezahlung der Ausgaben für das Finanzjahr 1997 werden entsprechend dem beiliegenden Ausgabenvoranschlag ermächtigt.

Art. 4

1. Mit Dekreten des Präsidenten des Regionalrats werden nach vorherigem Beschluß des Präsidiums eigens vorgesehene zusätzliche Kapitel für jene Einnahmen und Ausgaben eingeführt, die auf Konto Rückstände vorgenommen werden und für die es im Haushalt kein entsprechendes Kapitel gibt. Mit denselben Dekreten wird die Ermächtigung zu Kassageschäften vorgesehen.

2. Mit Dekreten des Präsidenten des Regionalrates wird nach vorherigem Beschluß des Präsidiums der Kassastand der Kapitel für Pflichtausgaben ergänzt, und zwar mit Beschränkung auf die höheren Rückstände 1996, die sich im Vergleich zu den

im Voranschlag 1997 eingeschriebenen ergeben. Diese Dekrete werden der allgemeinen Rechnungslegung beigelegt.

Art. 5

Die allgemeine zusammenfassende Übersicht über den Haushalt des Regionalrates für das Finanzjahr 1997 wird, was die Kompetenz und die Kassa betrifft, mit den beiliegenden Tabellen genehmigt.

Jetzt muß ich zunächst einen einzigen vorliegenden Tagesordnungsantrag verlesen:

**ÄNDERUNGSANTRAG ZUM BESCHLUßFASSUNGSVORSCHLAG NR. 37:
„HAUSHALTSVORANSCHLAG DES REGIONALRATS FÜR DAS FINANZJAHR
1997“**

Zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit, Effizienz und Wirtschaftlichkeit der Strukturen des Regionalrats ist nunmehr die Anwendung neuer Bestimmungen unaufschiebbar. Damit soll in Übereinstimmung mit den neuen Grundsätzen des öffentlichen Dienstes, die mit gesamtstaatlicher Ordnung eingeführt worden sind, der Organisationsrahmen der Dienste und der Ämter des Regionalrats, das System der Personalführung und die Modalitäten zur Zuerkennung der Leitungsbefugnisse für die Ämter und Dienste neu festgelegt werden.

Dies vorausgeschickt,

**verpflichtet
der Regionalrat der autonomen Region
Trentino-Südtirol
den Präsidenten des Regionalrats und das Präsidium,**

dem Regionalrat innerhalb von sechs Monaten einen Verordnungsentwurf über die Organisation der Dienste und Ämter des Regionalrats, das Personals und den damit zusammenhängenden Stellenplan zu unterbreiten.

gez.: Die Regionalratsabgeordneten: Claudio Taverna, Ruggero Benussi, Giorgio Holzmann, Mauro Minniti, Sergio Muraro, Lelio Boldrini, unl. Unterschrift, Guglielmo Valduga, Mauro Delladio, Pino Morandini, Sergio Divina, Guido Gasperotti, Roberto Pinter, Remo De Stefani, Franco Ianieri.

Ich muß Ihnen sagen, daß das Präsidium diesbezüglich bereits vorbereitend tätig geworden ist und die Notwendigkeit hat, das bestehende Regionalreglement an die

neue Regional- und Staatsgesetzgebung anzupassen. Im speziellen sollen die juristischen Bestimmungen des Tarifabkommens übernommen werden, welche im Amtsblatt der Region, Beiblatt Nr. 1, vom 16.7.1996 veröffentlicht worden sind. Auf jeden Fall müssen wir eine Überarbeitung der Personaldienstordnung in diesem Sinne vornehmen, sodaß dieser Beschlußantrag im Prinzip gut geht, allerdings mit folgender vom Präsidium vorgeschlagener Ergänzung:

Änderungsantrag in Ergänzung zum Änderungsantrag Prot. Nr. 7985 des Abg. Taverna und weiterer Abgeordneter.

Zu Beginn des einführenden Teils sind folgende Worte einzufügen:

„Zur Rezipierung der juristischen Bestimmungen des Tarifabkommens für das Personal der Region, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 32 vom 16.7.1996, ord. Beiblatt Nr. 1, ist es angesichts der Besonderheit der Verwaltungsstruktur des Regionalrats notwendig, für das Personal desselben einige Bestimmungen der geltenden Personaldienstordnung zu überarbeiten.“

Dann würde der Text so fortgehen, wie er hier steht.

Das wäre der ergänzte Beschlußantrag, wobei ich sagen muß, daß die Einbringer mir sagen müssen, ob sie mit dieser Ergänzung vom Präsidium einverstanden sind.

Abg. Taverna? Ja.

Dann frage ich, ob Wortmeldungen sind? Keine. Dann wird über die Tagesordnung in dieser vom Präsidium ergänzten Form abgestimmt. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben....

...Bitte, Abg. Pinter.

PINTER: Se avete fretta non è un problema mio, chiedo scusa, con tutto il rispetto, ma non siamo in un circo, siamo in Consiglio regionale!

Volevo chiedere, Presidente, se rispetto a quanto ha detto in maniera piuttosto affrettata, con l'approvazione di questo ordine del giorno si considera ritirato il provvedimento relativo al personale del Consiglio regionale.

PRÄSIDENT: Danke für die Fragestellung. Es gibt keinen Vorschlag des Präsidiums über das Personal. Das war eine Fehlmeldung der CGL und ich beklage das auch, daß den Fraktionsvorsitzenden des Regionalrates und den verschiedenen Abgeordnete ein Dokument zugeleitet worden ist, in dem sehr polemisch gegen das Präsidium vorgegangen worden ist, obwohl wir im besten Gespräch mit dem Personal sind. Aber es gibt keinen Beschluß des Präsidiums und somit gibt es auch keine Polemik. Die Polemik der CGL war überflüssig.

Wir möchten im Einvernehmen mit dem Personal diese Abänderungen, die aufgrund des entsprechenden Gesetzes und des Tarifabkommens der Region notwendig

sind, vornehmen. Die Präsidialsekretäre Willeit und Denicolò haben sich da schon große Mühe gegeben. Sie führen auch schon Gespräche und wir werden im Sinne dieses Tagesordnungsantrages, der jetzt mit unserer Ergänzung zur Genehmigung vorliegt, natürlich die entsprechenden Änderungen dem Regionalrat vorschlagen und dann haben wir auch Zeit und Raum, darüber zu reden.

Ich habe diesen Brief der CGL beklagt, weil er praktisch ohne Ziel geschossen worden ist und wir ja im schönsten Gespräch und bei guten Verhandlungen mit dem Personal waren und jede Polemik überflüssig war. Also gibt es keinen Vorschlag vom Präsidium zum Personal.

Dann darf ich den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung bringen? Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme?

Bei 2 Enthaltungen ist der Antrag einstimmig angenommen.

Jetzt kommen wir zum Dokument des Präsidiums selbst. Wortmeldungen sehe ich keine. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben....

PINTER: E' una vergogna Presidente!

(interruzione)

PRÄSIDENT: ...Abg. Pinter, es tut mir leid. Bitte fordern Sie mich nicht heraus. Ich habe diesmal absichtlich zu Ihnen hinübergeschaut und auch auf die Tafel. Das kann mir jeder nachweisen, der hergeschaut hat. Ich habe absichtlich, nachdem ich im Raum herumgeschaut habe und gefragt hatte, ob Wortmeldungen sind, zu Ihnen hinüber und auf die Tafel geschaut. Sie haben zu spät aufgehoben. Es tut mir leid. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? 10.

Damit ist der Haushalt des Regionalrates genehmigt.

Ich bitte die Fraktionsvorsitzenden und das Präsidium morgen früh um 10.00 Uhr zu der vereinbarten Besprechung zusammenzutreten. Morgen ist kein Regionalrat.

Abg. Pinter, ich bitte Sie, sich an die Spielregeln zu halten und keine Beleidigungen, gleich welcher Art, vorzunehmen.

Die Sitzung ist geschlossen.

(ore 18.08)

INDICE

Disegno di legge n. 75:

Bilancio di previsione della Regione autonoma Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1997 e Bilancio triennale 1997-1999 (presentato dalla Giunta regionale)

pag. 1

Proposta di delibera n. 37:

Bilancio di previsione del Consiglio regionale per l'esercizio finanziario 1997

pag. 63

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 75:

Haushltsvoranschlag der autonomen Region Trentino-Südtirol für das Haushaltsjahr 1997 und dreijähriger Haushalt 1997-1999 (eingebracht vom Regionalausschuß)

Seite 1

Beschlußfassungsvorschlag Nr. 37:

Haushltsvoranschlag des Regionalrats für das Finanzjahr 1997

Seite 63

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

KLOTZ Eva (Gruppo Union für Südtirol)	pag.	2-11
ATZ Roland (Gruppo Südtiroler Volkspartei)	"	5-10-29
ZENDRON Alessandra (Gruppo Lista Verde-Grüne Fraktion-Grupa Vërc)	"	6-14-44-52
LEITNER Pius (Gruppo Die Freiheitlichen)	"	8-54
PANIZZA Luigi (Gruppo Partito Autonomista Trentino Tirolese)	"	9
PINTER Roberto (Gruppo Solidarietà - Rifondazione)	"	9-17-52-70
GRANDI Tarcisio (Gruppo Partito Popolare del Trentino-A.A.)	"	11-20-45
DALBOSCO Marco (Gruppo La Rete) 43	"	12-13-20-28-29-
DE STEFANI Renzo (Gruppo La Rete)	"	15-38
BENEDIKTER Alfons (Gruppo Union für Südtirol)	"	16-32-37-41-50
DIVINA Sergio (Gruppo Lega Nord Regione Trentino-A.A. per l'indipendenza della Padania)	"	18-55
BENUSSI Ruggero (Gruppo Alleanza Nazionale)	"	19-36
CONCI-VICINI Paola (Gruppo Partito Popolare del Trentino-A.A.)	"	21-22
FEDEL Domenico (Gruppo Ladins - Autonomia Trentino)	"	23-60
HOLZER Alcide (Gruppo Partito Popolare del Trentino-A.A.)	"	23

MORANDINI Pino (<i>Forza Italia - C.D.U.</i>)	pag.	24
TAVERNA Claudio (<i>Gruppo Alleanza Nazionale</i>)	"	31-57
GASPEROTTI Guido (<i>Gruppo Solidarietà - Rifondazione</i>)	"	31
IANIERI Franco (<i>Gruppo Misto</i>)	"	32
BOLDRINI Lelio (<i>Gruppo Lega Nord Regione Trentino-A.A. per l'indipendenza della Padania</i>)	"	34
ZANONI Danilo (<i>Gruppo Partito Popolare Italiano</i>)	"	58
BINELLI Eugenio (<i>Gruppo Partito Autonomista Trentino Tirolese</i>)	"	61